

**9. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 21. November 2019,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.15 Uhr – 00.40 Uhr**

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Alexandra Kämpf, 4. Urs Knapp, 5. David Plüss,
6. Daniel Probst, 7. Simone Sager, 8. Deny Sonderegger

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Eugen Kiener, 4. Andrea Leonhardt Moor,
5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Luc Nünlist, 8. Dr. Arnold Uebelhart,
9. Dieter Ulrich (ab 20.50 Uhr)

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Thomas Kellerhals, 4. Muriel Jeisy (bis 23.25 Uhr)

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Michael Neuenschwander, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Philippe Ruf, 3. Ursula Rüegg, 4. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident

Thomas Marbet, Direktion Bau

Marion Rauber, Direktion Soziales

Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste

Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport

Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Leiter Direktion Bildung und Sport
Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Sozialdirektion
Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Direktion Bau (bis 00.10 Uhr)
Urs Tanner, Finanzverwalter
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent (ab 18.30 Uhr)
Silvia Büchi, Fachstelle Integration
Franco Giori, Leiter Ordnung und Sicherheit (bis 20.50 Uhr)
Beat Hofstetter, Direktion Soziales
Philipp Stierli, Feuerwehrkommandant

Entschuldigt abwesend:

Ernst Eggmann

Unentschuldigt abwesend:

Markus Wyss

Vorsitz: Daniel Probst

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

6. Budget 2020/Genehmigung
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 7.1. Motion Fraktion SP/JSP betr. Gewichtung der ökologischen Aspekte bei Submissionen
 - 7.2. Postulat SP/JSP betr. Fussgängerverbindung der Aare entlang durch die Badi während der Winterpause
 - 7.3. Interpellation Raphael Schär (GO) und Mitunterzeichnende betr. demokratische Mitbestimmung bei Gestaltungsplänen
 - 7.4. Überparteiliche Motion betr. Ausarbeitung einer Vorlage zur Erreichung des Netto-Null CO₂-Ziels für die Einwohnergemeinde Olten
 - 7.5. Postulat Christoph Fink (CVP/EVP/glp) betr. Stromrechnung sbo
 - 7.6. Interpellation Fraktion SP/JSP betr. Versorgungssicherheit Trinkwasser in Olten und den von Olten belieferten Gemeinden

* * *

Parlamentspräsident Daniel Probst begrüsst alle Anwesenden. Ich möchte heute speziell alle Jungbürgerinnen und Jungbürger begrüssen. Wir haben sie gerade vorhin im neuen Haus der Museen vereidigt. Sie sind hoch motiviert. Deshalb sind sie gleich alle hierhergekommen. Ich bitte die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Euch heute etwas zusammenzunehmen, damit Ihr einen guten Eindruck macht, so dass möglichst viele dieser jungen Leute Lust bekommen, in Zukunft zu politisieren. Zu den Gästen möchte ich auch noch sagen, Ihr seid mutig. Letztes Mal haben wir bei dieser Sitzung bis 01.30 Uhr debattiert. Speziell möchte ich meinen Sohn Noah. Er ist noch nicht Jungbürger. Er ist erst zwölf Jahre alt und wollte wissen, was Papi immer so macht, wenn er sagt, ich gehe jetzt Politik machen. Deshalb ist er heute hier. Er hat noch seinen Kollegen mitgenommen. Er ist auch zwölf Jahre alt. Schauen wir einmal, wie lange sie es aushalten.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2019

Prot.-Nr. 26

Budget 2020/Genehmigung

Das Budget 2020 weist, bei gleichbleibendem Steuerfuss von 108%, einen Verlust von 647'280 Franken aus. Das entspricht rund 0.6% des Bruttoaufwandes. Das Ergebnis setzt sich aus einem Betriebsverlust von 3'162'680 Franken, einem Gewinn aus Finanzierung von 2'487'400 Franken und einem a.o. Aufwand von 2'000 Franken zusammen.

Während sich die Personalkosten gegenüber dem Budget 2019 nicht erhöhen, steigt der Betriebs- und Sachaufwand deutlich. Gegenüber dem ungekürzten Jahresbudget 2019 nehmen die Kosten rund 400'000 Franken zu. Zu den Gründen gehören nebst einem erhöhten baulichen Unterhalt auch einmalige Anschaffungen.

Beim Transferaufwand (Beiträge an Dritte) beträgt die Zunahme gegenüber dem verabschiedeten Budget 1'885'660 Franken. Hier machen sich die höheren Bruttobeiträge von 930'800 Franken an den Finanz- und Lastenausgleich bemerkbar. Erneut müssen auch Kostensteigerungen im Bereich des sozialen Ausgleichs (Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Pflegefinanzierung) hingenommen werden. Die Mehrkosten von rund 413'000 Franken beruhen grösstenteils auf den vom Kanton vorgegebenen Pro-Kopf-Beiträgen. Weiter steigen die gebührenfinanzierten Beiträge an den Zweckverband Abwasserregion für die Abwasserreinigung um 347'000 Franken.

Bei den Steuererträgen wird für die natürlichen Personen mit einer Steigerung analog der letzten Jahre gerechnet, die Erträge von Seiten der juristischen Personen dürften aufgrund des aktuell doch eher schleppenden Wirtschaftsganges und erhaltener Rückmeldungen eher rückläufig sein. Nicht berücksichtigt ist die noch völlig offene Umsetzung der STAF-Vorlage.

Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2020 betragen 15'378'000 Franken und liegen deutlich über den Vorjahreswerten. Rund 2 Million Franken davon fliessen in den Unterhalt von Sportanlagen oder den Ersatz der Kältezentrale der Sportpark AG. Auch die ersten Auslagen für den neu geplanten Schulstandort Kleinholz sowie eine neue Dreifachturnhalle sind bereits enthalten.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen das Budget für das Jahr 2020, basierend auf den Budgetrichtlinien sowie dem Finanz- und Investitionsplan, mit dem Antrag auf Genehmigung.

1. Ausgangslage

Nachdem in den letzten Jahren für die Stadt Olten konsequent Schulden abgebaut werden konnten, verfügt die Stadt heute noch eine mittlere Verschuldung und eine gute Eigenkapitalsituation. Gegenüber dem letzten Budget fallen erneut höhere Beiträge an den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich (+938 TCHF) an. Mehrkosten für den sozialen Ausgleich (Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und Pflegefinanzierung) steigen gegenüber dem letzten Budget erneut an. Der Zuwachs beträgt rund 413'000 Franken oder 2.4%. Die Zunahme der Beiträge im Sozialbereich wachsen somit schneller als der Steuerertrag.

Neu beträgt der Transferaufwand rund 37.3% des gesamten Aufwandes des städtischen Haushalts. Aufgrund der zum grössten Teil fremdbestimmten Kostenfaktoren im Transferaufwand wird der finanzielle Spielraum für die Gestaltung des Gemeinwesens immer enger.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Ergebnisse der Erfolgsrechnung und der Spezialfinanzierungen

Bei einem Aufwand von 105'353'360 Franken (ohne interne Verrechnungen) und einem Ertrag von 104'706'080 Franken ergibt sich ein **Mehraufwand von 647'280 Franken**.

2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Die Nettoinvestitionen im Jahre 2020 betragen 15.378 Mio. Franken, wobei sich der Anteil für werterhaltende Investitionen auf rund 9.89 Mio. Franken beläuft. Die Beteiligung an Investitionen des Kantons beläuft sich auf rund 0.68 Mio. Franken, die Investitionen der spezialfinanzierten Bereiche (Abwasser, Abfall) auf rund 2.95 Mio. Franken. An Erweiterungsinvestitionen sind lediglich rund 4.55 Mio. Franken vorgesehen. Die generelle Realisierungskorrektur beträgt 2.7 Mio. Franken (15% der Nettoinvestitionen).

Bei den Erweiterungsinvestitionen von 4.55 Mio. Franken sind unter anderem folgende Investitionen vorgesehen:

- Schulraumplanung/neuer Schulraum, Turnhalle	1'000'000 Franken
- Planungskredit Kunstmuseum	300'000 Franken
- Kinderspielplätze	500'000 Franken
- Planung neuer Bahnhofplatz	100'000 Franken
- Planung Fussgänger- und Veloverbindung OSW	500'000 Franken
- Parkleitsystem	900'000 Franken
- Veloabstellplätze Bahnhof West	350'000 Franken
- Attraktivierung Ländiweg	800'000 Franken
- Räumliches Leitbild	100'000 Franken

Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen am konsolidierten Gesamtaufwand) von 13.8% bedeutet, dass die Stadt Olten im Verhältnis zu ihren Gesamtausgaben eine mittlere Investitionstätigkeit anstrebt. Gegenüber den Vorjahren nimmt der Investitionsanteil aber zu (2017: 8.58%, 2018: 11.61%, 2019: 10.2%).

2.3. Gestufter Erfolgsausweis

Der gestufte Erfolgsausweis nach HRM2 zeigt das Ergebnis aus dem ordentlichen Jahresbetrieb. Das Ergebnis aus Finanzierung enthält nebst den Zinskosten den Aufwand für die Liegenschaften im Finanzvermögen sowie Liegenschaftserträge (Finanz- und Verwaltungsvermögen) und unter anderem die Verzinsung des Dotationskapitals der sbo. Im a.o. Ergebnis ist lediglich eine Fondseinlage für den Weichenersatz Industrie vorgesehen.

Gemeinde Total (in TCHF)	Budget 2020	Budget 2019*	Rechnung 2018
30 Personalaufwand	41'019	41'051	40'715
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	15'758	15'050	14'994
33 Abschreibungen VV	6'685	6'164	6'011
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	1'364	1'364	1'723
36 Transferaufwand	39'308	37'422	35'155
39 Interne Verrechnungen	8'452	7'598	7'232
Total betrieblicher Aufwand	112'584	109'006	106'072
40 Fiskalertrag	73'864	72'242	78'211
41 Regalien und Konzessionen	1'966	1'958	1'988
42 Entgelte	15'256	15'026	15'322
43 Verschiedene Erträge	12	12	36
45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	197	249	1'521
46 Transferertrag	9'705	9'800	9'950
49 Interne Verrechnungen	8'452	7'598	7'232
Total betrieblicher Ertrag	109'452	106'884	114'260
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-3'133	-2'123	8'189
34 Finanzaufwand	1'219	1'371	1'529
44 Finanzertrag	3'706	3'523	4'346
Ergebnis aus Finanzierung	2'487	2'153	2'816
Operatives Ergebnis	-645	30	11'005
38 Ausserordentlicher Aufwand	2	2	871
48 Ausserordentlicher Ertrag	0	0	171
Ausserordentliches Ergebnis	2	2	700
Jahresergebnis Erfolgsrechnung Gew. (+), Verl. (-)	-647	28	10'305

Tabelle: Gestufter Erfolgsausweis, *reduziertes Budget 2019 nach Volksabstimmung

3. Zielerreichung im Budget 2020

3.1. Budgetvorgabe Personal-, Sach- und Transferaufwand

Als Ziel für das Budget 2020 hat der Stadtrat die Vorgabe auferlegt, die Sachausgaben auf dem Niveau der Jahresrechnungen 2016/2017/2018 festzulegen. Beim Personal ist kein zusätzliches Personal einzustellen, lediglich Pensenaufstockungen sollen – wo Bedarf angezeigt ist – möglich sein.

Der Sachaufwand in den Jahren 2016/2017/2018 betrug im Schnitt rund 14.8 Mio. Franken. Im nun vorliegenden Budget 2020 beträgt der Sachaufwand rund 15.8 Mio. Franken, also 1 Mio. Franken höher als geplant. Heraus stechen vor allem der neu höher geplante bauliche Unterhalt von knapp 490'000 Franken gegenüber der Vorgabe oder Einmalausgaben wie die Einrichtung der automatischen Ausleihe in den Bibliotheken oder die Neuuniformierung der Jugendmusik (teilweise gegenfinanziert durch Fondsentnahmen).

Beim Transferaufwand wurde festgelegt, dass keine neuen freiwilligen Beiträge, welche nicht gegenfinanziert sind, gesprochen werden dürfen. Im aktuellen Budget 2020 wurde der

Beitrag an das Begegnungszentrum Cultibo um 20'000 Franken erhöht, um die Präsenz der Betreuungspersonen erhöhen zu können, und ein neuer Leistungsauftrag an Pro Senectute für Altersarbeit von 14'000 Franken aufgenommen (ersetzt 8'000 Franken an IG Aktives Alter).

Bei den Nettoinvestitionen hat sich der Stadtrat ein Ziel von maximal 13 Mio. Franken gesetzt. Der operative Cashflow wurde aufgrund der Budgetvorgaben auf 11.0 Mio. Franken fixiert, was zu einer Kapitalaufnahme von 2.0 Mio. führen sollte. Aktuell betragen die Investitionen 2019 nun 15.38 Mio. Franken. Der zur Deckung dieser Investitionen vorhandene Cashflow beträgt 7.81 Mio. Franken. Der Finanzierungsfehlbetrag beträgt somit 7.57 Mio. Franken.

3.2. Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze

Die vom Stadtrat gefassten finanzpolitischen Grundsätze können im Jahr 2020 zum grossen Teil umgesetzt werden.

Grundsatz zur Verschuldung:

- *Die Pro-Kopf-Verschuldung soll Fr. 2'500 nicht übersteigen:*

Zwar wird die Pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2020 wieder ansteigen, die maximale Soll-Verschuldung von 2'500 Franken pro Einwohner wird aber nicht überschritten. Per Ende 2020 wird mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2'124 Franken gerechnet.

- *Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab:*

Per Ende 2018 weisen die Solothurner Gemeinden ein Pro-Kopf-Vermögen von rund 430 Franken aus. Mit 1'798 Franken Pro-Kopf-Verschuldung besteht immer noch ein deutliches Manko gegenüber der Vorgabe.

Grundsätze zu den Investitionen

- *Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) für Werterhalt beträgt dauernd 100%:*

Die Nettoinvestitionen des steuerfinanzierten Werterhalts (nach genereller Kürzung) betragen rund 8.40 Mio. Franken, der operative Cashflow des steuerfinanzierten Bereiches beträgt 5.96 Mio. Franken. Das wichtige Ziel einer vollständigen Finanzierung des Werterhalts bestehender Anlagen kann im steuerfinanzierten Bereich somit in diesem Budget nicht erreicht werden. Der Selbstfinanzierungsgrad für diese Anlagen beträgt 70.91%.

- *Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%:*

Der operative Cashflow von 7.81 Mio. Franken deckt die Nettoinvestitionen von 15.38 Mio. Franken nicht. Der effektive Finanzierungsgrad beträgt 50.8% und gilt nach der Definition von HRM2 als problematisch.

Grundsätze zu den Steuern

- *Die Steuerfüsse für natürliche und juristische Personen weichen nicht mehr als 10% voneinander ab:*

Aktuell kann zwar dieser Grundsatz eingehalten werden. Offen wird die Umsetzung der STAF-Vorlage sein.

- Die steuerliche Belastung liegt in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden:

Der einwohnergewichtete durchschnittliche Steuerfuss der Solothurner Gemeinden liegt im Jahr 2018 bei 116.4%. Mit 108% für natürliche Personen sowie 108% für juristische Personen hat die Stadt Olten einen Steuerfuss, der unter dem Gemeindedurchschnitt liegt.

4. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

4.1. Verrechnung der Informatikkosten

Im Rahmen der Neugestaltung des Zentrumslastenausgleichs unter den Städten wurde vereinbart, dass die Städte die IT-Kosten sachgerecht auf die Funktionen verrechnen. Dies als Basis für einen einheitlichen Vergleich und eine spätere Verteilung des Ausgleichs. Durch die Verrechnung erfolgen insbesondere in den Funktionen Abweichungen.

Funktion	R18	B19	B20_vor	Versch.	B20_nach
0 Allg. Verwaltung	8'876	8'893	8'915	-504	8'411
1 Sicherheit	458	373	510	83	593
2 Bildung	21'459	22'670	22'927	102	23'029
3 Kultur, Sport	8'638	9'082	9'492	242	9'734
4 Gesundheit	2'163	2'264	3'426	0	3'426
5 Soziale Sicherheit	16'350	16'539	15'913	5	15'918
6 Verkehr	6'169	6'418	6'559	62	6'621
7 Umwelt/Raumordnung	2'002	2'022	2'012	10	2'022
8 Volkswirtschaft	566	572	586	0	586
9 Finanzen/ Steuern	1'225	3'382	4'172	0	4'172
Total vor Steuern	67'906	72'214	74'511	0	74'511

Tabelle: Kostenverschiebung IT in TCHF

4.2. Gesonderter Ausweis der Personalsteuern

Gegenüber dem Vorjahr werden die Personalsteuern neu auf einer gesonderten Kostenart gezeigt (Kontenrahmen HRM2). Bis anhin wurden die Personalsteuern unter dem Konto 9100.4000.00 geplant, neu erfolgt die Planung unter dem Konto 9100.4008.00.

4.3. Funktion Beiträge an den ÖV

Die Beiträge an den ÖV wurden bisher unter der Funktion 6220 geplant, neu erfolgt die Planung unter der Funktion 6290 (HRM2).

4.4. Grössere Abweichungen im Aufwand der Erfolgsrechnung

Die grössten Abweichungen betreffen folgende Funktionen / Sacharten:

Funktion	B2019	B2020	Differenz	Begründung
xxxx.314 Baulicher/Betriebl. Unterh.	3'072	3'634	562	Erhöhter Unterhalt
4120 Pflegekostenfinanzierung	1'116	2'231	1'115	Aufgabenentflechtung
5120 Ergänzungsleistungen IV	2'316	0	-2'316	Aufgabenentflechtung
5320 Ergänzungsleistungen AHV	2'976	6'029	3'053	Aufgabenentflechtung
5721 Gesetzliche Sozialhilfe	7'595	5'990	-1'605	Aufgabenentflechtung
5790 Sozialadmin./Restkosten SRO	3'159	3'393	234	Teilw. Entflechtung / Mehrkost. SRO
xx.33x + xx.366 Abschreibungen	6'765	7'294	529	Hohe Investitionen
9300 Finanz- und Lastenausgleich	6'172	7'103	931	Gem. kantonalen Vorgaben

Grösste Abweichungen Aufwand in TCHF

4.5. Grössere Abweichungen im Ertrag der Erfolgsrechnung

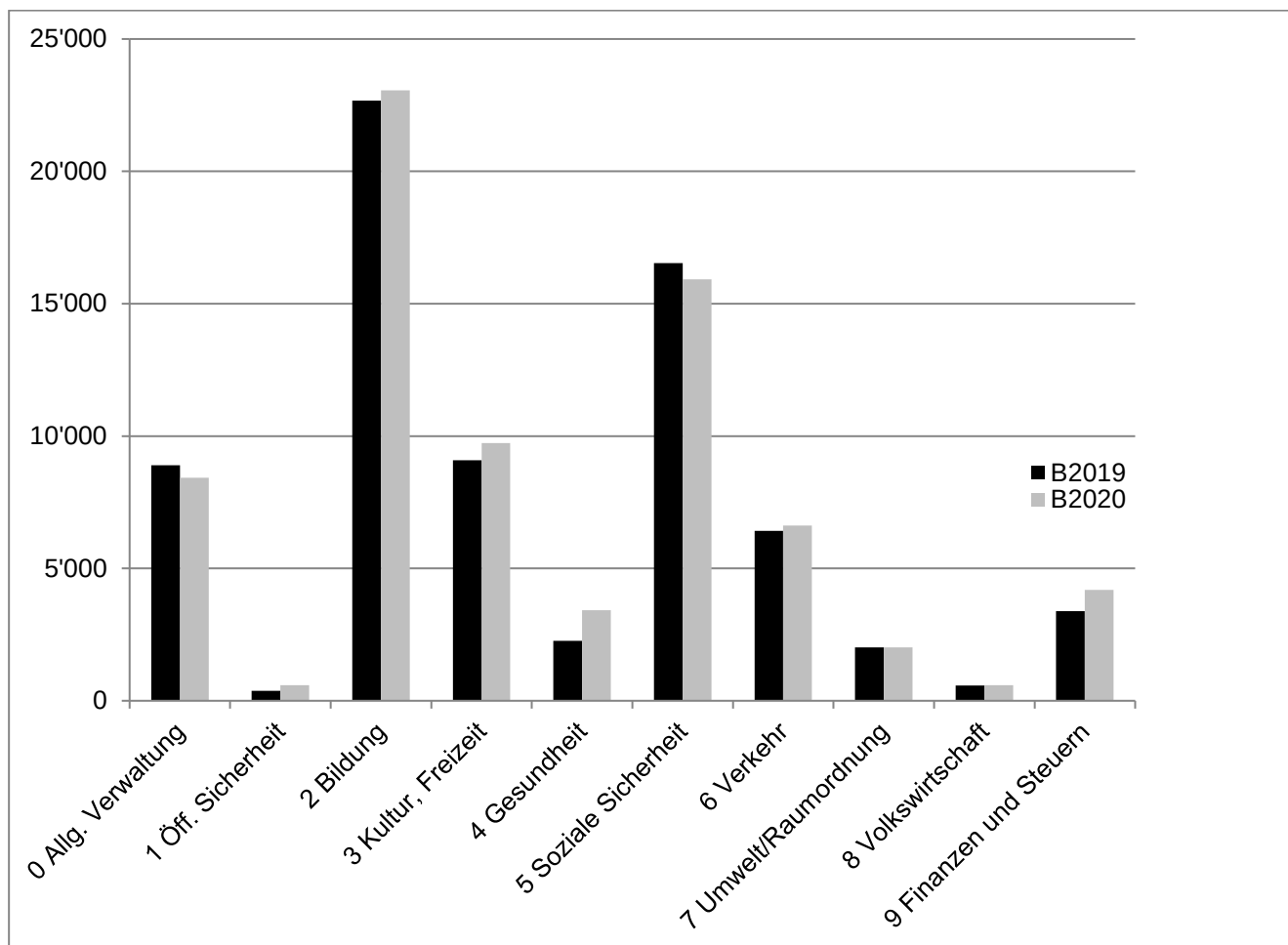
Die grössten Abweichungen im Ertrag betreffen folgende Funktionen:

Funktion	B2019	B2020	Differenz	Begründung
9x.401 Steuern JP	17'000	16'500	--500	Rückgang
9x. 400 Steuern NP	54'763	56'854	2'091	Inkl. Quellensteuer + Nach/Straf.
xxxx.44xx. Liegenschaftserträge (FV/VV)	1'916	2'100	184	Zus. Liegenschaften / höh. Verm.

Grösste Abweichungen Ertrag in TCHF

5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen (ohne Steuerertrag Kostenart 40) der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



Grafik: Veränderung B2018/B2019 – in Tausend Franken

0 Allgemeine Verwaltung (B 2020: 8'411 B2019: 8'892 Differenz: -481)

Der Minderaufwand in der allgemeinen Verwaltung beträgt rund 481'000 Franken. Folgende Positionen erfahren die grössten Abweichungen gegenüber dem Vorjahr:

- Verrechnung der IT-Kosten an andere Funktionen (- 504'000 Franken)
- Dispo-Kredit Stadtrat 100'000 Franken (2019: gekürzt auf 50'000 Franken)
- Projektleiter Bauverwaltung (2019: nur 2 Monate): + 61'000 Franken

1 Öffentliche Sicherheit (B 2020: 593 B 2019: 373 Differenz: +220)

Bei der öffentlichen Sicherheit ergeben sich wenige Aufwandänderungen:

- Beschaffung von Anti-Terror-Sperren (+45'000 Franken)
- Tiefere Leistungsverrechnung z.L. der Funktion 6151 Parkplätze (+ 95'000 Franken)
- Verrechnung der IT-Kosten aus der Funktion 0 (+98'000 Franken)

2 Bildung (B 2020: 23'029 B2019: 22'670 Differenz: +359)

Durch die interne Verrechnung der IT-Kosten steigt der Budgetsaldo um 102'000 Franken.

Bei den Schulliegenschaften (2170) ergeben sich folgende Mehrkosten:

- Gebäudeunterhalt: (+ 85'000 Franken) – Projekte siehe Begründung Konto 2170.3144.00
- Mietaufwand für prov. Schulraum Zementweg (+ 51'400 p.a.)
- Zunahme der Abschreibungen aufgrund geplanter Investitionen (+ 70'000 Franken)

Bei der Heilpädagogischen Sonderschule wird mit 2 zusätzlichen Fällen gerechnet. Eine Platzierung in der Heilpädagogischen Sonderschule kostet pro Jahr 24'000 Franken.

In der Funktion 2990 (Bildung übrige) fallen im Jahr 2020 die Kosten für das Schulfest weg. Der jeweils veranschlagte Betrag beläuft sich auf 110'000 Franken.

3 Kultur und Freizeit (B 2020: 9'734 B2019: 9'082 Differenz: +652)

Im Bereich Kultur und Freizeit fallen folgende Mehrkosten an:

Transfer der Informatikkosten (insbesondere Stadtbibliothek)	242'000 Franken
Inbetriebnahme Haus der Museen	116'000 Franken
Zunahme der Abschreibungen im Bereich Sport (3410)	145'000 Franken

4 Gesundheit (B 2020: 3'426 B2018: 2'264 Differenz: +1'162)

Im Bereich Gesundheit ergeben sich folgende Abweichungen:

Verschiebung Leistungsfeld Pflegefinanzierung zu Gemeinden: + 1'115'100 Franken – vgl. Zusammenstellung unter dem Thema Beiträge (Seite 13)
Beitrag an Spitex-Verein (Leistungsauftrag): + 40'000 Franken

5 Soziale Wohlfahrt (B 2020: 15'918 B2019: 16'539 Differenz: -621)

Bei der sozialen Sicherheit kommen Pro-Kopf-Beiträge zur Anwendung. Diese werden durch das Amt für Soziale Sicherheit (ASO) geschätzt und den Gemeinden als Planungshilfe zur Verfügung gestellt. Die Sozialregion Olten sowie die Stadt Olten stellen ihre Planung auf dieser Grundlage ab. Für das Jahr 2020 wurden die Zahlen der Stadt mit 18'500 Einwohnern (ohne Wochenaufenthalter) berechnet.

Pro Einwohner wird mit folgenden Richtwerten geplant:

Beitrag	B2020	B2019	R2018
Verwaltungskosten EL AHV	13.40	7.00	6.50
Verwaltungskosten EL IV	0.00	4.50	4.30
Ergänzungsleistung AHV	312.50	153.00	149.00
Ergänzungsleistung IV	0.00	120.00	119.30
Sozialadministration	75.00	76.00	73.50
Sozialhilfe	323.00	410.00	410.00
Alimenten Bevorschussung	16.00	16.00	16.60

6 Verkehr (B 2020: 6'621 B2019: 6'418 Differenz: +203)

Im Bereich Verkehr bleiben die Kosten und Erlöse konstant. Die grössten Abweichungen betreffen:

- Strassenunterhalt (+ 130'000 Franken) – Wieder auf Niveau des ordentlichen Budgets
- Höhere Abschreibungen aufgrund der aktivierten Investitionsbeiträge (+ 175'000 Franken)

7 Umwelt und Raumordnung (B2020: 2'022 B2019 2'022 Differenz: 0)

Keine Bemerkungen

8 Volkswirtschaft (B2020: 586 B2019: 572 Differenz: +14)

Abschreibungen Industriegeleise (+7'700 Franken)

9 Finanzen ohne Steuern Koa 40 (B2020: 4'172 B2019: 3'382 Differenz: +790)

Anpassung der Abschreibungen (nicht erhältliche) Steuern (+57'000 Franken)

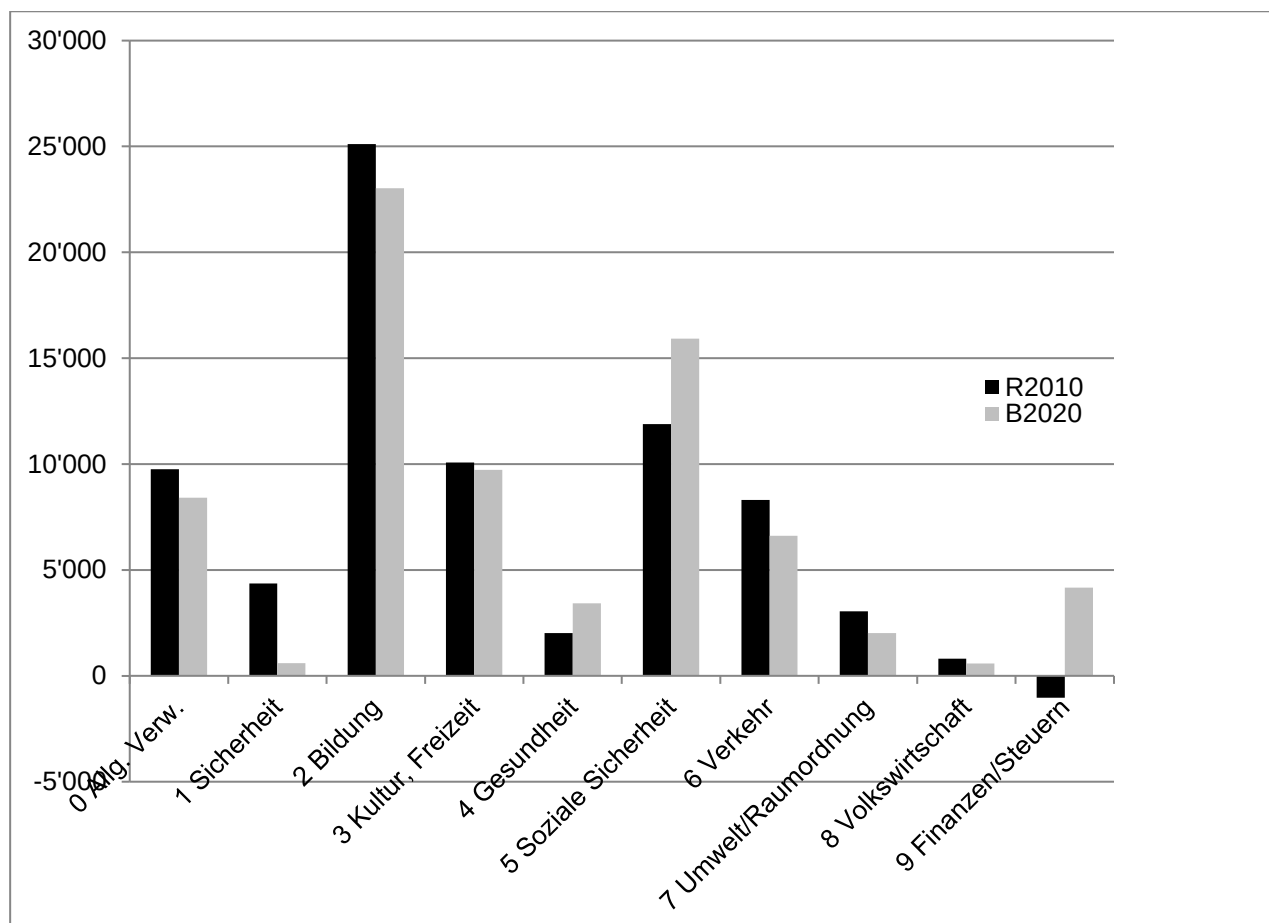
Finanz-und Lastenausgleich (+937'900)

Zinsaufwand (-153'700 Franken) – Refinanzierungen mit 0% Zins

Netto-Mehrertrag Liegenschaften im Finanzvermögen (+50'000 Franken) – Liegenschaft
Baslerstrasse

5.1 Ein Blick 10 Jahre zurück

Mit der Umstellung auf HRM2 wurden alle Rechnungswerte bis ins Jahr 2010 zurück an das neue System angepasst.



Grafik: Entwicklung des Nettoaufwandes pro Funktion vor Steuern

Ein Blick 10 Jahre zurück zeigt, dass folgende Bereiche ihre Nettokosten (ohne Steuern) senken konnten:

Funktion vor Steuern	R2010	B2020	Δ EFF	Δ %
0 Allg. Verwaltung	9'759	8'411	-1'347	-13.8%
1 öffentliche Sicherheit	4'366	593	-3'773	-86.4%
2 Bildung*	25'119	23'029	-2'090	-8.3%
3 Kultur, Freizeit	10'082	9'734	-348	-3.4%
6 Verkehr	8'310	6'621	-1'689	-20.3%
7 Umwelt/Raumordnung	3'042	2'022	-1'021	-33.6%
8 Volkswirtschaft	811	586	-225	-27.7%

Alle anderen Bereiche haben teilweise hohe 2-stellige Zuwachsraten erfahren:

Funktion	R2010	B2019	Δ EFF	Δ %
4 Gesundheit	2'013	3'426	1'413	70.2%
5 Soziale Sicherheit	11'892	15'918	4'026	33.9%
9 Finanzen/Steuern*	-1'030	4'172	5'202	-504.9%

Tabellen: Abweichungen funktionale Gliederung 10 Jahre

*Grosse Verschiebungen gab es aufgrund des neuen Finanzausgleichs. Während die Bruttobelastung aus dem Disparitätenausgleich und dem Lastenausgleich in der Funktion 9

zu einer Mehrbelastung führte, fand im Bereich Bildung durch die Einführung der Schülerpauschale eine Entlastung statt. Ab dem Jahr 2020 werden zudem die Informatikkosten im Umfang von 540'000 Franken ausserhalb der Funktion 0, Allgemeine Verwaltung verteilt.

6. Begründungen zu den einzelnen Kosten- und Ertragsarten (Abweichungen zum Vorjahresbudget)

30 Personalaufwand

Gegenüber dem Budget 2019 bleiben die Personalkosten konstant, respektive nehmen sogar um 0.08% (- 31'950 Franken) ab. Die Bruttolohnkosten des städtischen Personals nehmen um 279'000 Franken zu, jene der Lehrpersonen um 293'000 Franken ab. Beim städtischen Personal sind zwar keine neuen Stellen vorgesehen, gewisse Stellen wurden jedoch im Pensum aufgestockt oder sind nun das erste Mal für ein volles Jahr mitberücksichtigt. Im Jahr 2019 wurde dem städtischen Personal eine einkommensunabhängige Zulage von 1'000 Franken pro Vollstelle gewährt. Im Budget 2020 wurde diese nun in eine auch sozialversicherungsberechtigte Teuerung von 0.7% umgewandelt. Das Lehrpersonal, welches ebenfalls städtisches Personal ist, hat eine Anpassung von 1% bereits auf das Jahr 2019 erhalten.

Folgende Veränderungen haben sich im Lohn des städtischen Personals ergeben:

Kosten Teuerung 0.7% ohne Sozialregion (inkl. <u>Nebenkosten</u>)	129'000 Franken
Kosten Teuerung Sozialregion, davon Olten 65% (inkl. NK)	27'800 Franken
enthalten in den Restkosten Sozialregion (5790.3632.01)	

Stellenveränderungen Verwaltung	141'200 Franken
- 20% Feuerwehr / Aufstockung (gegenfinanziert)	28'800
- 30% Sachbearbeitung KJFF / Aufstockung (gegenfinanziert)	26'700
- 5% Jugendbibliothek / Aufstockung Switch Leitung /Sachb.	3'400
- Leitung Personal-/Rechtsdienst 20% – neu volles Jahr geplant	21'800
- Bauleitung Hochbau 60% - neu volles Jahr geplant	60'500

Zuwachs Haus der Museen (erstmalig volles Betriebsjahr)	51'300 Franken
inkl. Wartung des leer stehenden Naturmuseums	

31 Sachaufwand

Der Sachaufwand des Budgets 2020 muss mit dem Sachaufwand des Budgets 2019 vor der Referendumsabstimmung (B2019_a) verglichen werden, da die Ausgaben des „gekürzten“ Budgets 2019 (B2019_n) nicht einen ordentlichen Jahresaufwand wiedergeben. Die Abweichungen können den Kommentaren entnommen werden.

Funktion	B2020	B2019_n	B2019_a	Diff.	Kommentare
310 Material- Warenaufwand	1'899	1'873	1'910	-11	
311 Nicht aktivierbare Anlagen	1'532	1'232	1'183	349	IT: RFID (Selbstaussleihe), Datenanbindungen Bibliothek, Werkhof, Neuuniformierung Jugendmusik, Atemschutzgeräte
312 Versorg. Liegenschaften	2'639	2'781	2'781	-142	
313 Dienstleist./Honorare	2'532	2'578	2'581	-49	
314 Baul. / betriebl. Unterhalt	3'634	3'072	3'351	283	Höherer Unterhalt Liegenschaften und

					Strassen
315 Unterhalt /Anlagen	1'233	1'269	1'260	-27	
316 Mieten, Leasing, Pachten	792	707	707	85	Schulraum Zementweg
317 Spesenentschädigungen	608	583	629	-21	
318 Wertberichtigungen	878	834	834	44	Höhere Abschreibungen von Debitorenguthaben
319 div. Betriebsaufwand	10	121	121	-111	Wegfall Schulfest
Total	15'758	15'050	15'358	400	

Tabelle: Abweichung Sachaufwand in TCHF, Differenz zwischen B2020 und Jahresbudget 2019

33 Abschreibungen

Seit dem Jahr 2016 gelten für die Abschreibungen differenzierte, nach Nutzdauer bestimmte Abschreibungen. Für Abschreibungen des Verwaltungsvermögens Stand Ende 2015, welches noch unter HRM1 geführt wurde, gilt eine lineare Abschreibung auf 18 Jahre (Abwasser 11 Jahre). Die Abschreibungen auf „Altbestände“ sind in der Unterkontonummer unterscheidbar. Sie werden mit der Unterkontonummer 25 (Bsp. 2170.3300.25) ausgewiesen.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Abschreibungstyp	B2020	B2019	R2018
Abschreibungen HRM1	5'027	5'025	5'024
Abschreibungen ab 2016 steuerfin.	1'428	972	865
Abschreibungen Abwasser ab 2016	140	102	99
Abschreibungen Abfall ab 2016	90	65	23
Abschreibungen Total	6'685	6164	6'011

Hinzu kommen die Abschreibungen von Investitionsbeiträgen. Diese sind unter der Kostenart 3660 geführt. Wir verweisen diesbezüglich auf den Transferaufwand.

Es gelten dabei folgende Abschreibungssätze:

Anlagekategorie	Nutzungsdauer	Abschreibungsmethode
		linear
Grundstücke nicht überbaut Abweichung zu HRM2; überbaute Grundstücke werden über die Nutzungsdauer des Objektes abgeschrieben	40 Jahre	2.50 %
Gebäude, Hochbauten	33 Jahre	3.03 %
Tiefbauten (Strassen, Plätze, Friedhof etc.)	40 Jahre	2.50 %
Wald, Alpen und übrige Sachanlagen	40 Jahre	2.50 %
Kanal- und Leitungsnetze, Gewässerverbauungen	50 Jahre	2.00 %
Orts- und Regionalplanungen sowie übrige Planungen	10 Jahre	10.00 %
Möbilen, Ausstattungen, Maschinen und allgemeine Motorfahrzeuge	8 Jahre	12.50 %
Spezialfahrzeuge (Feuerwehr, Strassenreinigung etc.)	15 Jahre	6.67 %
Informatik- und Kommunikationssysteme	4 Jahre	25.00 %
Immaterielle Anlagen	5 Jahre	20.00 %
Investitionsbeiträge	~	Nach Nutzungsdauer des finanzierten Objektes
Anlagen im Bau	~	keine planmässige Abschreibung
Darlehen	~	keine planmässige Abschreibung
Beteiligungen, Grundkapitalien	~	keine planmässige Abschreibung

Tabelle: Abschreibungssätze

34 Finanzaufwand

Trotz der Aussicht, dass Erweiterungsinvestitionen mit Fremdkapital finanziert werden müssen, sinkt der Finanzaufwand. Dies aufgrund der aktuellen Kapitalmarktsituation. Mit einem Zinsaufwand wird nur noch für bestehende fällige Verpflichtungen gerechnet. Diese werden Ende 2019 noch 67 Mio. Franken betragen (2015: 114 Mio. Franken).

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	Total
Darlehen	15'000	7'000	15'000	20'000	10'000	67'000
Ø Zinssatz	1.19%	0.35%	1.30%	1.45%	1.51%	
Zinsaufwand	178	25	195	290	151	839

Tabelle: Fälligkeiten bestehender Darlehen mit Verzinsung in TCHF

35 Einlage in Spezialfinanzierungen / Fonds

Unter den Einlagen in die Spezialfinanzierung ist im Budget 2020 fast ausschliesslich die Einlage der Überschüsse der Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall geplant. In der Abwasserrechnung reduziert sich die Einlage aufgrund höherer Abgaben an den Zweckverband Abwasserregion Olten.

Fonds	B2020	B2019	Abw.
Einlage in die SF Abwasser	1'098	1'578	-480
Einlage in die SF Abfall	168	112	+56
Einlagen Fonds Atzli	78	27	51
Diverse Fonds	20	6	14
Total	1'364	1'723	-359

Tabelle: Einlage in Fonds in TCHF

36 Transferaufwand

Die Transferzahlungen sind nach den Löhnen die grösste Kostenposition. Im Rahmen einer Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden sollen die Gemeinden ab dem Jahr 2020 für den Bereich Alter aufkommen, der Kanton für den Bereich der Invalidität. Dadurch kommt es in den Funktionen zu grösseren Verschiebungen. Alle Positionen, welche betroffen sind, sind gekennzeichnet (+). Folgende sind die grössten Positionen im Transferaufwand:

Funktion	B2020	B2019	R2018
Finanz- und Lastenausgleich	7'103	6'172	4'549
Ergänzungsleistungen AHV +	6'029	2'976	2'872
Ergänzungsleistungen IV +	0	2'316	2'282
Gesetzliche Sozialhilfe +	5'990	7'595	7'726
Rest- und Verwaltungskosten Sozialregion	3'183	3'001	2'796
Pflegekostenfinanzierung +	2'231	1'116	1'060
Beiträge an den Regionalverkehr	2'250	2'378	2'337
Beiträge an die Abwasserreinigung	2'195	1'848	1'793
Schulgelder an die Sekundarschule	1'606	1'593	1'152
Beiträge an Sonderschulen (HPS, Heime)	1'104	1'056	1'103
Beiträge für die Steuerveranlagungen	950	910	970
Beitrag an Spitex-Verein Olten (Leistungsauftrag)	700	660	608
Beitrag an den Eissport	700	700	700
Beitrag an das Stadttheater*	560	597	597
Beträge an Kinderkrippen- und Horte, Tagesbetr.	710	710	700
Standortbeitrag an die FHNW	359	359	358
Beitrag an Alkohol und Drogenprävention	315	316	305
Beiträge an die Alimenten Bevorschussung	296	298	307
Beiträge an Region Olten Tourismus	230	230	230

Abschreibung von Investitionsbeiträgen	610	602	542
Regionaler Zivilschutz / Regionaler Führungsstab	230	228	294
Bezugsprovisionen Quellensteuern	213	210	211
Benützung Hallenbad	204	204	204
Beitrag an den Verein Robi	200	200	200
Restbeträge	1'341	1'148	1'259
Total	39'308	37'422	35'155

*Tabelle: Transferaufwand in TCHF, * Vom Stadttheater fließen 205 TCHF an Mieterträgen zurück + laufendes Projekt Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden*

38 a.o Aufwand

Keine Bemerkung

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können. Im Jahr 2020 werden erstmals die Informatikkosten über die internen Verrechnungen an die Abteilungen weiterverrechnet. Dies aufgrund der Kostenauswertung zwischen den drei solothurnischen Städten zur Festlegung des künftigen Zentrumslastenausgleichs.

40 Steuererträge

Für die Budgetierung der Steuererträge wurde auf die letzten sicheren Veranlagungsstände abgestellt. Für das Budget 2020 wurde bei den natürlichen Personen auf die Veranlagungen 2016/2017 sowie die Vorausrechnungen 2018/2019 abgestellt. Als Basis diente der Veranlagungsstand des Steuer-Management-Informationssystems per Juni 2019.

Natürliche Personen / Veranlagungsstände per 05.07.2019 (Abschluss Juni 2019)

	2020
+ Durchschnitt veranlagte Steuern natürliche Personen*	50.63
+ Personalsteuer	0.59
+ Anteil aus Vorjahren	0.00
+ Sondersteuern (Einzug via Kanton)	0.65
= Basis 2020	51.87
* Konjunkturprognose	1.7%
* Wachstum Bevölkerung / Steuerpflichtige	0.7%
= Planertrag 2018 Steuern natürliche Personen	53.12
+ Steuererhöhung	0.00
= Total geplanter Steuerertrag 2019	53.12

In Mio.

Juristische Personen

Bei den juristischen Personen wurden die wichtigsten 20 steuerpflichtigen Unternehmen einer separaten Prüfung unterzogen. Bei der Prüfung wurden die letzten definitiven Steuerveranlagungen sowie der Vorbezug 2019 resp. die Meldung der Unternehmen zum Abschluss 2018 berücksichtigt. Die Umsetzung der STAF-Vorlage im Kanton Solothurn wurde noch nicht berücksichtigt, da sie im Zeitpunkt der Budgetvorlage noch völlig offen ist.

Mit der vom Kanton vorgesehenen Variante muss die Stadt im Zeitpunkt der Umsetzung mit jährlichen Steuereinsparungen von rund 5 Mio. Franken rechnen. Diese werden vom Kanton teilweise und zeitlich begrenzt ausgeglichen.

Veranlagungsstatus	2017	2018	2019
Definitive Veranlagungen	12'326	2'920	1
Provisorische Veranlagungen	7'859	5	0
Vorbezüge	696	12'675	16'389
Saldo	20'881	15'601	16'390

In TCHF

41 Konzessionen

Von den 1.966 Mio. Franken an Konzessionserträge werden rund 86% von den SBO für Energie, Wasser und Gas abgeliefert.

Position	B2020	B2019	Differenz
Konzessionserträge SBO (Energie, Gas, etc.)	1'685	1'685	0
Plakatgebühren	35	33	+2
Taxikonzessionen	37	42	-5
Konzessionen Kilbibuden/Schausteller	118	125	-7
Diverse	90	72	+18

In TCHF

42 Entgelte

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Mehrertrag von 230'830 Franken (1.5%).

Folgendes sind die wichtigsten Abweichungen:

Position	Betrag
Gebühren aus Betreibungen	+40'000 Franken
Feuerwehersatzabgaben	+50'000 Franken
Gebühren Einwohnerkontrolle (Basis Abschluss 2018)	+10'000 Franken
Eintritte Hallenbad – volle Saison	+30'000 Franken
Benützungsgebühren Werkhof und Bereich Gemeindestrassen	+50'000 Franken

In Franken

43 verschiedene Erträge

Keine Bemerkungen

44 Finanzertrag

Der Finanzertrag im Budget 2020 liegt rund 183'000 über dem Budget 2019.

Die Mehrerträge erfolgen fast ausschliesslich aus Vermietungen von Liegenschaften:

Position				Betrag
Mehrerträge	Liegenschaften	Finanzvermögen	(insb.	+ 95'000 Franken
Baslerstrasse)				
Vermietungen	Sonnhaldenstrasse	(Atzli-Fonds)	nach	+51'000 Franken
Renovation				
Haus der Museen / Mietzinserträge Magazin				+37'500 Franken
Haus der Museen / Mietzinserträge Archäologie				+3'400 Franken

45 Entnahme aus Spezialfinanzierung

Für das Jahr 2020 sind folgende grössere Fondsentnahmen geplant:

- Fondsentnahme Jugendmusikschulen für neue Uniform (50'000 Franken)
- Entnahme aus dem Freizeitfonds von 92'500 Franken für den Betrieb der Trendsportanlage, Midnight, Förderung Deutschkurse
- Fondsentnahme für nicht bezahlte Bestattungskosten von 12'000 Franken
- Fondsentnahme für Museen (Kunstmuseum / Naturmuseum) 39'600 Franken

46 Transfererträge

Die Transferbeiträge sinken um 94'600 Franken.

Folgende Hauptursachen tragen zur Senkung bei:

- Schülerpauschalen: -247'300 Franken
- Feuerwehr, Subventionen SGV (+17'300)
- 2192 Volksschulen: +25'000 – Beiträge Schulsport
- Museen: Sponsoring +53'600, Kantonsbeiträge + 8'700 Franken
- 3420 Freizeit: Kantonsbeitrag Deutsch vor dem Kindergarten + 47'700 Franken

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

7201 Abwasserentsorgung

Das Budget 2020 weist einen Überschuss von 1'098'300 Franken aus. Dieser ist rund 480'000 Franken tiefer als im Budget 2019. Grund dafür ist die Gebührenanpassung durch den Zweckverband Abwasserregion Olten. Der Überschuss wird als Einlage ins Eigenkapital der Abwasserversorgung ausgewiesen. Der operative Cashflow der Abfallrechnung beträgt 1'514'900 Franken und kann die geplanten Investitionen im Bereich Abwasser von aktuell rund 1.91 Mio. Franken nur zu 79.2% decken.

7301 Abfallbeseitigung

Der Bereich Abfall weist für das Jahr 2020 einen Überschuss von 168'100 Franken aus. Der operative Cashflow beträgt 280'900 Franken und kann die geplanten Investitionen von 595'000 Franken (nach Pauschalabzug 15%) nicht decken. Der Finanzierungsfehlbetrag von 314'000 wird dem Guthaben der Abfallrechnung bei der Stadt entnommen. Das Guthaben der Abfallrechnung gegenüber der Stadt betrug Ende 2018 rund 1.98 Mio. Franken.

8. Investitionsbudget

Das Gemeindeparlament nimmt mit der Budgetvorlage auch Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2020-2026. Das vorliegende Investitionsbudget 2020 basiert auf diesem Investitionsplan. Die Nettoinvestitionen betragen 15.38 Mio. Franken. Diese Nettoinvestition gilt im Verhältnis zum Gesamtaufwand der Stadt mit 13.8% als „mittlere Investitionstätigkeit“.

Die Investitionen lassen sich folgendermassen aufteilen (in TCHF):

Investitionstyp	Betrag
Nettoinvestitionen in den Werterhalt bestehender steuerfinanzierter Anlagen	9'885 TCHF
Entwicklungsinvestitionen	4'550 TCHF
Investitionsbeiträge	675 TCHF
Investitionen an gebührenfinanzierte Bereiche Abwasser/Abfall	2'985 TCHF
Generelle Kürzungen (~15%, bisher 10%) / Realisierungsgrad	-2'682 TCHF
Total Nettoinvestitionen	15'378 TCHF

Gliederung Nettoinvestitionen

Folgende Entwicklungsprojekte mit Investitionstranchen im Jahr 2020 von über Fr. 200'000 sind im Voranschlag enthalten:

Entwicklungsinvestitionen	Betrag
Schulraum Kleinholz / Dreifachturnhalle	1'000 TCHF
Planung/Neubau Kunstmuseum (3290.5040.001)	300 TCHF
Kinderspielplätze	500 TCHF
Umsetzung Motion Attraktivierung Ländiweg (7900.5010.004)	200 TCHF
Parkleitsystem (6150.5090.000) - fondsfinanziert	900 TCHF
Stadtteilverbindung Hammer (6150.5010.013)	500 TCHF
Veloabstellplätze Bahnhof West	350 TCHF
Diverse Strassenerschliessungen (6150.5010.00 DIV)	300 TCHF

Grösste Entwicklungsinvestitionen

9. Kennzahlen, gesetzlich vorgesehene Massnahmen

Im Anhang zum Budget 2020 finden sich drei Seiten mit Finanzkennzahlen. Gemäss Gemeindegesetz § 136 sind für die Steuerung resp. für die Ergreifung von Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes lediglich zwei Vorgaben massgebend:

Eigenkapital/ Bilanzfehlbetrag (§136 Abs. 2 GG):

Ist das Fremdkapital höher als die Aktiven, spricht man von einem Bilanzfehlbetrag. Ein solcher ist spätestens 5 Jahre nach dessen Entstehung abzutragen. Das Abtragen ist durch Ertragsüberschüsse in der Erfolgsrechnung zu eliminieren.

Im Budget 2020 müssen keine Massnahmen zur Erfüllung dieser Vorgabe getroffen werden.

Nettoverschuldungsquotient (§ 136 Abs. 3 GG)

Wenn der gewichtete Nettoverschuldungsquotient eine Vorgabe von 150% überschreitet, so wird die Gemeinde in ihren Investitionstätigkeiten beschnitten. Der Selbstfinanzierungsgrad aller Investitionen muss dann 80% betragen. Der für das Jahr 2020 massgebende Quotient ist jener, welcher im Rechnungsjahr 2018 ausgewiesen wird. Er beträgt 46.2%. Für das Jahr 2020 ist die Vorgabe über die maximale Neuverschuldung (Schuldenbremse § 136 Abs. 3 Gemeindegesetz) eingehalten und es ist somit keine Beschränkung bezüglich der Investitionen nötig.

10. Zusammenfassung

Im Budget 2020 muss die Stadt vorwiegend aufgrund diverser fremdbestimmter Mehrbelastungen (Finanzausgleich, vorgegebene Kosten für den sozialen Ausgleich) mit einem Verlust von rund 0.65 Mio. Franken rechnen. Das entspricht einer Abweichung von rund 0.6% des Bruttoaufwandes und kann als „rote Null“ gewertet werden. Der Stadtrat hat die selber beeinflussbaren Kosten weiterhin im Griff. Noch nicht berücksichtigt ist in diesem Budget die Umsetzung der STAF-Vorlage. Gemäss aktuellem Kenntnisstand wird eine Abstimmung nicht mehr vor der Behandlung dieses Budgets stattfinden. Würde sich die vorgesehene Variante des Regierungsrates durchsetzen, so würde die Stadt einen zusätzlichen Verlust von 5 Mio. Franken erleiden, dies auch darum, weil der Kanton für das Jahr 2020 noch keinen Ausgleich über den Finanz- und Lastenausgleich vorsieht. Dieser erfolgt erst ab dem Jahr 2021.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit den Änderungsanträgen der Finanzkommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Laura Schöni: Auch von meiner Seite herzlich willkommen heute Abend. Ich persönlich hoffe, dass wir heute nicht bis 01.30 Uhr tagen werden. Die FIKO hat das Budget vorletzte Woche geprüft und stimmt ihm grossmehrheitlich zu. Wir haben in der Sitzung verschiedene Änderungsanträge diskutiert. Die Anträge, welche eine Mehrheit gefunden haben, liegen Euch heute vor bzw. sind Euch letzte Woche schon zugestellt worden. Zu den einzelnen Änderungsanträgen werden verschiedene Mitglieder aus der FIKO vorgängig jeweils noch eine Erklärung abgeben. Zum Budget: Das vom Stadtrat vorgelegte Budget für das Jahr 2020 hat einen Aufwand von rund 105 Millionen Franken und einen Ertrag von 104 Millionen und einigen zerquetschten Franken, und wir gehen mit einem Verlust von Fr. 647'280.— aus. Die grössten Abweichungen im Aufwand zum Vorjahr sind auf einen erhöhten Bedarf an baulichem Unterhalt zurückzuführen. Dann haben wir höhere Abschreibungen, auch aufgrund dessen, dass wir im nächsten Jahr mehr investieren. Wir haben höhere Beiträge, die wir an den Finanz- und Lastenausgleich zahlen müssen, und es gibt eine kantonale Aufgabenentflechtung im Bereich des sozialen Ausgleichs. Dort haben wir auch eine Kostensteigerung, die wir im Budget 2020 zu spüren bekommen. Der Stadtrat rechnet mit einem Rückgang der Einnahmen der Steuern bei den juristischen Personen und aber auch einer Erhöhung der Einnahmen bei der Quellensteuer und Strafsteuer. Das Budget 2020 sieht nach wie vor einen Steuerfuss von 108% bei juristischen und natürlichen Personen vor. Geplant sind für nächstes Jahr rund 15 Millionen Franken Nettoinvestitionen. Dort gehen zwei Drittel in den Werterhalt, zum Beispiel in den Strassen- und Hochbau oder die Sanierung von Schulanlagen. Wir haben aber auch Entwicklungsinvestitionen geplant. Namentlich sind dies der Schulraum Kleinholz, die Dreifach-Turnhalle, Erweiterung von Kinderspielflächen, das Parkleitsystem und auch ein Betrag für die Stadtteilverbindung Hammer. Die ganzen Entwicklungsinvestitionen sind mit 4.5 Millionen Franken budgetiert. Im Gegensatz zum Vorjahr strebt die Stadt Olten eine höhere Entwicklungstätigkeit an. Wir von der FIKO sind zufrieden mit dem Budget und können Euch auch mehrheitlich ein positives Feedback zu diesem Budget geben. Der Stadtrat und die Verwaltung haben ein Budget geschaffen, welches vertretbar ist. Es ist vertretbar vor dem Volk und auch in finanzieller Hinsicht vertretbar. Der Stadtrat hat aus der Abstimmung im Frühling Schlüsse gezogen und die Steuerfüsse bleiben unverändert auf 108%, wie ich vorhin schon gesagt habe, für natürliche und juristische Personen. Wir haben den Eindruck, dass das Budget besser,

konkreter und realistischer erarbeitet worden ist, als noch in den Jahren zuvor. Zahlreiche Investitionen in den Werterhalt sind vorgesehen und sichern den Erhalt des Verwaltungsvermögens der Stadt Olten. Das Budget weist ein leichtes Defizit aus. In diesem Zusammenhang wurde kritisiert, dass zum Beispiel eine neue im Bau für 60% geschaffen wird. Weiter kritisiert wurde auch, dass zum Beispiel der Gebührenerlass nicht budgetiert ist. Jedes Jahr gibt es Gebührenerlasse für grosse Anlässe in der Stadt Olten. Letztes Jahr führte es während des Shutdowns in der Stadt zu grossen Diskussionen, ob jetzt gewisse Gebührenerlasse ausgelöst werden dürfen sollen, und gewisse Mitglieder der Finanzkommission hätten es begrüsst, wenn mit ihnen geplant würde und sie im Budget einen Platz finden würden. Wie gesagt, können wir Euch das Budget grossmehrheitlich zur Abstimmung geben. Wir empfehlen Euch, dies mit den Anträgen, die wir gestellt haben, zu genehmigen. Merci.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Nur etwas, das ich gestern schon vorgebracht habe. Wir haben ja die Steuervorlage im Budget 2020 nicht berücksichtigt. Wenn man berücksichtigt, dass 2020 ein Mehrverlust von Fr. 790'000.— vorgesehen ist, wird es einen Verlustsaldo von 1,4 Millionen geben. Besten Dank.

Florian Eberhard: Die Fraktion SP/Junge SP dankt der Stadtverwaltung und auch dem Stadtrat für die Ausarbeitung dieses sehr sauber erstellten Budgets. Grundsätzlich sind wir mit diesem Budget bzw. vor allem mit dem finanziellen Aspekt des Budgets zufrieden. Die Stossrichtung ist für uns begrüssenswert. Wir hatten in den letzten Jahren an dieser Stelle definitiv ein schlechteres Gefühl. Wir schreiben ja hier mehr oder weniger eine Null, wobei wir aus den Erfahrungen der letzten Jahre davon ausgehen, dass am Schluss eher eine schwarze als eine rote Null dastehen wird. Für uns ist es sehr erfreulich, dass die Nettoinvestitionen für 2020 mit diesen 15,5 Millionen klar über den Werten der letzten Jahre liegen. Diese Investitionen sind endlich wieder auf einem Stand, der für die Pflege und Erneuerung einer attraktiven Infrastruktur einigermaßen genügt. Erfreulich ist auch der Umstand, dass man eingesehen hat, dass in den letzten Jahren zu wenig in den Werterhalt investiert wurde. Allerdings muss man noch sagen, dass man sich nicht zu sehr davon täuschen lassen darf. Auch mit dieser Erhöhung ist es immer noch nur eine mittlere Investitionstätigkeit. Etwas Unsicherheit besteht bei uns einerseits aufgrund dieser schon angesprochenen Erfahrungen der letzten Jahre, in denen die Ausschöpfungsquote meistens relativ tief war. Andererseits sind wir uns auch nicht ganz sicher, ob die geplanten Investitionen mit dem vorhandenen Personal getragen werden können, oder ob hier nicht vielleicht je nachdem personelle Ressourcen mehr gesprochen werden müssten. Als nicht nachvollziehbar beurteilen wir, dass die Auswirkungen des erheblich erklärten Volksauftrags Klimanotstand mit keinem Wort erwähnt werden. Wir haben uns gefragt, ob diese Investitionen auf die Verträglichkeit mit dem verbindlichen Ziel CO₂, netto null, geprüft wurden. Im Budget sind ja keine Aufwendungen hinsichtlich Klimaneutralität enthalten. Die Zeit drängt aber dabei. Wir denken, dass das Fehlen einer Fachstelle, die sich beispielsweise um Themen wie Klimaeffizienz kümmern kann, die Umsetzung von Klimamassnahmen natürlich extrem schwierig macht. Auch hier müsste man etwas nachlegen, aber, wie gesagt, auch in anderen Bereichen der Stadtverwaltung zusätzlich personelle Ressourcen sprechen. Weiter haben wir etwas Schwierigkeiten mit den sogenannten finanzpolitischen Grundsätzen. Dabei handelt es sich ja um Freiwilligengrundsätze, die sich der Stadtrat selber gesetzt hat und die wir von der SP/Jungen SP so zu einem grossen Teil nicht unterstützen können. Wir sind froh, dass der Stadtrat für das städtische Personal zumindest eine Teuerungszulage von 0,7 % vorsieht. Das ist die absolut minimale finanzielle Besserstellung von mehreren Jahren des Abbaus, unter dem sie jetzt leiden. Die FIKO hat ja verschiedene Änderungsanträge beschlossen. Diese werden wir teilweise unterstützen, uns bei anderen aber auch definitiv zur Wehr setzen. Wir werden ausserdem selber vereinzelt kleinere Änderungsanträge machen, um mit diesen kleinen Erhöhungen in unseren Augen wichtige Projekte unterstützen zu können. Gleichzeitig werden wir auch einen Antrag auf Verzicht auf eine Investition stellen. Dazu aber nachher bei den entsprechenden Posten mehr. Zusammengefasst ist die Fraktion SP/Junge SP mit dem vorliegenden Budget so einverstanden, vor allem, was die Finanzen betrifft,

vermisst aber Massnahmen zum Klimawandel und wird bei der Detailberatung, wie gesagt, verschiedene Verbesserungsanträge stellen.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Ich möchte mit einem Zitat eines deutschen Staatsmanns beginnen, der einmal gesagt hat: «Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiss ihres Volkes stammt». Die materialistische Sprache zeigt, dass es nicht gerade allzu neu ist, was Friedrich der Grosse, der preussische König gesagt hat. Das war vor 250 Jahren. Aber an Aktualität hat das Zitat eigentlich nichts eingebüsst. Der Stadtrat kennt wahrscheinlich dieses Zitat. Er hat es bei der Erstellung des vorliegenden Budgets 2020 mehr oder weniger befolgt. Und er hat mehr oder weniger auf das gehört, was die Oltnerninnen und Oltnern in der Volksabstimmung vom 24. März 2019 gesagt haben. Dort ist ja das Budget 2019, das ganz anders aussah, versenkt worden. «Mehr oder weniger» sage ich, weil der Stadtrat den Sachaufwand um über 6,7% nach oben schnellen lässt – von rund 14,8 Millionen auf 15,8 Millionen Franken. Besonders erstaunlich ist dies, weil der Stadtrat damit bewusst sein eigenes Ziel verletzt. Er hat nämlich gesagt, und es steht auch in den Unterlagen, er wolle den Sachaufwand im Budget 2020 auf dem Niveau der Jahre 2016/2017/2018 belassen. Der Stadtrat sagt, er hält dies nicht ein. Er sagt aber eigentlich nicht klar, warum er dies nicht einhält. Das Gleiche gilt auch bei den Nettoinvestitionen. Auch dort hat sich der Stadtrat ein Ziel gesetzt: „Maximal 13 Millionen“ steht im Bericht. Wir sind jetzt nach dem Budget bei Nettoinvestitionen von 15,38 Millionen. Grosszügig zeigt sich der Stadtrat auch gegenüber dem städtischen Personal. Er will dem Personal einen Teuerungsausgleich von 0,7 % geben. Allerdings gibt es hier ein Problem. Es gibt gar keine Teuerung, die auszugleichen wäre. Das Bundesamt für Statistik hat gerade kürzlich den Stand der Preisentwicklung in der Schweiz per 31. Oktober publiziert. Das Preisniveau in der Schweiz ist um 0,3 % gesunken. Das ist auch ein Grund, dass der Kanton Solothurn gar keinen Ausgleich gibt. Und dass zum Beispiel auch die Stadt Solothurn höchstwahrscheinlich keinen Ausgleich geben wird. Sie sagen, wir gleichen die Teuerung aus, die am 30. November des Jahres aufgelaufen ist. Das wird nach allen Prognosen minus sein. Der sogenannte Teuerungsausgleich von 0,7 % für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, und man muss es einfach klar sagen, eine Realloohnerhöhung von 1 %. Es sind 0,7 % plus der negative , das gibt 1 %. Zusätzlich profitieren viele Mitarbeitende von automatischen garantierten Lohnerhöhungen gemäss dem Lohnsystem. Sie profitieren von steigenden Weiterbildungskosten und einer guten Pensionskasse. Im Gesamtpaket, und das ist uns wichtig, muss sich die Stadt Olten mit den Anstellungsbedingungen, die sie heute bietet und die sie in Zukunft bieten wird, gar nicht verstecken – dass es heute schwieriger ist als früher, offene Stellen zu besetzen, ist ein generelles Problem der Wirtschaft und nicht ein spezifisches Problem der Stadt Olten. Der Stadtrat sagt immer, er budgetiere «scharf» - ohne Reserven. Er sagt dies immer so schön. Früher hat ein Stadtpräsident jeweils Zero-Base-Budgeting gesagt. Man fängt wirklich bei null an. Man hat es wahrscheinlich auch früher nicht gemacht. Im Gegensatz zu dieser Aussage gibt es in diesem Budget sehr viele allgemeine Kreditpositionen, die einfach so gesprochen werden, so allgemeine Begriffe wie «Allgemeiner Kredit» findet man dort und dort. Das ist einfach einmal ein Kredit, den es gibt, den man nützen kann und man wahrscheinlich sinnvollerweise jetzt dann langsam sagt, ich habe es noch nicht ausgenützt. Jetzt muss ich dieses Geld auch noch ausgeben. Die allgemeinen Kreditpositionen zusammen belaufen sich auf eine stattliche Summe. 2,3 Millionen Franken, sogar über 2,3 Millionen Franken. Wir würden es begrüssen, wenn man statt solcher allgemeiner Positionen wirklich scharf budgetiert würde. Wir wären sehr bereit und würden zustimmen, dass es dann ab und zu Nachtragskredite gibt, die gut begründet sind. Ein Dorn im Auge sind uns auch die diversen Fondvermögen, welche die Stadt Olten noch hat. Fonds sind so Geldmittelchen, so Kassen, extrem ausgedrückt schwarze Kassen, die in der Stadtverwaltung herumschwirren und wo man die Ausgaben ausserhalb des Budgets abwickeln kann. Das ist nicht unbeträchtlich. Es sind über 8,3 Millionen Franken, die in diesen Fonds stecken. Sie verschleiern letztlich die effektive Rechnung. Die Finanzkommission hat auch deswegen einen Antrag gestellt. Sie will den Fonds «Disposition Ammannamt» auflösen. Da könnte man im Sinne der Transparenz sicher auch weitergehen. Wir haben jetzt ein paar kritische Fragen und Anmerkungen gemacht. Das Budget 2020 schliesst mit einem Defizit ab. Wir haben es gehört, 1,4 Millionen Franken, vor den

Beratungen. Das ist der Negativbereich. Andererseits muss man auch sagen, dass sich dieses Defizit im Rahmen der Budgetgenauigkeit. Bei einem Budget in dieser Grössenordnung ist es eigentlich unmöglich, auf 1 oder 2 % genau zu budgetieren. Zusätzlich muss man auch berücksichtigen, dass die Rechnung des laufenden Jahres höchstwahrscheinlich, ich glaube, das dürfen wir Mitte November sagen, um mehrere Millionen besser als budgetiert abschliessen wird, unter anderem nur schon wegen des Verkaufs von Aktien. Und einfach in Erinnerung behalten, wir haben im Juni dieses Jahres der Rechnung von 2018 zugestimmt. Sie hat 10 Millionen Franken besser abgeschlossen. Mit diesen finanziellen Rahmenbedingungen können wir uns leisten, mit einem Budget im Rahmen der Budgetgenauigkeit weiter zu gehen. Ich habe mit einem Zitat eines deutschen Staatsmanns angefangen. Ich möchte mit einem Zitat eines englischen Schriftstellers enden, der etwa zur gleichen Zeit auf der Welt war und hat geschriftstellt wie Friedrich der Grosse gelebt hat. Laurence Sterne sagte: «Das Aufstellen eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmässig zu verteilen». Auch das könnte stimmen. Die FDP-Fraktion wird dem vorliegenden Budget in der Schlussabstimmung zustimmen, mit einem kleinen Disclaimer – sofern das Parlament in der heutigen Debatte die Tugenden des sorgsamsten Umgangs mit Steuergeldern nicht vergisst. Besten Dank.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Ich schliesse mich meinem Vor-Vorredner an. Beim Vorredner habe ich mich nicht so ganz gehört. Wir möchten uns auch bei Urs Tanner bedanken, der sich auch in diesem Jahr wieder Zeit genommen hat, um bei uns in der Fraktionssitzung vorbeizukommen und uns diverse Punkte erläutern zu können. Es ist super, wenn man so zusammenarbeiten und auf die Verwaltung zugehen kann. Auch sonst ein genereller Dank für die Erstellung dieses Budgets. Zusätzlich zu dem, was Florian eigentlich schon viel gesagt hat, sind wir sehr erfreut, dass zwei zentrale Forderungen aufgenommen wurden. Die erste ist eine bessere Berechnung der Steuereinnahmen. Man sieht nämlich plötzlich, dass man in diesem Jahr bei einem Steuerfuss von 108 % mit 52,4 Millionen rechnet. Letztes Jahr hat man im Finanzplan bei einem um 4 % höheren Zinsfuss noch mit 51,8 gerechnet. Man fragt sich also schon etwas, wie dies zustande kommt. Wir sind immerhin erfreut, dass man dies dank dieser Einnahmen doch finanzieren kann, was notwendig ist. Ein zweiter Punkt ist, dass die Salami-Taktik bei der Steuerfusserhöhung nicht mehr vorhanden ist. Das haben wir gestern schon gesehen. Wir sind der Meinung, dass eine Anpassung des Steuerfusses, die ja auf 2021 angekündigt ist, auch bei den juristischen Personen zu erfolgen hat. Die Firmen in Olten profitieren alle von einer kommunalen Steuersenkung, die man in einem entsprechenden Rahmen wieder kompensieren kann. Das hat ja auch Daniel Probst angetönt, dass dies durchaus so okay, wenn man bei den juristischen Personen wieder auf das gleiche Niveau kommt. Ich hoffe, wir werden für das Budget 2021 darauf zurückkommen. So kann man sicherstellen, dass die juristischen Personen für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse auch einen angemessenen Preis zahlen. Das hat Felix gestern schon gesagt. Es gibt keinen Grund, dass die Schere zwischen den Einnahmen der natürlichen und juristischen Personen noch mehr aufgehen soll. Wie gesagt, dank der Anpassungen bei den Steuereinnahmen, Abschätzung, sind die Investitionstätigkeiten, die wir in Olten in diesem Jahr brauchen, möglich, und wir können nach dem verlorenen Jahr 2019 weitermachen. Man hat in Olten SüdWest mittlerweile eine Finanzierungslösung gefunden, bei der die Stadtteilverbindung fast kostenneutral ist. Schön, können wir in diesem Jahr damit zu planen anfangen. Auch beim Weichenersatz, den wir vor einem Jahr noch gestrichen haben, weiss man jetzt auch, ob man diese Weichen überhaupt braucht. Ja, man braucht sie. Ja, man bekommt noch eine Finanzierung dafür. Sehr gut. Spannend ist dagegen, dass bei der Sportanlage zum Beispiel steht, dass man plötzlich einen Geräteträgertraktor altersbedingt ersetzen muss. Es ist jeweils etwas schade. Das haben wir gestern auch schon bei der Kälteanlage gehört. Das wäre wieder ein Hinweis auf die genauere Planung, wenn ein Alter absehbar ist, dass dies auch entsprechend draufsteht. Wir werden am Schluss zustimmen. Das ist wahrscheinlich klar. Unsere Haltung zu den einzelnen Anträgen der FIKO und der vielen, die wir im Vorfeld gehört haben, die heute Abend gestellt werden, werden wir jeweils separat noch etwas erläutern. Merci.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Ich möchte mich kurzhalten. Mir ist Eure Zeit wertvoll. Wir haben wieder einen Verlust in diesem Budget, und das ist grundsätzlich nicht gut. Das

müssen wir angehen. Wir fangen schon wieder an, Geld auszugeben. Es kommen wieder Dritte, die zusätzliche Anträge für zusätzliches Geld stellen. Ihr wollt wieder Stellenprozente erhöhen. Wir müssen vorsichtig bleiben. Die Kosten in der Sozialregion steigen wie jedes Jahr. Wir werden diverse Anträge stellen, unter anderem auch Kürzungsanträge, und sind offen für Eure Anträge, wie wir dieses Budget noch gesünder gestalten können. Nichts destotrotz sieht es sicher auch schon besser aus als in Vorjahren. Ich möchte nicht alles schlecht reden. Wir danken auch Urs Tanner und seinen Leuten, auch der gesamten Verwaltung, dass sie sich Mühe gegeben haben, das Budget ausgestellt haben. Wir wehren uns auch nicht gegen die 0,7 % Erhöhungen für das Personal. Die SVP erachtet dies als in Ordnung, weil auch die Stadtangestellten viel Einsatz leisten, und wir haben darunter auch durchaus gute Leistungen, gute Ansätze gesehen. Die Anträge werden nachher bei den verschiedenen Posten kommen.

Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir haben das Budget mit den hilfreichen Erläuterungen von Urs Tanner besprochen. Vielen Dank an dieser Stelle für die Unterstützung. Die Unterlagen haben wir als zweckmässig und verständlich empfunden, sogar für mich als Stadtbudget-Neuling, wo man zuerst einmal von all diesen Zahlen ein wenig überwältigt wird. Aber jetzt zum eigentlichen Kern, zum Inhalt: Eine Stadt ist nach unserer Ansicht dann attraktiv, wenn sie zwei Bedingungen erfüllt. Einerseits muss sie den Bewohnerinnen und Bewohnern etwas bieten können. Andererseits dürfen die daraus resultierenden finanziellen Belastungen für die normalen Leute, vor allem auch für die Familien, nicht zu hoch sein oder wenigstens nicht allzu stark wachsen. Diesen Spagat zwischen den sich teilweise widersprechenden Ansprüchen hat der Stadtrat unserer Meinung nach in diesem Budget sehr gut gemeistert. Gut, wir dürfen nicht vergessen, die grössten Herausforderungen werden erst in Zukunft anstehen. Aber wir sind sehr froh, dass bei unseren zwei Ankerprojekten, wenn man dies so nennen kann, endlich Pflöcke eingeschlagen werden. Ich glaube, die Leute würden es langsam nicht mehr goutieren, wenn man das Kleinholzschulhaus jetzt noch länger auf die lange Bank geschoben hätte oder wer sich einmal während der Rushhour über den Bahnhofplatzdschungel gekämpft und es vielleicht auch überlebt hat, versteht, dass die Situation dort von der Öffentlichkeit nicht wirklich noch viel länger tragbar ist. Diese beiden Ankerprojekte werden unserer Stadt helfen, dass sie noch etwas attraktiver wird. Andererseits haben wir aber auch mit Befriedigung aufgenommen, dass der Steuerfuss in diesem Jahr nicht erhöht werden soll, sind wir doch, wenn wir mit konkurrierenden ausserkantonalen Ortschaften vergleichen, ein immer noch eher teurer Standort. Nichts destotrotz, um unser Lieblingswort von gestern zu verwenden, obwohl das Budget als guter Kompromiss zwischen Ausgaben und Einnahmen erscheint, sind wir gleichwohl relativ hart am Windsegeln, um es in der Seefahrersprache zu sagen. Viel Spatzung hat es nicht, und in der Ferne wird man auf diesem See auch bereits den ersten Sturm sehen, der aufkommt. Blitze sind bereits sehr gut sichtbar, das erste Donnerrollen ist auch bereits zu hören. In diesem Sinne sind die finanziellen Risiken in der Zukunft klar. Stichwort STAF, ökologischer Wandel, konjunkturelle Gefahren als Beispiele. Wie wir uns dann durch die aufgewühlte See durchmanövrieren werden, da gibt es wahrscheinlich so viele Strategien wie es hier Kapitäne und Kapitäninnen, wenn es dieses Wort überhaupt gibt, hat, wird hier vorhanden sein. Das macht die Politik spannend und sorgt sicher für spannende Diskussionen in der Zukunft. In diesem Sinne ist die Fraktion CVP/EVP/GLP dafür, dass das Budget heute Abend grösstenteils genehmigt wird.

Daniel Kissling: Olten jetzt! kann eigentlich gar nicht viel anderes als unsere Vorredner sagen. Wir sind mit diesem Budget insgesamt zufrieden und danken für die ganze geleistete Arbeit. Es sieht so aus, als würden wir endlich wieder aufholen. Es sieht so aus, als ob wir nach Jahren der Blockade im letzten Jahr und der finanziellen Schwierigkeiten in den Vorjahren endlich wieder nach vorne gehen und vorwärtsschauen würden und uns endlich wieder überlegen können, wie Olten aussehen soll und dafür auch Geld in die Hand nehmen können und hoffentlich auch wollen, weil wir es auch wieder ein wenig haben. Wir sind am Aufholen. Beispiele, die jetzt auch verschoben wurden, gerade im letzten Jahr, sind das Parkleitsystem oder das Schulhaus, das jetzt kommt. Das war noch nicht geplant. Aber es kommt jetzt endlich. Die Anbindung an Olten SüdWest, wo man einen Weg gefunden hat,

wie man dies finanzieren kann und wie man hier hoffentlich auch eine Mehrheit finden wird. Den Bahnhofplatz kann man im Foyer vorne anschauen. Er zeichnet sich langsam, das wird noch ein paar Jahre dauern, aber langsam ab. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wenn wir sagen, wir sind am Aufholen. Am 8. Oktober hat der Stadtrat eine Medienmitteilung verschickt und gesagt, das passiert im Budget. Wir vom Parlament haben zu diesem Zeitpunkt noch kein Wort dieses Budgets gesehen. Natürlich hat das Oltnen Tagblatt, wie dies auch die Arbeit sein muss, nachgefragt, was haltet Ihr davon, und was haltet Ihr vom Budget? Wir mussten alle sagen, ich glaube alle Fraktionen, ja, wir haben keine Ahnung vom Budget. Das ist von der Kommunikation her vielleicht nicht ganz glücklich gelaufen. Ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, dass er nicht schon erzählt, was dort steht, weil wir es noch gar nicht gesehen haben. Dann kann man auch nicht mehr viel sagen und muss über Strategien nachdenken, obwohl man gar noch nicht weiss, was überhaupt dort steht. Im dritten Satz dieser Medienmitteilung steht: „Erfahrungsgemäss werden sich wie jeweils bei den Investitionen auch im kommenden Jahr aus unterschiedlichen Gründen nicht alle vorgesehenen Sachausgaben realisieren lassen, so dass sich diese in der Rechnung dann auf das durchschnittliche Mass reduzieren werden“. Das heisst übersetzt, wir haben dies jetzt einmal angedacht. Aber seien wir ehrlich, wir werden es sowieso nicht machen können. Das kann man realistisch nennen. Man kann sich aber auch fragen, warum denkt man es überhaupt an? Ist es, damit die Bedürfnisse derjenigen, die vielleicht etwas mehr investieren wollen, befriedigt werden und sie nicht auf die Barrikaden gehen oder schreibt man diesen Satz, damit man diejenigen, die lieber sparsam mit dem Geld umgehen wollen oder lieber nichts machen wollen, auch nicht gegen sich aufbringt und vorher schon sagt, nein, Ihr müsst keine Angst haben, es sieht am Schluss noch besser aus? Es ist eine etwas fragliche Geschichte. Man muss halt auch sagen, warum geht man jetzt schon davon aus? Natürlich gibt es gute Gründe, dass Sachen nicht gemacht werden können und sich verzögern. Das wissen wir alle. Wenn bei einer Bahnhofstreppe Komponenten fehlen oder falsch bestellt wurden oder was auch immer, kann man nichts dafür oder jemand anders kann etwas dafür. Das kann passieren. Natürlich ist es dann vor allem gut, wenn man es auch kommuniziert, damit man nicht auf falsche Gedanken kommt. Auf jeden Fall kann es aber auch Gründe geben, wo man sagen muss, diese kann man eigentlich nicht hinnehmen, das sollte man ändern, zum Beispiel, wenn man zu wenig Ressourcen hat. Ich meine jetzt nicht finanzielle, sondern zum Beispiel auch personelle Ressourcen, und man jetzt schon weiss, eigentlich haben wir gar keine Chance, dies alles durchzuziehen. Dort muss man sich halt auch fragen, ob gerade die Personalpolitik in den letzten Jahren positiv, produktiv und zukunftsorientiert war. Wenn man nachher ein Treffen mit dem Personalverband hat, wie einige Vertreterinnen und Vertreter von uns, und man dort hört, dass einerseits die Einstiegslohne im Vergleich eben doch tiefer als bei anderen Gemeinden ist. Wenn man hört, dass es seit Jahren keinen Teuerungsausgleich gegeben hat und jetzt die 0,7 % kommen und man sie jetzt sogar noch kritisiert, obwohl es für das Stadtpersonal seit Jahren keine Verbesserung der Anstellungsbedingungen gegeben hat, muss man schon sagen, dass man wenigstens jetzt die 0,7 % hinaufgeht und wenigstens dort ein wenig Wertschätzung gibt. Dass es noch ganz viele andere Sachen gibt, die scheinbar bei der Personalführung und beim HR der Stadt Olten, die es scheinbar nur so halb gibt, bei einer 200-Angestellten-Firma, im Argen liegen, ist ein anderer Punkt, der jetzt im Budget nicht diskutiert werden muss. Aber die 0,7 % Teuerungsausgleich sind ein schöner Beitrag für die Wertschätzung, und das ist auch einer, den man im Portemonnaie spürt. Was hingegen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger und auch Einwohnerinnen und Einwohner, auch diejenigen, die nicht abstimmen dürfen, im Portemonnaie spüren, sind natürlich immer die Steuern. Olten jetzt! hat in den letzten zwei Jahren immer wieder für höhere Steuern plädiert, wird dies in diesem Jahr nicht tun, wird keinen Antrag auf höhere Steuern stellen, obwohl wir immer noch der Überzeugung sind, dass eine lebendige Stadt etwas kosten darf, wenn man es auch gut begründen kann. Sie werden ja kommen. Wir hoffen, dass es dann auch sinnvoll anerkannt werden wird. Ob eine prozentuale Erhöhung von 4 % oder eine krasse Erhöhung beim Volk besser als eine schrittweise ankommt, werden wir sehen, wenn es soweit sein wird. Wir werden jedenfalls keinen Antrag auf Steuererhöhung stellen, möchten aber bei diesem Thema Steuern noch einmal erwähnen, dass die STAF kommen wird und man mit ihr rechnen muss und sich dann wirklich auch überlegen muss, wie man die juristischen Personen, die in Zukunft scheinbar

immer weniger werden, zu unserem Haushalt beitragen, in die Verantwortung nehmen kann. Auch sie profitieren von einer lebendigen Stadt mit einer guten Infrastruktur und einem guten Angebot. Insgesamt ist Olten jetzt!, wie gesagt, mit dem Budget zufrieden und dankt nochmals. Es gibt einzelne Anträge von anderen Parteien oder Fraktionen oder auch von uns, die wir ändern möchten. Ein Beispiel, das wir relativ spät gemacht haben, ist heute von Tobias Oetiker eingereicht worden, dass wir wollen, dass die ganze Geschichte mit der CO2-Motion, die wir gestern hier klar angenommen haben, budgetiert werden soll, damit die Stadt auch den Spielraum hat und damit anfangen kann. Man muss nächstes Jahr damit anfangen. Man hätte schon gestern damit anfangen sollen, die Stadt auf CO2-neutral zu trimmen. Es wäre doch schön, wenn man schon im nächsten Jahr damit anfangen könnte und nicht noch warten müsste, bis es in fünf, sechs Jahren diesen Plan, wie man sich etwas besser aufstellen könnte, geben wird. Andere Themen kommen bei den einzelnen Anträgen, bei denen wir unsere Meinung sicher auch sagen werden, ob Friedhofsparkplätze, bei denen wir nicht genau sehen, weshalb es sie braucht, oder über die Wiedererhöhung der Subjektfinanzierung bei der Kinderbetreuung, bei der unverständlich ist, weshalb man sie senkt und dann kantonale oder Bundesgelder verspielt, werden wir dann stellen. Wie gesagt, wir sind zufrieden und freuen uns auf eine gute Korrekturrunde in den nächsten paar Stunden. Merci.

Parlamentspräsident Daniel Probst:

Seiten 23 bis 25

Keine Wortmeldungen.

Seiten 29 bis 33

Keine Wortmeldungen.

Seite 34, 0120.4511.00

Urs Knapp: Die FIKO-Präsidentin Laura Schöni hat innerhalb der Finanzkommission die Begründung der verschiedenen Anträge aufgeteilt. Ich habe das Thema 0120.4511.00 gezogen, wo die FIKO vorschlägt, dass man eine zusätzliche Einnahme von Fr. 15'736.— budgetiert. Diese Einnahme kommt auf eine Auflösung des Fonds Disposition Ammannamt, der genau Fr. 15'736.75 ist. Es ist nicht klar, wofür er eigentlich ist. Es ist auch nicht ganz klar, was genau darüber läuft. An sich wäre es auch im Sinne einer sauberen Klarheit so, dass man diesen mit einer zusätzlichen Einnahme auflösen kann. Indirekt führt dies dazu, kann dazu führen, dass der Dispositionskredit des Stadtrates Fr. 100'000.— minus dieser Betrag ist, oder wenn es dann viel mehr wäre, hat man auch noch Geld dafür. Eigentlich ist vom Grundsatz her geplant, dass man diesen Dispositionskredit des Stadtrates entsprechend nicht ausschöpft. Budgettechnisch gehen wir so vor, dass wir vorschlagen, diesen Fonds aufzulösen und den Mehrertrag entsprechend zu budgetieren.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Das ist natürlich auch nicht der Fonds, aus dem sich der Stadtpräsident selber bedient, sondern er ist vor ein paar Jahren einmal geschaffen worden. Es ist an und für sich auch Usus, dass dessen Verwendung schlussendlich dem Stadtammann oder Stadtpräsidenten überlässt, was er dort genau bewirtschaftet. Ich müsste vielleicht einfach sagen, dass ich im Jahr 2019 den Auftrag habe, diesen noch zu bewirtschaften. Im Moment ist dieser Betrag noch drauf. Deshalb möchte ich beantragen oder Euch empfehlen, das, was Ende Jahr tatsächlich noch vorhanden, zu überweisen. Das wäre alles.

Urs Knapp: Wir haben grenzenloses Vertrauen in den Stadtpräsidenten, dass er diesen Fonds bis 31. Dezember nicht einfach leeren wird, sondern man kann sagen, was noch in der Kasse ist, würde hineinfließen.

Michael Neuenschwander: Ich muss vorausschicken, dass wir dagegen sind, dass man dies macht. Okay, wir sind nicht in der FIKO. Wir haben dies auch erst nachher mitbekommen. Aber es ist für uns nicht sinnvoll, wieso man die Fr. 15'000.— entweder in diesem Jahr noch „verputzen“ oder sonst auflösen muss. Wieso dürfen die Fr. 15'000.— nicht in der eigenen Kompetenz des Stadtpräsidenten oder der Direktion Präsidium für kleine Ausgaben zur Verfügung stehen? Das sogenannte „Ammann-Kässeli“ tut niemandem weh. Wenn es nicht weiter geäufnet wird, wir wissen, dass Urs Tanner nicht Freude hat an allen Fonds, die weitergeführt werden. Jeder, der aufgelöst wird, ist gut für die Buchhaltung. Aber dieser besteht jetzt einmal, und dann soll man ihn einfach fertig brauchen und zwar nach Gutdünken und ihn jetzt nicht einfach quasi als Disziplinierungsmassnahme auflösen. Wir werden dagegen sein.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Etwas Grundsätzliches zu diesen Fonds. Urs, etwas, was Du gesagt hast, hat mich gestört. Das sind nicht schwarze „Kässeli“. Sie werden in der Rechnung immer detailliert aufgeführt, und wie gesagt, auch die Veränderungen des Jahres vorher zum nächsten Jahr, sind immer im Eigenkapital aufgeführt, und das sind nicht einfach „Kässeli“, bei denen wir machen können, was wir wollen.

Beschluss

Mit 24 : 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Fonds aufgelöst und es gibt einen Mehrertrag.

Seite 36, 0222.3010.00

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Wir beantragen die Streichung von Fr. 16'500.—. Wir sind der Meinung, dass man im Bau die Stellen nicht wieder aufstocken soll. Wir hatten auch eine Abstimmung dazu, wo dies klar gesagt wurde, dass man keine zusätzliche Stelle schaffen soll und jetzt auch den Schleichweg einfach über Stellen aufzustocken, können wir nicht gutheissen. Wir anerkennen absolut, dass eine solche Stelle sicher auch positive Aspekte haben kann, dass im Bau jemand einen Mehrwert generieren kann. Wir müssen aber vorsichtig sein und auch das Budget im Gesamten im Auge behalten, dass, wenn wir dort wieder anfangen, Stellen zu schaffen, einfach die laufenden Kosten ins Exorbitante steigen. Deshalb müssen wir vorsichtig sein.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Ich möchte beliebt machen, dass man auf keinen Fall auf diesen Antrag einsteigt und zwar gerade aus finanziellen Gründen. Wenn wir nicht möglich machen, dass wir diese sanfte Aufstockung beim Personal für den ganzen Bereich Bau zulassen, passiert das, von dem wir gestern gesprochen haben, nämlich, dass die nötigen werterhaltenden Investitionen überhaupt nicht geplant und ausgeführt werden können. Wenn man das, was als Werterhaltung sein muss, immer wieder nach hinten schiebt und nach hinten schiebt wird es teurer. Es wird auch teurer, wenn man es auslagern muss, weil man es nicht mit eigenen Leuten machen kann. Deshalb ist es gerade aus finanziellen Gründen unglaublich wichtig, dass wir dort endlich ein wenig etwas dazugeben.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Ich möchte Felix hier sehr unterstützen. Ich möchte hoch beliebt machen, dass man einen Teil dieser Stelle beibehält. Vor allem an der Veranstaltung, an der wir mit dem Personal waren, ist nämlich auch ausgekommen, dass eines der Hauptprobleme ist, dass sich das Personal unwohl fühlt, weil sie einfach überlastet sind, weil sie zum Teil die Ressourcen nicht haben, um die absolut dringenden Aufgaben zu lösen. Es ist schon nur aus Sicht der Zufriedenheit des Personals absolut nötig, dass wir diese Stelle bewilligen. Nur mit einem zufriedenen Personal, welches das Gefühl, man nehme seine Bedürfnisse ernst, kann eine Stadt nämlich gut funktionieren.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Ich möchte mich meinen beiden Vorrednern anschliessen. Ich möchte daran erinnern, dass wir rund 15 Millionen Nettoinvestitionen geplant haben und davon ein grosser Teil in den Hochbau, sei es Werterhalt, so wie es Felix gesagt hat, aber auch Erweiterungsinvestitionen. Mehr Investitionen generieren mehr Arbeit. Das heisst,

irgendjemand in dieser Verwaltung muss diese Arbeit erledigen. Wir würden gerne beliebt machen, dem Antrag von Philipp bzw. der SVP nicht zu folgen und diese Stelle bitte zu belassen.

Urs Knapp: Die FdP wird dieser Stelle zustimmen. Wir haben aber noch eine Nachbemerkung. Wir werden zustimmen, weil es eine andere Stelle als diejenige am 24. März, die beim Volk sehr, sehr, sehr deutlich abgelehnt wurde. Damals wollte die Stadt eine Hauptlingsstelle setzen, die vor allem regiert. Jetzt schaffen wir eine Stelle, an der gearbeitet wird. Das ist im Sinne der Entwicklung der Stadt sinnvoll. Das Aber ist, dass bei der Kommunikation des Stadtrates über diese Stelle suboptimal sanft ausgedrückt ist. Auf Seite 5 steht: „Es wird kein zusätzliches Personal angestellt“. Diese Stelle ist provisorisch geschaffen, wird jetzt definitiv geschaffen und um 10 % erhöht. Das kann man begründen, und das ist ja auch sinnvoll. Aber dann soll man es doch sagen und nicht einfach hoffen, dass man dies nicht merkt.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Auch wir sind gegen diesen Antrag der SVP, weil wir finden, dass die Stellenprozente, die ja früher auch schon eingespart wurden, jetzt auf operativer Ebene dringend benötigt werden und wir auch deshalb schon mehrmals gehört haben, dass uns diese Leistungen, wenn man sie extern einkauft, eigentlich schlussendlich viel teurer kommen.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Mich würde nur kurz interessieren, wenn Muriel gerade wegen der externen Aufträge gesagt hat, werden diese dann zurückgehen, wenn diese Stelle geschaffen wird?

Stadtrat Thomas Marbet: Besten Dank für Eure Voten. Es ist tatsächlich keine neue Stelle. Wir hatten sie schon im revidierten Budget, Version 2, 1,9 Stellen. Wir führen eigentlich fort, was wir jetzt schon hatten. Wir konnten sie nicht besetzen. Das muss man ehrlicherweise auch sagen. Wir werden im nächsten Jahr 0,1 % mehr haben. Aber wir führen fort, was wir haben. Es ist auch zu sagen, dass man freiwillig reduziert hat, als man in den letzten Jahren bei der städtischen Finanzkrise gesehen hat, dass wir weniger ausgeben können. Das ist so. Wir haben weniger investiert. Wir mussten auch den baulichen Unterhalt und den Werterhalt zurückfahren. Es ist so. Deshalb hat man dort freiwillig verzichtet, ist auf 1,4 Stellen hinuntergegangen. Das ist heute ein Bauleiter, 100 %, und eine Bauleiterin, 40 %, eine Familienfrau, die zwei Tage pro Woche kommt. 1,4 Stellen, die wir für ein Immobilienportfolio von rund 100 Millionen Franken haben, wenn man den Hochbau zusammenzählt. Das ist nicht nur das Stadthaus. Es sind drei Museumsgebäude, vier Schulhäuser, ein Oberstufenzentrum, Turnhallen, ein Stadttheater. Es sind rund 100 Millionen Franken im Hochbau, und es ist einfach nötig, dass wir diese Unterhaltsarbeiten dann mit jemandem, der arbeitet, leisten können. Es ist so. Wir haben zum Beispiel auch Liegenschaften an der Sonnhaldenstrasse im Finanzvermögen, die sogenannten Blöcke aus dem Atzli-Legat. Dort haben wir eine Sanierung mit externer Unterstützung gemacht, weil wir es intern nicht machen konnten. Solche Sachen werden wir natürlich nachher reduzieren können. Das ist so. Ich bitte Euch, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Beschluss

Mit 33 : 4 Stimmen wird der Antrag der SVP auf Kürzung um Fr. 60'500.— abgelehnt.

Seite 38, 0227.3010.00

Philippe Ruf: Gleiche Argumentation. Die 20 %, die beim Rechtsdienst aufgebaut werden sollen. Wenn man konsequent ist, muss man auch dort den Finger draufhalten. Sonst werden uns diese Kosten künftig erschlagen. Wir stellen deshalb den Antrag, dass wir auf Konto 0227.3010.00 die Fr. 21'800.— abziehen. Die Erklärung dazu habt Ihr übrigens auf Seite 12, wo die Stellen aufgebaut werden sollen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich bitte im Namen des Stadtrates, diesen Antrag abzulehnen. Erstens aus formellen Gründen, weil dieser Betrag und diese Stelle schon im Budget 19 berücksichtigt sind. Inhaltlich muss ich sagen, dass die Erhöhung absolute Notwendigkeit ist. Man hat es ja auch gelesen. Wie offenbar auch beim Personaldienst bemängelt wird, dass es zu wenig Ressourcen gibt. Unter anderem war auch die Erhöhung dieser 20 % ein Grund, dass man im Bereich von Personalbetreuung, der beim Rechtskonsulenten und in der Finanzverwaltung mit einer Mitarbeiterin angesiedelt ist, diese Erhöhung auch durchaus braucht und sinnvoll einsetzen kann. Ich bitte Euch dringend, diesen Antrag, wenn überhaupt darüber abgestimmt werden kann, was ich jetzt hier bezweifle, abzulehnen.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich glaube, man kann schon darüber abstimmen.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Wir unterstützen hier den Stadtrat und wollen diesen Antrag auch ablehnen. Ich finde aber die Erklärung des Stadtrates nicht unglaublich gut. Ich glaube, einfach noch irgendwo 20 % für ein wenig mehr Personalführung und ein wenig mehr Personaldienst zu machen, nicht der richtige Weg, das Problem mit der Personalführung bei der Stadt Olten zu verbessern. Nichts destotrotz sind wir auch dem Rechtskonsulenten für seine Arbeit sehr dankbar. Er konnte uns in den letzten paar Monaten immer wieder Fragen beantworten, hier im Parlament oder auch vorher. Ich glaube, es ist unverzichtbar, dass wir in Olten eine solche Person haben. Wenn diese Person noch andere Aufgaben erfüllen kann, umso besser. Es löst das Problem mit dem Personal aus unserer Sicht aber nicht.

Luc Nünlist: Ich möchte nur kurz ein wenig mein Befremden ausdrücken. Gerade die SVP, die uns immer rügt, genügend Vorbereitungszeit geben und jetzt hier mit Anträgen kommt, die wir im Vorfeld nicht gesehen haben und kurz auf die Seite verweist, wir sollen uns rasch einlesen, das finde ich eigentlich nicht gut, und ich finde auch nicht gut, sich mit der Rasenmähermethode gegen jede Veränderung zu wehren. Wir müssen den Staat doch auch handlungsfähig lassen und auf 200 Stellen die wirklich minimen Anpassungen auch lassen. Da braucht es ein wenig Verständnis und etwas Flexibilität. Danke.

Beschluss

Mit 33 : 4 Stimmen wird der Antrag der SVP auf Kürzung um Fr. 21'800.— abgelehnt.

Seite 42, 0110.3111.00

Urs Knapp, FIKO: Ich spreche nicht, weil ich der grösste Experte für Terrorsysteme oder Antiterrorsysteme ist. Die FIKO war eigentlich nie wirklich ein solche Expertin. Aber wir haben relativ unschuldig gefragt, was bringt dies? Gibt es eine Sicherheitslage, dass man jetzt Fr. 45'000.— für das System ausgeben muss? Wir haben dann erfahren, nein, eigentlich gibt es dies nicht. Aber man macht es ja heute, indem man Busse oder die Feuerwehr schräg hinstellt. Wir haben auch erfahren, dass diese Systeme hin transportiert werden. Es ist eine Art Plastik, wenn ich dies richtig verstanden habe. Sie werden mit ganz viel Wasser gefüllt. Nach dem Gebrauch ist das Wasser wieder weg. Dann kann man es wieder entfernen. Die FIKO hat grossmehrheitlich gesagt, irgendwie überzeugt dies nicht. So, wie es bis jetzt gelaufen ist, ist vielleicht nicht ganz so schön. Aber man hat das Ziel auch erreicht. Wir hatten auch gewisse Fragen, wo es etwas unklar ist. Das Aufstellen und Abstellen der Sperren mit dem Wasser ist ein Riesenaufwand, vielleicht auch nicht das Ideale. Von daher empfehlen wir Euch als Finanzkommission, den Kredit 1110.3111 Streichung, Fr. 45'000.— vorzunehmen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich versuche einmal, Gegenstimmung zu machen, vielleicht im Sinne von gleichwohl noch für diese Ausgabe zu plädieren, und dass ich eine Mehrheit bekomme. Für den Stadtrat ist wichtig, dass man die Gefahrensituation bei Grossveranstaltungen in der Stadt Olten nicht herunterspielt, dass diese Gefahr tatsächlich immer noch besteht, dass gewisse Terrorakte passieren können. Hoffentlich nicht, und zum

Glück ist es noch nie passiert. Wie der Sprecher der FIKO gesagt hat, ist es tatsächlich ein Abwägen, auch von Verhältnismässigkeit. Wo will man die Sicherheit in dieser Stadt bei Grossveranstaltungen in diesem Sinne mit Material auch besser gewährleisten? Es ist ja nicht aus der Luft gegriffen, dass man so etwas macht. Wir haben einen engen Kontakt mit der Kantonspolizei. Im Übrigen ist die Stadt Aarau wie auch Solothurn auf dem gleichen Pfad und wird dies auch anschaffen wollen. Das heisst, man hat einen Erfahrungsaustausch, auch eine Gefahreneinschätzung. Schlussendlich war der Stadtrat der Meinung, dass man tatsächlich mit solchen Behelfsmitteln die Sicherheit aufrechterhalten kann. Zu den Kosten muss man sagen, dass, wenn dies jetzt nicht, wie vom Stadtrat beantragt, angeschafft wird, trotzdem Kosten anfallen. Ich habe mich orientieren lassen. Das sind zwischen Fr. 8'000.— und Fr. 10'000.— bei Grossveranstaltungen, die trotzdem anfallen. Deshalb ist für uns am Schluss das Kosten-/Nutzen-Verhältnis trotzdem gegeben. Ich bin gefragt worden, inwiefern die mit Wasser gefüllten Plastikbehälter auch sabotiert werden können. Selbstverständlich. Aber wenn sie dann auch noch sabotiert werden, sieht man, dass ein Gefahrenpotenzial tatsächlich vorhanden ist. Es geht auch darum, einen Widerstand gegenüber Bereichen und Gefahren aufzubauen, den man schlussendlich so gewährleisten kann. Es ist ein Aufwand, den wir für Grossveranstaltungen weiterhin betreiben werden. Wenn die Stadt diese Veranstaltungen betreibt, müssen wir es übernehmen, und sonst wird es allenfalls auch den anderen Veranstaltern aufgedrückt. Wir vom Stadtrat sind der Meinung, dass wir für die Sicherheit besorgt sein müssen, und erachten diese Anschaffung als verhältnismässig. Wie gesagt, die Erfahrungen sind diesbezüglich gut, und auch andere Städte folgen diesem Beispiel.

Heinz Eng, FdP-Fraktion: Martin, Du weisst, ich widerspreche Dir nicht gern. Aber es ist jetzt der Moment, in dem ich dies tun muss. Die Experten sind angesprochen worden. Ich nehme für mich das Recht heraus, dass ich vielleicht hier ein kleiner Experte bin, für alles, was Hindernis- und Sperrführung militärisch anbelangt, und ich war Inhaber eines Sprengbrevets. Leider hat man mir dieses gestrichen. Die Zeiten ändern sich. Ich möchte diese Ausführungen auch in einem etwas grösseren Rahmen sehen. Nizza. Ich war zwei Wochen nach dem Anschlag dort. Alle Anschläge in Paris usw. Diejenigen, die in den letzten paar Jahren oder Monaten in französischen Städten waren, kennen auch das System „La Sentinelle“ der französischen Streitkräfte. Du hast recht. Bei den Antitanksperrern, das ist auf Seite 9 beschrieben, geht es nicht um einen grossen Betrag. Es ist auch nicht aufwändig gross. Aber es gibt doch zwei, drei Sachen, die man hier noch entsprechend ausführen muss. Ich bin trotz meines biblischen Alters noch in der Armee eingeteilt. Ich bin Logistiker und bin beim Kommando Operationen eingeteilt. Das Kommando Operationen führt die Armee in Friedens- und Krisenzeiten. Wir hatten letzte Woche Rapport. Dort haben wir auch über die Sperr- und Hindernisführung gesprochen, welche verschiedenen Elemente es hier gibt. Trichter, Hohlladungen, Sprengungen. Das Schönste wäre ja irgendwie, die Rötzmatt zu sprengen, wenn die Kilbi stattfindet. Nachher könnte man es wieder zuschütten. Ich habe dann die scheue Anfrage gestellt, weil ich schon wusste, was die Städte Olten und Aarau hier planen, wie ist es hier mit diesen Antitanksperrern betreffend Sicherheit? Der militärische Chef, der Kommandant, hat militärisch knapp gesagt: „Nicht durchschusssicher. Wir fahren weiter“. So gesehen geht es jetzt nicht darum, dass dieses Element das einzig Wahre ist. Aber ich habe es eingangs erwähnt. Man muss dies in einem etwas grösseren Rahmen sehen. Eine Stadt Olten oder Aarau muss doch diese Sachen in einem Verbund mit den Blaulichtorganisationen, dem Zivilschutz usw. und auch mit der Armee entsprechend angehen. Noch zwei, drei Punkte: Heute ist in den Medien, dass die Armee ihre Sachen immer mehr vereinfacht ausleihen wird, auch gegenüber den zivilen Behörden. Es ist eine Rettungsschule in Wangen an der Aare. Sie sind prädestiniert, solche Elemente zu bauen. Ich werde noch darauf zurückkommen. Dann ist es auch so, dass der Weihnachtsmarkt in Zürich angefangen hat. Dort haben sie Betonelemente. Heute steht auch in der Zeitung, dass sie versenkbare Metallsperrern haben. Es ist klar, dass Betonelemente schwer und unbeweglich sind. Dafür haben sie noch Weihnachtsbäumchen draufgestellt. Ich möchte sagen, dass hinten Franco Giori sitzt. Er ist der Chef Sicherheit der Stadt Olten. Ich möchte hier anregen, und ich spiele gerne Türöffner, dass man dies eben im Verbund macht und schon schaut, welches die Mittel der Armee sind und dies nachher dort auch entsprechend

zusammen angeht und nicht irgendwie die Antisperre sur orbite, auf einer Umlaufbahn. Die Stadt Olten macht ja hier etwas. Dafür ist dieses Thema zu wichtig. Deshalb werde ich eigentlich etwas contre-coeur dagegen stimmen, weil ich sagen muss, dass dies in einem grösseren Zusammenhang ist. Ich werde aus diesem Grund nein stimmen, mit dem Fazit, dass der Chef Sicherheit, Franco Giori, dies sicher aufnehmen wird und dann entsprechend versuchen, dies mit diesen beteiligten Akteuren auf die Beine zu stellen.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Im Unterschied zu Heinz Eng ist bei mir die militärische Karriere schon ziemlich lange vorbei. Aber als interessierter Zeitgenosse ist es mir oder uns auch klar, dass man als Gemeinwesen, wie man dies jetzt auch in den letzten Jahren gesehen hat, halt auf irgendwelche Bedrohungslagen reagieren muss. Das muss nicht mit militärischen Mitteln passieren. Ich gebe jetzt ein kleines Beispiel. Nehmen wir jetzt an, wir haben eine solche, mit Wasser befüllbare Sperre. Man müsste sie entweder durchschliessen, wahrscheinlich nicht mit Kleinkaliber, oder man müsste mit einer Bohrmaschine dahinter. Dann würden so 5'000 Liter Dünnernwasser oder so etwas auslaufen und vielleicht noch dazu knallen. Das würde man schon einmal merken. Es leuchtet mir in diesem Sinne schon einmal ein, dass dies eine Art kleine Vorwarnzeit hätte. Das ist das Eine. Das Andere ist, dass wir mit wenig Geld, Fr. 45'000.—, immerhin Massnahmen ergreifen könnten, die man jetzt sowieso ergreifen muss und die ohnehin schon einmal etwas kosten, und auch die Busse beim Schulfest hinstellen. Das ist ja auch nicht einfach gratis. Weiter macht es Sinn, so etwas anzuschaffen, wenn es noch im Verbund mit anderen umliegenden vergleichbaren Städten ist, im Speziellen wie Aarau, wie wir wissen, wo man sich die genau gleichen Überlegungen macht. Es kommt noch dazu, dass es Sinn machen könnte, diese Sperren vielleicht auch von Olten aus zu vermieten. Der Vorteil an ihnen ist im Unterschied zu grossen Betonblöcken, dass sie sehr leicht transportierbar sind, weil sie ja vor Ort befüllt werden und eben nicht mit Trinkwasser, sondern mit Wasser aus den Gewässern, wenn es irgendwie in der Nähe verfügbar ist. Das ist ja bei uns in Olten sowieso nicht das Problem. Ich stelle mir vor, dass Aarburg mit dem Wasserfest und sonstigen Grossveranstaltungen, Zofingen mit Powerman usw. genauso daran interessiert sein könnten, die Sperren von Olten ab und zu auszuleihen und dafür auch etwas dafür zu zahlen. Wir werden dem Antrag auf Streichung dieser Fr. 45'000.— nicht zustimmen.

Christian Werner: Ich rede nicht für die Fraktion, sondern habe eine Frage, die trotz dieser sehr spannenden Debatte nach meinem Dafürhalten noch nicht beantwortet ist. Wie sieht es mit der Wirksamkeit aus? Das würde mich vor allem interessieren, wenn wir von Antiterror-Sperren sprechen. Es geht ja um die Sicherheit. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, ob wir mit diesen Antiterror-Sperren die Sicherheit im Vergleich zur heutigen Praxis, wo man eben diese Busse hinfährt, erhöhen können, sprich, ob die Neuanschaffung im Vergleich zur heutigen Situation die Wirksamkeit eigentlich erhöhen würde. Das ist für mich entscheidender als die Kosten oder Vermietungslösungen oder mit welchem Wasser sie gefüllt werden.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Als ehemaliger eingeteilter Hauptmann habe ich gelernt, dass ich einem Obersten natürlich nie widerspreche, was die Argumentation anbelangt, und die Frage von Christian ist schon diejenige, die wir uns auch gestellt haben. Es muss tatsächlich ein Hindernis sein. Es muss tatsächlich auf eine Art einen Widerstand geben, dass man dort die Eindringlinge oder mit was auch immer den Festumzug oder das Festgelände bedrohen könnte, dass dort ein Widerstand entsteht. Die absolute Sicherheit werden wir nicht erreichen, auch nicht mit diesen Vorkehrungen, die wir jetzt treffen. Aber es ist ein Widerstand, der aufgebaut wird, und wir meinen, Kosten/Nutzen verhältnismässig günstig. Wie gesagt, man kann hier Busse hinstellen. Man kann Mitarbeiter des Werkhofs aufbieten, die nachher diese Kehrrichtwagen aufstellen. Wir brauchen so oder so immer zusätzlich Absperrmaterialien. Das kostet immer Geld. Ich nehme an, das Schulfest und die Kilbi werden in den nächsten zehn Jahren noch stattfinden, sodass wir dort eigentlich à la longue ein gutes Kosten-/Nutzen-Verhältnis haben. Von der Wirksamkeit möchte ich Heinz Eng ja nicht irgendwie widersprechen, auch von der Wirksamkeit, was ist besser oder was ist

schlechter. Aber erwiesen ist, dass man mit solchen Installationen kostengünstig einen Widerstand erwirken und dies über Jahre hinaus, wo man schlussendlich günstiger einen Schutz herstellen kann. Das war die Überlegung, die wir im Stadtrat hatten.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Ich möchte mich wieder kurzhalten. Schaut, das bringt keine zusätzliche Sicherheit. Aber es kostet zusätzlich. Das ist einfach für schön, und das brauchen wir im Moment nicht. Deshalb möchte ich Euch empfehlen, dass wir dem Antrag der FIKO folgen und ihn unterstützen. So können wir wieder etwas Geld sparen, wo es im Moment nicht nötig ist, dies auszugeben. Es bringt keine zusätzliche Sicherheit.

Christian Werner: Wenn ich es richtig verstanden habe, würde die Sicherheit durch diese Anschaffung nicht erhöht. Ich habe das Kostenargument verstanden. Das Kosten-/Nutzen-Verhältnis ist wichtig. Das hat uns alle zu interessieren. Das ist klar. Aber wenn ich Dich richtig verstanden habe, würde die Sicherheit nicht erhöht werden respektive kann man nicht sagen, dass die Anti-Terror-Sperren wirksamer als die heutige Lösung mit den Bussen sind. Trifft dies zu oder nicht? Das ist für mein Abstimmungsverhalten entscheidend.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich möchte mich auf keinen Fall auf fachliches Glatteis begeben und sage jetzt einmal, es ist die gleiche Sicherheit, die wir zu à la longue günstigeren Konditionen herstellen können. Ich habe gesagt, pro Veranstaltung sind es Fr. 8'000.— bis 10'000.— Aufwand. Das wird irgendwo zu Buche geschlagen.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Ich möchte mich auch kurzhalten. Wir hatten eine spontane Idee, wie man das Ganze auch kostengünstiger machen könnte, weil die Stadt Olten solche Plastikabsperren eigentlich schon hat und zwar geschenkt erhalten. Sie haben eine etwas andere Form und heissen Enzos. Diese Enzo-Möbel wollte der Stadtrat nicht auf der Kirchgasse. Das finde ich persönlich immer noch schade. Sie stehen jetzt in der Badi. Es gibt im BBZ noch mehr davon. Die Begründung, weshalb sie der Stadtrat nicht dort haben wollte, war, weil sie kaum zu bewegen und beim Markt zu mühsam zum Wegtragen wären. Man kann sie mit Wasser befüllen. Sie sind aus Plastik. Wenn man sie nicht befüllt, kann man sie zu viert tragen. Es hat mehr als zehn davon in der Stadt, und man kann sie auch beim BBZ ausleihen. Danke vielmals. Deshalb lehnen wir es auch ab.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Jetzt heissen sie Antiterror-Sperren statt Enzos.

Dr. Arnold Uebelhart, Fraktion SP/Junge SP: Ich möchte doch noch etwas zu Heinz sagen. Du hast ja von der Armee gesprochen. Armee, sprengen, schiessen, Tank usw. Aber wir haben es ja hier eigentlich nicht mit Armee-Sachen zu tun. Wir haben es eigentlich mit Zivilproblemen zu tun. Attacken mit Autos, das sehe ich jeweils in Filmen oder wenn ich sonst etwas bei diesen Sachen sehe. Busse brennen. Das brennt hier nicht. Ich fand es sinnvoll, dass es Wasser sein muss. Ich möchte es jetzt eigentlich nicht ins Lächerliche ziehen. Ein Armeespezialist kann dazu eigentlich nicht viel sagen. Du hast eigentlich gesprochen, als ob Du fast ein Terror-Mann wärst. Du hast von sprengen und Tanks gesprochen. Aber sie kommen nicht so daher. Ob man drinnen etwas macht, ich meine, mit einem Gürtel oder so, aber ich finde, das ist jetzt hier etwas allzu leichtfertig erzählt und sich selbstzufrieden zurücklehnen. Ich wäre dafür, dass man die Fr. 47'000.— spricht. Die Gleichen, wenn etwas ist, haben wir es nicht gewusst oder anders gedacht.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich möchte jetzt nicht, dass es zu einer Fachdiskussion ausartet. Aber kurz zwei Minuten, Heinz Eng.

Heinz Eng: Ich rede nicht zu meinen fachlichen Kenntnissen über das Stethoskop, Noldi. Es gibt keine Insel. Es ist nicht so, dass hier Terror ist und dort ist nichts. Stell Dir vor, wie ein A-Werk gesichert wird. Wer sichert dieses? Die Kantonspolizei oder was weiss ich. Das ist schlussendlich die Armee. Vielleicht wurde ich etwas missverstanden, habe möglicherweise zu weit ausgeholt. Hier geht es darum, dass beim Material, ob jetzt zivil. Auch die Armee hat genau die gleichen Probleme mit Terror und Anti-Terror. Das Material ist vorhanden.

Deshalb habe ich gesagt, das muss noch etwas reifen. Vielleicht muss man auch eine Analyse machen. Der Chef Sicherheit der Stadt Olten soll einmal diese Kontakte abklappern und schauen, welche anderen Alternativen es gibt. Busse sind keine so schlechte Alternative. Das wird auch im Ausland gemacht. Zudem steht noch Olten drauf. Dann haben wir erst noch eine Tourismus-Werbung. Darum geht es, Noldi. Es ist nicht so, dass die Armee dort ist und die Zivilen sind da. Hier geht es um die Sicherheit und Terror. Da kann man einfach nicht sagen, dass geht sie nichts an. Das geht uns eben alle an, siehe die Anschläge, die passiert sind.

Simone Sager: Ich möchte noch gerne zwei Sachen wissen. Eine ist, wie ist es, wenn ein Notfalleinsatz ist, wenn die Teile mit dem Wasser herumstehen? Werden sie dann so positioniert, dass das Feuerwehrauto oder ein Krankenwagen ringsum fahren kann? Wenn der Bus dort steht, kann man ihn wegfahren. Das möchte ich gerne wissen. Das Zweite, was ich wissen möchte: Wenn man sie anschafft, müssen sie ja gelagert, hingestellt, das Wasser eingelassen, das Wasser wieder abgelassen werden. Das sind ja auch alles Kosten, die hier entstehen, auch wenn es „nur der Werkhof macht“. Aber das wird sicher eine interne Verbuchung geben, vom Werkhof an die Abteilung Sicherheit. Hat man hier auch schon gewisse Zahlen? Eigentlich war ich auch dagegen. Martin, Du hast vorhin gesagt, bis jetzt zahlen wir Fr. 8'000.— ungerade. Wenn wir uns überlegen, was dies kostet, kämen wir günstig weg. Wenn Du sagst, ja, die Wirkung ist etwa gleich, finde ich es nicht schlecht, aber, jetzt kommt gleichwohl das Aber, wenn dann natürlich dann Aussagen kommen, was der Aufwand ist, dass dort auch wieder Kosten kommen, muss man sich schon überlegen, ob es das Wahre ist. Ich würde eher beliebt machen, dass man sagt, man solle dies jetzt herausstreichen und der Stadtrat solle noch etwas Anderes überlegen, welche anderen Möglichkeiten es gibt. Ich glaube, alle hier im Parlament möchten nicht verantwortlich sein, wenn etwas passiert und die Busse halten nicht. Dann kommt doch mit einem separaten Vorschlag, damit man dies richtig miteinander diskutieren und anschauen kann. Jetzt haben wir einfach eine Zeile und Aussagen. Niemand weiss, wie sie aussehen. Ich möchte eher dies beliebt machen. Aber danke, Martin, wenn Du mir meine Fragen beantworten kannst.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Besten Dank, Simone. Langsam ist mein Latein auch am Ende. Vor allem sind es doch sehr technische Fragen. Ich möchte den Präsidenten bitten, Franco Giori, der anwesend ist, das Wort zu geben, um die Detailfragen vielleicht noch darlegen zu können.

Franco Giori: Es sind viele Voten gefallen. Es ist interessant, hier zuzuhören. Alle haben ein wenig recht. Einfach etwas ist so. Wenn wir eine eigene Veranstaltung durchführen, muss jemand die Verantwortung für die Sicherheit dieser Veranstaltung übernehmen. In den letzten Jahren haben wir verschiedene Sachen ausprobiert, zuerst einmal mit eigenen Fahrzeugen des Werkhofs, nachher mit Bussen. Das war teilweise auf Bitten möglich. Wir haben auch von Firmen Versuchssperren eingefahren und zum Teil gratis erhalten. Diese Zeit ist jetzt ein wenig vorbei, seit auf dem Markt mehr Material für solche Sperren ist. Das zeigt aber auch, dass dieser Bedarf vorhanden ist. Das ist eigentlich unbestritten. Es zeigt auch, dass wir jetzt selber überlegen müssen, welche Lösung für uns gut ist. Wir haben gewisse Laufmeter, wo wir genau wissen, wie wir sie absperren können, damit es etwas bringt. Beim jetzigen Projekt sieht man es vielleicht nur mit den Wassersäcken. Dort sind Einfahrts- und Ausfahrtssperren, die nicht aus Wasser sind, weil wir genau diejenigen für die Rettungssachse in eine Veranstaltung haben müssen. Ihr könnt solche Wassersäcke nachher nicht einfach schnell wegnehmen. Ebenso könnt Ihr einen Müllwagen, wenn Ihr den Mann nicht dabei habt, nicht einfach wegfahren, wenn ein Blaulichtfahrzeug, ein Krankenwagen oder irgendetwas hineinfahren muss. Es sind alles behelfsmässige Lösungen. Die Sache mit den Bussen und den eigenen Fahrzeugen war einfach, bis man wusste, was es auf dem Markt gibt, was es auch kostengünstig gibt. Wir brauchen dies zwei- bis dreimal pro Jahr und hoffen, dass wir dies vielleicht auch noch in Aarau oder andernorts ausleihen könnten. Von daher ist der Kosten/Nutzen hier eigentlich ganz gut überlegt worden. Der Idee, dass die Armee die genau gleichen Materialien hat, muss ich widersprechen. Es mag sein, dass sie dies haben. Ich glaube es sogar. Aber ich habe noch keine Stadt in der Schweiz gesehen,

die vom Militär solches Material hatte. Beim Zivilschutz bekomme ich nicht einmal die Ersatzteile für die Puch, die wir vom Militär haben, vom Militär. Das ist jetzt schweizweit gar noch nicht so weit, dass die Armee Ausleihen für Anti-Terror-Sperren macht. Ich glaube, wir müssen einfach Folgendes anschauen: Wenn wir eine gewisse Sicherheit gewähren, muss ich auch sagen, dass sie nicht hundertprozentig ist. Sie hebt nur einen gewissen Teil auf, und wir hoffen, dass die Leute, wenn etwas passiert, kurz, ein paar Minuten mehr Zeit haben, dem aus dem Weg zu gehen. Wir können auch nicht mit diesen Sperren absolute Garantie abgeben, dass man bei unseren Veranstaltungen nirgends hineinfahren kann. Aber es ist ein Teil, und man hat dann etwas vorgekehrt. Ich habe zum Beispiel bei der Kantonspolizei angefragt, ob wir dies überhaupt brauchen. Sie haben gesagt, wir können dies bei Euch nicht verlangen, aber empfehlen Euch dies. Wenn wir nicht müssten, würden wir dies gar nicht hinstellen. Es ist eine Frage der Zeit, wie lange Ihr noch von Dritten Fahrzeuge für solche Sachen bekommt. Das ist auf die Zeit hinaus nicht die Lösung. Ich weiss nicht, ob ich hier einen Teil beantworten konnte. Sonst müsstet Ihr es sagen, wenn es noch weitere Fragen gibt.

Simon Muster: Merci vielmals für diese Erklärungen. Beim ersten Votum des Stadtrates ist alles um Sicherheit gegangen, und beim zweiten ist es nachher um die finanzpolitischen Sachen gegangen, nachdem Christian Werner aus meiner Sicht zu Recht gefragt, welches jetzt der Sicherheitsaspekt, der dazu kommt. So wie ich dies bis jetzt verstanden habe, ist kein Sicherheitsaspekt dazu gekommen. Aber man konnte noch nicht klären, wie viel die laufenden Kosten dort sind, wenn man die Säcke jedes Mal auffüllen und hin transportieren muss. Einfach im Kopf überschlagen, wenn dies immer Fr. 8'000.— kostet, sind es, bis die Fr. 45'000.— amortisiert sind, sind dies mal fünf Veranstaltungen. Wenn dann die laufenden Kosten gleich hoch sind, machen wir überhaupt keine gute finanzielle Entscheidung. Diese Frage ist noch nicht beantwortet. Diese hast Du, Simone, vorhin gestellt, wie viele Kosten dazu kommen. Ich finde einfach, man müsste schon noch einmal darauf hinweisen. Zuerst hiess es, dem Stadtrat ist die Sicherheit wichtig, und jetzt haben wir herausgefunden, es geht um Geld. Das sind schon zwei verschiedene Sachen. Das wäre eine Frage an Franco Giori.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Es geht einerseits um die Sicherheit, und das Andere ist das Geld. Wenn man Sicherheit will, kostet es auch etwas. Deshalb hat es auch einen finanziellen Aspekt. Die Frage von Christian war absolut berechtigt. Einerseits die Sicherheit, und was kostet die Sicherheit? Ich habe dargelegt, dass die Sicherheit, die wir wollen, günstiger gewährleistet werden kann, wenn man solche Sachen anschafft, statt pro Veranstaltung Fr. 8'000.— bis Fr. 10'000.— aufzuwerfen. Vielleicht kann mich Franco noch ergänzen.

Franco Giori: Zu den Zusatzkosten: Klar kostet es auch etwas. Wir haben verschiedene Möglichkeiten, wie wir dies bewerkstelligen können. Um sie hinzufahren, ist es einfach. Um sie zu lagern, war es für uns auch eine einfache Lösung, weil man sie gut zusammenlegen und verpacken kann. Sie brauchen weniger Platz. Wir müssen sie ja auch an einen Ort bringen, an dem sie sicher sind. Das ist einmal ein grosser Vorteil. Das Aufstellen braucht immer noch Ressourcen und das Füllen auch. Da haben wir die Möglichkeit, entweder je nach Veranstaltung, dass wir dies mit den Blaulicht-Organisationen wie Feuerwehr oder dem Zivilschutz oder Werkhof machen. Das ist möglich. Dort haben wir Zeit, um dies aufzustellen und aufzufüllen. Auch das Wegnehmen kostet Ressourcen. Es ist nicht so, dass dies dazu nichts mehr kostet. Aber alle anderen Sachen, die man hinstellt, kosten auch. Man kann sie zum Teil heute auch mieten. Sie müssen hierher transportiert werden. Wir haben abgeklärt, dass dies zum Beispiel für eine Kilbi zwischen Fr. 8'000.— bis Fr. 10'000.— kosten würde. Nicht solche, die man auffüllen muss, sondern feste Sperren zum Aufstellen, wenn man sie hin- und wieder wegfahren würde.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich glaube, wir haben die sicherheits- und finanzrelevanten Informationen zusammen.

Deny Sonderegger: Nein, wir haben sie leider eben noch nicht ganz zusammen, und das stört mich persönlich an diesem Vorstoss, an der Aufrechterhaltung dieser Gelder, auch. Der Stadtrat vergleicht Äpfel mit Birnen. Er vergleicht einerseits Fr. 8'000.— bis 10'000.— für eine wiederkehrende, immer wieder zur Verfügung zu stellende Sicherheit mit einer einmaligen Investition, nämlich einer Anschaffung. Jetzt haben wir gehört, dass in diesen Fr. 45'000.— zusätzlich auch Manpower, Ressourcen, eingesetzt werden müssen, damit man diese Sicherheit überhaupt erstellen kann. Diese Zahlen haben wir bis jetzt immer noch nicht erhalten. Es kann uns niemand eine Auskunft geben, was dies kostet. Vielleicht einfach noch ganz kurz als Ergänzung: In diesem Sommer hat das ESAF, das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest, stattgefunden. Heinz Tännler war Regierungsrat und OK-Präsident und war bei uns an der GV von Olten Tourismus. In Zug, bei 45'000 Mitgliedern respektive Besucheraufkommen, haben sie es mit Landwirtschaftsfahrzeugen gemacht. Dort stand an jedem Eingang ein John Dear und es sind keine zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen gemacht worden. Besten Dank.

Simon Muster: Deny hat alles gesagt, was ich sagen wollte bzw. was ich wissen wollte.

Beschluss

Mit 24 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag der FIKO auf Kürzung um Fr. 45'000.— für die Anti-Terror-Sperren zugestimmt.

Seite 54, 2180.3636.00, Beiträge an Tagesstätten

Simon Muster: Die FIKO stellt bei diesem Konto den Antrag, dass man um Fr. 40'000.— erhöht. Es ist nämlich so, dass der Stadtrat im Budget 2018 für die Beiträge an die Tagesstätten Fr. 200'000.— drin hatte. In der ersten Version des Budgets 2019 waren auch Fr. 200'000.— drin, in der zweiten Version waren nachher noch Fr. 160'000.— drin. Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Meinung, dass man mit diesen Geldern wieder hinaufgehen soll. Das hat unter anderem auch damit zu tun, dass der Bund im Moment den Kantonen den Auftrag gegeben hat, bei den Gemeinden nachzufragen, ob sie ihre Subvention für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung wieder hinauffahren wollen, und der Bund würde nachher über drei Jahre hinweg einen Teil an die Gemeinden zahlen. Eine Mehrheit der FIKO ist der Meinung, dass man diese Chance, die der Bund einem bietet, nützen kann, um wieder auf das Niveau von 2018 hinaufzugehen. Das bedeutet, es ist nicht eine grosse Erhöhung, sondern eigentlich ein Zurückschritt zur Normalität.

Stadträtin Iris Schelbert: Es wird ja gerne auf die Folgekosten gepocht. Ich habe sie hier. Selbstverständlich sind wir daran, zusammen mit allen Kinderbetreuungsinstitutionen, beim Kanton ein Gesuch für eine Erhöhung einzureichen. Das Referenzjahr ist das Jahr 2019. Wir treffen uns alle zusammen im Januar, um zu schauen, wie wir weitergehen können. Vom Kanton ist die Antwort so. 2020 bis 2023 erhalten wir Beiträge und zwar im ersten Jahr 65 %, im zweiten Jahr 35 %, von dem, was wir ausgeben, im dritten Jahr 10 %. Nachher verlangt der Kanton aber, dass die Erhöhungen langfristig sind, dass sie von 2020 an mindestens sechs Jahre sichergestellt sind. Das heisst, wir haben die Erhöhung dann noch drei Jahre drin, in denen wir aber keine zusätzliche Subvention des Kantons mehr erhalten, also kosten uns die sechs Jahre wiederkehrend Fr. 98'000.— oder Fr. 588'000.—. Einfach, damit dies klar ist. Selbstverständlich möchten wir von diesen Bundesgeldern etwas abholen. Aber Ihr seht, sie haben natürlich schon gewusst, was sie machen. Man bekommt nicht einfach. Man muss auch selber etwas leisten. Wir können nachher unsere Berechnungstabelle des massgebenden Einkommens erhöhen. Wir fangen ja jetzt beim Gewichtungsfaktor bis Fr. 40'000.— mit 90 % subventioniert, also Betreuungsgutschrift, an und gehen dann bis auf Fr. 160'000.—. Diejenigen, die im Parlament waren, kennen all diese Tabellen. Wir können mit dieser Tabelle sehr gut auch weiter hinaufgehen. Dieses Geld haben wir jetzt einfach nicht ausgeschöpft, weil wir so viele Selbstzahlerinnen und Selbstzahler haben, Eltern, die mehr als Fr. 160'000.— verdienen. Wir können jetzt sagen, okay, wir möchten ja in Olten gut ausgebildete berufstätige Leute anziehen, und das wäre ein Standortfaktor, wenn wir dort

weiter hinaufgehen könnten. Ich glaube, es ist nicht von der Hand zu weisen. Aber Ihr müsst diese Konsequenzen einfach auch kennen. Ein anderer Faktor ist, dass die Kinderkrippen angehalten sind, nicht mehr so viel ihres Personals über Praktikantinnen und Praktikanten zu lösen. Das heisst, Kinderkrippen dürfen oder sollten eigentlich nur noch die Praktikantinnen und Praktikanten anstellen, die nachher eine Lehrstelle erhalten. Das heisst auch, die Kinderkrippen, Kinderbetreuungsangebote, werden lohnmässig Mehrausgaben haben, und das wird sich voraussichtlich auch auf die Taxen niederschlagen. Wir könnten dieses Geld durchaus brauchen. Aber es hat seine Konsequenzen. Merci vielmals.

Myriam Frey Schär: Mein Votum bezieht sich gerade auf die beiden Anträge der FIKO, das heisst auf diesen und auch auf denjenigen von Seite 74 zum Betriebsbeitrag nach Leistungserfüllung. Wir stellen uns ganz klar hinter die beiden Anträge. Wir wollen nicht nur, dass beide Eltern arbeiten können, wenn sie wollen. Wir wollen auch, dass zum Beispiel bereits berufstätige Mütter ihre Teilzeitpensen anheben können, wenn sie wollen, und zwar durch alle sozialen Klassen, inklusive Mittelstand. Leute mit kleinen Teilpensen werden nämlich meistens nicht für Beförderungen berücksichtigt, was zur Folge hat, dass besonders Frauen ab der mittleren Kaderstufe weitestgehend fehlen und oft von ihrer Ausbildung her eigentlich für die Stufe, auf der sie arbeiten, überqualifiziert sind. Einfach, damit wir es wieder einmal gesagt haben. Der volkswirtschaftliche Nutzen dieser sogenannten Politik der frühen Kindheit wurde in einem White-Paper der Jacobs Foundation, der Infrac und der HSG von 2016 schön zusammengefasst. Sie schreiben nämlich, dass diese Politik einen beträchtlichen volkswirtschaftlichen Nutzen bringt. Durch die Summe der verschiedenen Humankapitaleffekte stärkt sie zum einen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft, indem sie die Produktivität steigert und einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels leistet. Zum anderen führen diese Massnahmen auch zu einer gerechteren Verteilung von Bildung und Einkommen und tragen zur Armutsprävention bei. Neben diesen ökonomischen Nutzenaspekten fallen auch noch viele weitere positive Nutzen an, mit Blick auf die Integration der ausländischen Bevölkerung, die Gleichstellung der Geschlechter, die Volksgesundheit und ganz generell die Lebensqualität der Bevölkerung. Deshalb sagen auch wir: Jeder Franken, den wir hier investieren, kommt uns als Gesellschaft vervielfacht wieder zugute. Machen wir es doch einfach. Merci.

Christian Werner: Ich kann jetzt gar nicht nachvollziehen, was meine Vorrednerin und mein Vorredner gesagt haben. Die Argumentation von Dir mag zutreffen. Aber sie ist völlig theoretisch. Sie ist aus dem Tierbuch und an der Realität vorbei. Auch die Begründung von Simon. Er sagt einfach, bis im Jahr 2018 hatten wir Fr. 200'000.— budgetiert. Nachher ist man irgendeinmal zurück auf Fr. 160'000.—. Deshalb wollen wir, dass wir jetzt wieder auf Fr. 200'000.— gehen. Schauen wir einmal die Realität an. Wir hatten im Jahr 2018 Fr. 200'000.— budgetiert. Effektiv abgeholt worden sind Gelder. Ihr seht dies hier in der Spalte Rechnung 2018, Fr. 149'000.— ungerade. Wir hatten Fr. 200'000.— im Budget. Aber es sind nur knapp Fr. 150'000.— abgeholt worden. Dann ist es doch nichts als vernünftig, wenn man nachher auf Fr. 160'000.— heruntergeht. Das ist eigentlich immer noch zu viel. Es ist eigentlich immer noch über dem, was effektiv gebraucht und abgeholt wird. Wenn man jetzt einfach sagt, wir gehen wieder zurück auf Fr. 200'000.—, ohne dass man sich die Frage stellt, ob es einen Bedarf gibt, finde ich dies einfach nicht ganz seriös. Nachher muss man noch etwas Anderes sehen. Es ist vorhin erwähnt worden. Heute bekommt man Gelder bei einem Einkommen bis zu Fr. 160'000.—. 160'000 „Stutz“. Erzählt nicht von Teilzeitpensen, 20, 30 % und von diesen armen Leuten. Wir reden nicht von ihnen. Wir reden von Leuten, die Fr. 160'000.— Einkommen erzielen und bis an diese Schwelle von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Bis zu diesen Fr. 160'000.— waren es 2018 Gelder von knapp Fr. 150'000.—, die wir effektiv gebraucht haben. Wenn Ihr jetzt noch mehr Geld ausgeben wollt, sagt Ihr damit eigentlich, dass auch Leute mit Fr. 170'000.—, 180'000.— oder 190'000.— Einkommen noch von der öffentlichen Hand profitieren sollen. Sorry, das geht einfach nicht mehr auf. Ihr wollt die kleinen Leute vertreten. Das ist nicht einmal mehr Mittelstand, wenn wir am Schluss Gelder für Leute, die 180 oder 190 Mill heimbringen. Es kann doch nicht sein, dass sie von der öffentlichen Hand leben.

Philippe Ruf: Ich muss nur noch in das gleiche Horn blasen, wie es gerade Christian Werner sehr gut gesagt hat. Wir haben hier bereits viel Geld gesprochen, das nachher nicht einmal abgeholt wurde. Irgendjemand hat jetzt Dir, Simon, einen Floh ins Ohr gesetzt, dass man dort noch mehr Geld ausgeben müsse für etwas, das nicht einmal angefragt wurde. Man weiss gar nicht, wo man dieses Geld ausgeben soll. Das ist auch noch unklar. Sollen Leute mit höherem Einkommen noch mehr Geld abholen, oder soll man am Schluss noch etwas zurückerhalten, wenn man die Kinder in die Krippe bringt? Das müssen wir doch zuerst abklären und überhaupt ausschöpfen, was wir gesprochen haben. Das sagt Dir sogar auch die grüne Stadträtin Iris Schelbert. Sie rechnet es Dir auch aus und vorsagt. Ich sehe nicht, weshalb wir jetzt hier mehr Geld ausgeben sollen. Wir haben es auch gesehen. Es wurde auch gerechnet. Wir haben im ersten Jahr 65 %, im zweiten 35 %, im dritten 10 % und nachher gar nichts mehr von den Beiträgen des Bundes. Wir verlieren hier sehr viel Geld, das nachher nicht einmal abgeholt wird.

Myriam Frey Schär: Ich wollte nur noch kurz darauf antworten. Grundsätzlich ist es nicht so, dass wenn man besser Verdienende auch unterstützt, man dann die Armen nicht unterstützt. Das ist eine Logik, die ich erstens nicht nachvollziehen kann. Zweitens geht es darum, etwas zur Verfügung zu stellen, ein Bekenntnis abzugeben. Wir haben dies auch schon erlebt. Zum Beispiel, wenn sie probeweise für gefühlte fünf Minuten vor- und nachschulische Betreuung für die Kinder gemacht haben und gesagt haben, es haben sich nur drei angemeldet. Wir machen es jetzt nicht mehr. Es geht ja auch darum, dass man in Form von solchen finanziellen Mitteln, die man bereitstellt, ein Bekenntnis dafür abgibt, dass wir wirklich die Leute, die dies eben in Ansprache nehmen möchten, abholen wollen. Wenn am Schluss weniger Mittel bezogen wurden, als wir uns dies vorgestellt haben, ist dies bei anderen Sachen auch so. Ich sehe jetzt das Problem nicht so ganz.

Felix Wettstein: Christian Werner, Du hast vorhin argumentiert, wollt Ihr denn tatsächlich zulassen, dass jemand, der Fr. 180'000.— oder Fr. 190'000.— Haushalteinkommen hat, noch öffentliche Gelder erhält? Wenn Du diese Argumentation durchdenkst, müsstest Du tatsächlich für die Abschaffung der öffentlichen Volksschule sein und alles Privatschulen machen. Selbstverständlich hat das öffentliche Gemeinwesen diverse Einrichtungen, wo man einfach, unbesehen wie viel einzelne Haushaltungen verdienen und vermögen, sagt, wir stellen Sachen öffentlich zur Verfügung. Bei der Vorschulbildung und –erziehung sind wir nicht so weit, im Unterschied zu anderen Ländern, die weniger reich als die Schweiz sind. Wir haben ab dem Kindergarten die Einrichtung, dass es auch Kinder der Millionärinnen und Millionäre genauso unentgeltlich zur Verfügung haben und in der Primarschule oder überhaupt schweizweit auch in der ganzen Volksschule, in der Verfassung abgestützt. Im Vorschulbereich gibt es viele fachliche Gründe, dass man dies auch zur öffentlichen Aufgabe machen könnte. Bis jetzt ist dies nicht politisch mehrheitsfähig. Deshalb sagt man, die öffentliche Hand beteiligt sich. Jetzt kommt das Entscheidende. Sie beteiligt sich ja degressiv. Wer wenig verdient, bekommt anteilmässig viel. Wer mässig viel verdient, ist auch noch in einem Bereich, der unterstützt wird. Aber es nimmt nach oben immer mehr ab. Wenn wir zusätzlich Geld zur Verfügung haben, können wir entweder allen ein wenig geben oder wir können tatsächlich die Bandbreite etwas breiter machen. Wenn wir die Bandbreite etwas breiter machen, haben wir unter anderem den Effekt, den Myriam vorhin angesprochen hat, wir haben nämlich insbesondere unter den Frauen, die Mütter sind, eine riesengrosse Gruppe, die ihr Pensum aufstocken dürfen möchten. Dürfen heisst hier sich organisieren können, weil es zum Beispiel einen weiteren Tag Betreuung braucht. Das sind die Effekte, die wir damit auslösen, und wir haben volkswirtschaftlich ein grosses Interesse, dass wir bei den Leuten, die schon arbeiten und bereit wären, etwas mehr zu arbeiten, den Bedarf an zusätzlichen Fachkräften zuerst stärken, weil wir bekanntlich nicht allzu viele junge Generationen, die frisch ausgebildet werden. Der Arbeitsvorrat, der vorhanden ist, ist grösser als das, was mit jungen Leuten nachkommt. Die andere Alternative ist, dass wir Leute haben, die heute noch nicht in der Schweiz wohnen und in die Schweiz arbeiten kommen. Aber da seid Ihr auch nicht diejenigen, die am meisten in dieses Horn blast. Deshalb diese Möglichkeiten auszuschöpfen, dass Menschen, die im erwerbsfähigen Alter ausbauen möchten, diese müssen wir ganz zuerst in Angriff nehmen.

Simon Muster: Ich habe drei Punkte. Der erste Punkt ist natürlich, dass Du, Christian, als Formalist schon noch unterscheiden müsstest, wer ein FIKO-Votum hält und wer nachher als Sprecher ein Votum hält. Ich habe als FIKO-Sprecher das Votum gehalten. Dir kann man dies noch vergeben. Dass Philippe, der selber in der FIKO sitzt, dies vergessen hat, war jetzt für mich etwas überraschend. Aber ich nehme dies zur Kenntnis. Das Zweite ist, dass Ihr gestern eine Fraktionserklärung zur SIP gemacht habt und den Stadtrat des Wortbruchs bezichtigt. Als die Subjektfinanzierung eingeführt wurde, und jetzt spreche ich übrigens als Einzelsprecher, hat man gesagt, das wird nicht dafür verwendet, dass gespart wird. Jetzt ist es klar. Iris hat gesagt, man könnte gegen oben gehen. Man könnte natürlich nachher Leute mit Fr. 180'000.— subventionieren. Dann kam natürlich zu den Linken sagen, ah, Ihr wollt die Wohlhabenden... Felix hat Euch jetzt gerade eine Alternative gezeigt. Es ist nicht so kompliziert. Iris, einfach zu sagen, dass es Mehrkosten sind. Es ist eigentlich einfach ein Rückgang auf das, was man einmal gesagt hat, was man für die Subjektfinanzierung ausgeben will. Hier von Mehrkosten zu reden, ist jetzt nur, weil Ihr vom Budget, erste Version, auf Budget, zweite Version, heruntergegangen seid. Zusammengefasst: Es wäre mehr Geld für einen guten Zweck. Man kann sich überlegen, ob man mehr wohlhabende Familien in die Stadt holen will oder ob man ärmeren Familien eine Chance geben will, dass sie das Pensum erhöhen können. Das kann am Schluss der Stadtrat selber entscheiden, weil er das Reglement abändert, damit dann auch die Bundesgelder kommen. Iris, Du hast gesagt, Du kannst das Geld gut brauchen. Das hat Konsequenzen. Ja, und wenn wir die Fr. 40'000.— sprechen, nehmen wir diese Konsequenzen in Kauf und geben Dir die Möglichkeit, dass Du mehr Geld ausgeben kannst. Das ist so.

Michael Neuenschwander: Ich kann genau bei Simon anhängen. Es ist zwei oder drei Jahre her, dass wir das System zur Subjektfinanzierung geändert haben. Dann haben wir diese Beträge, die vorher von der Krippenfinanzierung gebraucht wurden, übernommen. Wir haben damals eigentlich schon die gleiche Diskussion geführt und zwar sehr ausgiebig, ebenfalls schon in der GPK. Es war unser Antrag, dass wir gesagt haben, wir setzen die Einkommenslimite, die noch beitragsberechtigt ist, hinauf. Wir konnten es damals schon gut begründen. Wir haben gesagt, es soll so sein, dass erstens der gut verdienende Mittelstand auch einmal eine Staatsleistung in Anspruch nehmen kann, aber eben degressiv. Nur noch ein wenig, aber sie bekommen auch einmal etwas, und es geht nicht ausschliesslich darum, dass man immer nur die Armen mit Kinderbetreuung usw. unterstützt. Das war ein Argument. Das andere Argument, wieso nachher hier auch eine Mehrheit zustande gekommen ist, war genau das, dass wir damals schon exakt das Gleiche gesagt haben, nämlich, wir wollen, dass gutverdienende Leute, gutverdienende junge Eltern beide arbeiten gehen können und es nicht heisst, es lohnt sich gar nicht, weil uns die externe Kinderbetreuung so viel kostet, dass es sich gar nicht lohnt, dass ich auch arbeiten gehe. Nein, wir haben diese Leute teuer ausgebildet, auch mit Steuergeldern, mit vielen Steuergeldern. Dann haben wir ein Interesse daran, dass sie nachher ihre gut qualifizierte Arbeit auch der Gesellschaft oder Wirtschaft und uns allen zur Verfügung stellen. Damals wussten wir halt nicht genau, wo diese Grenze sinnvoll ist. Wir haben sie einfach einmal von Fr. 140'000.— auf Fr. 160'000.— hinaufgesetzt und dann sogar gesagt, wir wollen schauen, was passiert, Iris. Du bist Zeugin. Wie viel wird davon gebraucht. Jetzt haben wir gesehen, okay, wir haben offenbar wirklich viele gutverdienende Leute in Olten, und die Beiträge werden gar nicht alle abgeholt, also können wir dort jetzt etwas nachschieben, und ich erinnere daran, wir gehen nicht weiter hinauf, als dort, wo wir bei den Ausgaben für die externe Kinderbetreuung schon waren. Deshalb sollten wir diese Anträge jetzt annehmen.

Urs Knapp: Wir sind nicht grundsätzlich gegen diesen Antrag. Wir finden das Vorgehen etwas seltsam. Man müsste zuerst definieren, wie ist das neue Reglement? Das war hier im Rat sehr umstritten. Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir damals gesagt, wir möchten noch höher hinaufgehen. Es ist dann abgelehnt worden. Wir haben einen Kostenrahmen definiert. Jetzt sind wir ja problemlos dazu gestanden, und wir sehen jetzt, wir können diesen Kostenrahmen können wir mit dem bestehenden Reglement nicht ausnützen. Auch wenn wir mehr Geld hineingeben, können wir es nicht ausgeben. Wir müssen zuerst das Reglement

ändern. Man kann es wahrscheinlich sehr schnell ändern. Aber sinnvollerweise müssen wir zuerst diese Diskussion führen. Wir sehen auch dort, dass es verschiedene Meinungen gibt. Wir sind wahrscheinlich hier ähnlich wie die Grünen, kaum wie die SP. Aber man kann natürlich auch hier entscheiden, wo genau die Grenze ist. Wenn man wirklich sagen will, wie es Michael Neuenschwander gesagt hat, es muss sich lohnen, muss man natürlich relativ heftig zahlen, auch bei Leuten in dieser Einkommensklasse. Dann ist die Frage, will man dies? Will dies eine Mehrheit hier? Wir sind ganz klar der Meinung, dass gerade der Mittelstand sehr viel für diesen Staat leisten. Es ist sinnvoll, wenn man ihn hier entlasten kann. Aber diese Entlastung darf dann nicht nur ein Pflasterchen sein, das keine Wirkung erzielt. Sonst bringt es nämlich gar nichts. Wir würden beliebt machen, dass man zuerst das Reglement ändert, und einfach die Diskussion ausführt, was ist politisch, was ist das, wo ist dann die Grenze und wie ist die Degression? Nachher kann man sagen, wir können diese Grenze so machen. Jetzt sehen wir, wir haben viele Leute, die hinausfallen. Deshalb kommen wir nicht auf den Betrag, den wir gesprochen haben.

Christian Ginsig: Ich äussere mich als Einzelsprecher. Einfach auch eine Rückmeldung aus der Praxis. Ich habe selber seit dreieinhalb Jahren ein Töchterchen in der Krippe und muss Euch einfach sagen, dass wir Eltern sehr intensiv untereinander sprechen. Fakt ist, dass der Druck, insbesondere auf die städtischen Krippen, seit dieser Subjektfinanzierung abgenommen hat. Es sind weniger Kinder, die von auswärts in diese Krippen kommen. Von daher redet man auch miteinander, was die Finanzierung anbelangt. Die schwächeren Einkommen werden entsprechend subventioniert. Ich kann Euch einfach aus der Praxis sagen, dass es keine Diskussion unter den Eltern ist, dass sich irgendjemand mit einem niedrigeren Einkommen nicht gut entschädigt fühlt. Es ist kein Thema im Alltag. Ich würde einfach ganz konkret vorschlagen, und da kann ich mich dem Sprecher der FdP entsprechend anschliessen, doch jetzt bitte nicht einfach irgendeinen Budgetbetrag zu sprechen, sondern mit einem klaren Konzept einen Vorschlag zu machen, was dann genau unterstützt werden soll. Grundsätzlich ist nicht die Finanzierung das Thema, sondern vielmehr die Frage, haben wir genügend Plätze? Insbesondere bei den Tagesstätten stellt sich eher die Frage, bringt man überhaupt ein Kind in eine solche Tagesstätte? Das wäre die viel spannendere Frage und jetzt nicht einfach einen Budgetbetrag zur weiteren Subventionierung sprechen. Merci.

Christian Werner: Ich kann mich eigentlich dem Sprecher der CVP/EVP/GLP-Fraktion. Ich glaube, es ist einfach auch etwas eine Generationenfrage. Er hat jetzt aus der Praxis gesprochen, wie es heute ist, und ich kann dies bestätigen. Unser Sohn geht auch einen Tag pro Woche in die KITA. Was Felix Wettstein gesagt hat, trifft einfach nicht zu. Die Behauptung, dass ganz, ganz viele Frauen aufstocken möchten, wenn sie denn könnten, ist in Olten einfach nicht der Fall. Es war vielleicht so, als Du so alt warst, wie ich jetzt bin. Aber da hat sich in den letzten zehn, zwanzig Jahren relativ viel geändert. Heute ist es so, dass eine Frau, wenn sie dies will, Teilzeit arbeitet. Das machen im Übrigen auch fast alle. In meinem Umfeld sind diejenigen, die dies nicht tun, ganz, ganz grosse Exoten. Ich als Mann, der noch 100 % arbeite, werde komisch angeschaut, weil ich keinen fixen Papi-Tag habe. Das hat sich geändert. Nehmt dies doch zur Kenntnis. Wir sind nicht mehr bei den Demonstrationen der 68er, als die Frauen irgendwie noch gar nirgends waren. Zum Glück hat dies geändert. Die Realität hat Christian Ginsig skizziert, und ich bestreite, dass es heute in Olten so viele Frauen geben soll, die aufstocken möchten, wenn sie dies denn könnten. Gleichwohl noch einmal kurz zum Bedarf: Ich weiss, dass ich mich wiederhole. Aber ich mache es jetzt gleichwohl. Wir hatten 2018 Fr. 200'000.—, die man hätte verteilen können, und wir haben nicht einmal Fr. 150'000.— davon gebraucht. Wir diskutieren nicht, ob wir Fr. 160'000.— oder Fr. 200'000.— budgetieren wollen, wenn wir nicht einmal Fr. 150'000.— brauchen. Das ist doch eine komische Diskussion, und sie ist einfach an der Realität vorbei. Wenn ich nachher die Argumente der Grünen und SP höre, muss ich einfach sagen, ich finde dies eigentlich recht krass. Die Gelder, über die wir diskutieren, sind Steuergelder. Im Kanton Solothurn, das wissen wir alle, werden ja geringe Einkommen überdurchschnittlich stark besteuert. Im Kanton Solothurn, auch in Olten, zahlt jemand mit einem kleinen Einkommen weit über dem Durchschnitt Steuern. Mit den Steuern dieser kleinen

Einkommen, mit diesen zu hohen Steuern der kleinen Einkommen legen wir Geld auf die Seite, welches wir denjenigen geben können, die Fr. 180'000.— verdienen. Das ist eine Umverteilung von arm zu reich. Das kann es doch nicht sein. Entschuldigung. Das kann es einfach nicht sein. Einer, der mehr als Fr. 160'000.— verdient, ist nicht darauf angewiesen, dass ihm Papa Staat irgendwie am Ende des Monats noch etwas gibt. Er ist nicht darauf angewiesen.

Matthias Borner: Einen grossen Teil der Ausführungen von Christian Gesagten wollte ich auch machen. Sehr gestört hat mich, dass Urs Knapp und Michael Neuenschwander vorhin die harte Mehrheitsfindung erwähnt haben und gesagt haben, sie sähen es nicht gleich, eher wie die Grünen, nicht wie die SVP. Das Departement von Iris Schelbert ist mit Jan Rechsteiner gekommen und hat eine Vorlage für den Wechsel zur Subjektfinanzierung gebracht. Damals waren wir dafür. Wir waren gegen die Erhöhung auf Fr. 160'000.—, weil wir fanden, jemand, der Fr. 160'000.— verdient, muss nicht subventioniert werden. Aber wir waren damals für die Vorlage. Einfach noch zur Geschichtsschreibung: Was Ihr vorhin gesagt habt, war falsch. Hier geht es um Steuergelder, die wir einteilen. Das Argument des Kollegen Muster, weil es Geld vom Bund gibt, müssen wir jetzt möglichst viel hineinbuttern. Ein grosser Teil wird von unserem Budget sein. Der Bund gibt nur einen ganz kleinen Teil, und wir müssen uns langfristig verpflichten. Iris hat vorhin gesagt, weshalb das Geld, die Fr. 160'000.—, nicht ausgeschöpft wird, weil wir so viele Leute haben, die mehr als Fr. 160'000.— verdienen. Ich muss schon sagen, dass es eine Umverteilung von arm zu reich ist, wenn wir eine Subventionierung von Leuten, die über Fr. 160'000.— verdienen, beschliessen, einfach, damit jetzt Fr. 200'000.— ausgegeben wurden. Ich habe hier wirklich absolut kein Verständnis.

Huguette Meyer Derungs: Ich möchte einfach kurz sagen, wenn man wirklich jetzt etwas für die Familien machen möchte, sollte man jetzt zustimmen, weil das Stichjahr 2019 ist. Das heisst, wir müssen den Entscheid jetzt haben, damit wir die Gelder abholen können. Für die Familien wäre es ein Riesenvorteil, wenn wir die 65 % abholen könnten. Das ist das Eine. Das Andere ist, Iris hat vorhin gesagt, da muss man etwas machen, und ich bin ganz klar dafür, dass hier etwas gemacht werden muss. Vielleicht könnte man sich einmal überlegen, weshalb überhaupt nur die mittleren und hohen Einkommen die Kinder in Olten in die Krippe bringen. Was sind die Gründe? Ist es vielleicht zu kompliziert anzumelden? Verstehen sie es nicht? Es gibt ganz viele Frauen, auch alleinerziehende, die vielleicht nicht so gute Ausbildungen haben, im Detailhandel arbeiten, in der Gastronomie, in den Fabriken, wo sie Schicht arbeiten. Sorry, die Krippe wird um 18 Uhr geschlossen. Sie haben keine Chance, die Kinder in die Krippe zu bringen. Also geht man nicht arbeiten. Gerade wenn man das Ziel ist, dass möglichst viele arbeiten können, muss man auch schauen, dass die Möglichkeiten vorhanden sind, dass auch diejenigen, die arbeiten möchten, die Möglichkeit haben, damit sie die Kinder in die Krippe bringen können, die Krippen vielleicht auch einmal etwas verlängern, damit auch diejenigen, die im Detailhandel usw. arbeiten, die Möglichkeit haben, arbeiten zu gehen.

Laura Schöni: Merci, Huguette, Du hast mir gerade voll aus der Seele geredet. Ich möchte eigentlich nichts mehr zu Dir anfügen. Ich möchte aber doch sagen, dass ich, Christian, Deine Aussagen echt sehr stossend finde. Du schliesst die ganze Zeit von Dir auf alle anderen rundum. Die Stadt ist mehr als 3'000 Christian Werner und seine Familie. Es gibt auch noch andere Fälle. Ich möchte einfach sagen, Du sprichst immer von der Realität. Du musst sagen, in meiner Realität, nicht in der Realität. Ganz ehrlich. Überlege Deine Aussagen.

Simone Sager: Ich wollte mich eigentlich nicht melden. Aber nach dem letzten Votum, Christian, muss ich Dir kurz widersprechen. Hat sich irgendjemand gestern Abend das Regionaljournal Aargau-Solothurn angehört? Wahrscheinlich nicht. Hört es nach. Dort wurde ganz klar kommuniziert, es ist so. Es gibt sehr viele Eltern, da spreche ich Mütter wie Väter an, die ihr Arbeitspensum nicht erhöhen, weil das Verhältnis der Erhöhung zu den Kosten, was die Krippe ist, nicht aufgeht. Was Du, Christian, gesagt hast, stimmt nicht. Das ist heute

absolute Realität. Du hast Felix widersprochen und gesagt, das sei früher so gewesen, und wenn heute jemand arbeiten wolle, bringe man dies hin. Das ist so. Da widerspricht niemand. Aber es geht nach wie vor sehr viele Leute, die ganz klar sagen, ja, ich will arbeiten. Zahle ich aber unter dem Strich quasi mehr für die Krippe als was ich verdiene, wenn ich alles zusammenrechne, gehe ich nicht. Aber das ist ein Thema, das wir ja eigentlich diskutieren müssen, wenn wir darüber befinden würden, dass wir gewisse Gelder sprechen, wenn es ein neues Reglement geben würde. Mir ist es jetzt wirklich darum gegangen, zu widerlegen, was Du gesagt hast. Das ist das Eine. Das Andere ist, dass wir jetzt wieder von denjenigen, die über Fr. 180'000.— waren, dass man sie noch mehr unterstützen soll etc. Davon spricht ja noch gar niemand. Das Reglement ist die andere Baustelle. Wenn, dann rede ich nicht davon, dass man es nach oben offen öffnen soll, sondern man soll vielleicht die Progression, die Myriam, Felix wie auch Michael erwähnt haben, anschauen, damit der Mittelstand einen grösseren Anteil erhält, als dies jetzt der Fall ist. Ich rede auch aus meiner Realität, weil ich mich entschieden habe, einen Tag mehr zu arbeiten, und ich muss ehrlich sagen, ich habe die Rechnung gemacht, was kostet mich die Krippe, was verdiene ich mehr, und welche Auslagen habe ich? Unter dem Strich musste ich sagen, okay, das kann ich hier offen zugeben, es bleiben mir noch etwa Fr. 200.— pro Monat. Dann habe ich aber an diesem Tag, an dem ich zusätzlich arbeite, noch nicht gegessen. Es ist jedem freigestellt. Einfach immer diese allgemeinen Aussagen, diejenigen, die arbeiten wollen, können arbeiten. Das stimmt nicht. Das sage ich als berufstätige Mutter mit einem Kind, die 80 % arbeitet. Es ist nicht Realität.

Myriam Frey Schär: Einerseits wollte ich an die beiden Sprecher, die gesagt haben, sie hätten ein Kind in der Krippe, auch noch sagen, was Laura vorhin gesagt hat. So what. Ihr habt ein Kind in der Krippe, ihr habt ein anekdotisches Wissen daraus. Das macht Euch nicht zu Experten, wirklich nicht. Es muss uns hier alle im gleichen Masse interessieren, ob wir erwachsene Kinder haben, keine Kinder, oder wir wollen noch oder was auch immer. Das ist nicht ein Expertentum. Man hat einfach ein Kind in der Krippe. Das ist das Eine. Das Andere ist, dass man gerade aus Eurer Ecke auch sehr oft hört, ja, 10 % aller Zahlen, 60 % aller Steuern. Wir möchten dieses Verhältnis mit genau diesen Massnahmen gerne verbessern. Wenn wir es schaffen, dass wir auch mittlere Einkommen und die Lebensqualität der breiten Bevölkerung dadurch verbessern können, haben wir alle gewonnen, aber wirklich alle.

Reto Grolimund: Laura hat vorhin von mehr Realitätsbezug gesprochen. Ich habe mir gedacht, ich erwähne noch ein paar Fakten. Wir reden jetzt innerhalb der Planperiode von sechs Jahren, von der Iris gesprochen hat, von Fr. 612'000.— Mehrausgaben, die wir hätten. Ich kann eigentlich die ganzen Voten von Myriam und Simone nachvollziehen. Jetzt ist es aber so, dass Philippe Ruf, Christian Werner und auch Christian Ginsig einmal darauf hingewiesen, dass wir von der Objekt- auf die Subjektfinanzierung gewechselt haben. Die Konsequenz daraus war, dass wir weniger Ausgaben haben und der Druck auf die Oltner Krippen gesunken ist, wenn ich dies richtig verstanden habe. Das heisst, wir haben in den Krippen mehr Platz für Oltner, wenn ich dies auch richtig verstanden habe respektive weshalb wurde offenbar in diesem Fall die Nachfrage mit Objekt- zu Subjektfinanzierung kleiner? Vielleicht auch, weil wir etwas weniger Leute von extern mitfinanzieren. Stimmt dies nicht? Es ist ja egal. Ich will sagen, dass wir mit diesen Fr. 612'000.— ein ernsthaftes Projekt haben. Deshalb möchte ich davor warnen, dass wir hier das Pferd von hinten aufzäumen und muss eigentlich entgegen dem, was ich damals in der FIKO abgestimmt habe, sagen, ein ernsthaftes Projekt geht man so an, dass wir zuerst ein Reglement schaffen, dass wir eine Realität schaffen, dass wir darüber diskutieren, welche Leute wir damit unterstützen, wie viel wollen wir uns dies kosten lassen und nicht in einem Schnellschuss Fr. 612'000.— über sechs Jahre ausgeben.

Luc Nünlist: Ich wollte eigentlich nicht mehr reden. Es schien mir, es seien alle Argumente schon auf dem Tisch. Ich störe mich gleichwohl auch wieder ein wenig am Druck, den wir hier haben. Besonders haben wir viele Gäste im Raum. Wir haben hier im Saal auch schon von Papageien-Fragen gesprochen, und ich höre heute einfach Papageien-Voten. Gerade von Euch höre ich mir ab und zu an, wir sollen uns doch lieber kurzhalten, damit wir die

Sitzungen kompakt halten. Wir sollen sie nicht künstlich verlängern und beim Thema bleiben. Dann reden wir hier über Steuergrundsatzdiskussionen. Moderne Geschlechterrollen ist auch erstaunlich, die 68er-Revolution, die Umverteilungen von oben nach unten. Darauf können wir ein anderes Mal auch noch einmal zurückkommen, mit Steuerprogressionen oder Unternehmenssteuern noch einmal darüber reden. Aber bitte, nehmt Euch doch Eure eigenen Grundsätze auch etwas zu Herzen, bleibt beim Thema, haltet Euch etwas kurz und sagt nicht dreimal das Gleiche. Merci.

Christian Werner: Ich weiss nicht, wen Du gemeint hast. Ich habe hier noch niemandem gesagt, er solle nichts mehr sagen. Ich finde diese Debatten spannend, und Parlament kommt von parlare, und das heisst halt einfach reden. Das gehört ein Stück weit dazu, und ich mache dies mit Leidenschaft, auch wenn Du immer anderer Meinung bist und häufig den Kopf schüttelst. Das gehört halt einfach etwas zum Geschäft. Nur noch ganz kurz zwei Sachen: Die Beispiele, von denen Simone Sager berichtet hat, gibt es ganz sicher. Ich habe ja nicht gesagt, dass es sie nicht gibt, dass es nicht Leute gibt, die keinen Tag zusätzlich arbeiten gehen, weil es sich unter dem Strich nicht lohnen würde, weil sie bei der KITA drauflegen. Nur, liebe Simone, wenn Du mir schon widersprechen willst, von diesen Leuten verdient ganz sicher, mit hundertprozentiger Garantie, niemand auch nur annähernd Fr. 160'000.—. Sonst verdienst Du nämlich im Verhältnis viel mehr, als was die KITA kostet, auch wenn Du keine Vergünstigung erhältst. Wir reden nicht über diejenigen, von denen Du vorher gesprochen hast, sondern über ganz, ganz gut Verdienende, die man jetzt auch noch in den Genuss lassen kommen möchte. Noch das Andere: Vielleicht tönte es so. Dann entschuldige ich mich. Aber ich habe mich zumindest nie als Experten bezeichnet und bin es auch nicht. Ich habe nie gesagt, ich sei ein Experte, nur, weil ich eine andere Meinung vertrete. Ich habe einfach auf die Zahlen hingewiesen, und diese Zahlen in der Rechnung 2018 sprechen für sich und widerlegen Eure Argumente. Sorry.

Matthias Borner: Erstens einmal finde ich Eure Reaktion deplatziert, wenn man sich zu Wort melden möchte, und ich würde Euch bitten, dass Ihr darauf verzichtet. Ich wollte fragen, wer sind die Experten? Die Experten sind diejenigen des Departements. Wenn sie selber sagen, es ist kein Bedarf vorhanden, und wir schütten ihnen jetzt Fr. 40'000.— mehr hinein, ist es schon eine erstaunliche Entwicklung. Wenn sie Bedarf sehen, kommen sie mit einer Vorlage, so wie letztes Mal. Dann können wir dies hier besprechen. Sie sagen selber, sie bräuchten dieses Geld nicht. Sie könnten höchstens Leute, die mehr als Fr. 160'000.— verdienen, noch unterstützen. Das sind die Experten. Wir werfen ihnen jetzt einfach Geld nach, wo sie eigentlich sagen, sie sehen keinen Bedarf. Wirklich eine erstaunliche Entwicklung in unserer Stadt.

Stadträtin Iris Schelbert: Ihr müsst mir kein Geld nachwerfen. Wir können es brauchen. Eien kleine Erklärung: Externe Eltern zahlen in den Oltner Krippen und Horten den vollen Preis, und Oltner Kinder, die in externen Krippen sind, nicht in Olten selber, erhalten dort auch Betreuungsgutschriften, Oltner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Der Bund macht ja nicht einfach nur für lustig ein Förderprogramm für 100 Millionen Franken. Wir wollen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und da haben wir noch Riesenlücken, und wir wollen es auf allen Stufen. Wir haben wirklich noch grosse Lücken. In den Krippen, in der familienergänzenden Betreuung, haben wir im Moment genügend Plätze. Wir haben nicht mehr allzu lange Wartelisten. Ich muss einfach sagen, die Stadt führt ja nicht selber Krippen. Das sind alles eigenständige kleine und mittlere Unternehmen, die dies für die Stadt eigentlich übernehmen. Aber wir haben bei der schulergänzenden Betreuung noch Riesenlücken. In extremis wäre es zum Beispiel die Tagesschule, wo in dieser Stadt klar gefordert wird, wir sollten Vor- und Nachbetreuung haben, am Nachmittag, am Abend, in den Ferien. Ich weiss von einer Kinderkrippe, die versucht hat, am Abend zu verlängern. Sie mussten es wieder aufgeben, weil man dann Fachpersonal haben und zahlen muss, und wenn keine Kinder kommen, ist es schwierig. Man muss dies vielleicht immer wieder versuchen. Ich möchte mich dagegen wehren, dass man sagt, wir verlieren Geld. Wir verlieren kein Geld. Wir investieren das Geld in unsere Kinder. Wenn ich daran denke, wie viele Einzelkind-Familien wir haben, wie wertvoll es bei der Sozialisierung, in der

Sprachförderung ist, dass es für alle Kinder einen Krippenplatz hat. Das ist äusserst wertvoll. Hier investieren wir eigentlich schon einmal im Voraus in einen guten Schulstart. Diese Kinder wissen sich in einer Gruppe zu bewegen. Sie können sich anders ausdrücken. Es hat wirklich ganz viele Vorteile. Ich habe es schon einmal gesagt. Wir bieten und wollen als Stadt Olten einen Standortvorteil bieten, und zu einem Standortvorteil für eine Stadt gehören heute einfach familien- und schulexterne Betreuungsangebote ganz klar dazu. Wir planen jetzt ein neues Schulhaus mit einer integrierten Tagesstruktur, weil es eben einen Bedarf gibt. Zur Reglementsänderung kann Patrik Stadler noch einmal genau sagen, wie es geht. Wenn Ihr dieses Geld heute sprecht, können wir das Reglement anpassen, und ich glaube, wir müssen es ins Parlament bringen. Dann können wir schauen, wie wir dies machen. Bei den unteren Einkommen mehr geben, oben etwas ausdünnen. Wir haben jetzt mit den Betreuungsgutscheinen, mit der Subjektfinanzierung, gerade einmal zwei Jahre Erfahrung. Wir sind in Olten mit der Subjektfinanzierung wirklich fortschrittlich und nicht einfach pro Platz in der Krippe, wie es Solothurn macht, Fr. 5'000.— geben. Schaut selber. Das ist wirklich nicht mehr up to date. Ich glaube, wir sind gut daran.

Dr. Patrik Stadler: Es ist so. Im Reglement steht, dass die Obergrenze bis Fr. 160'000.— liegt. Die Tabelle ist in der Verordnung. Man könnte sie allenfalls anpassen. Ich möchte einfach noch kurz darauf hinweisen, dass es sich um eine gebundene Ausgabe handelt. Es besteht nämlich ein Anspruch auf diese Kinderbetreuungszulagen. Diejenigen, welche die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, werden mit einer Verfügung bedient. Sie ist anfechtbar. Von daher gesehen ist es eigentlich egal, was Ihr heute beschliesst, wenn ich ganz ehrlich sein will.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Im Kantonsrat redet man normalerweise nach dem Regierungsrat nicht mehr. Diese Regel haben wir nicht. Überlegt Euch vielleicht in Zukunft, was Ihr noch alles sagen wollt. Nachher redet der Stadtrat, und dann stimmen wir ab. Jetzt gebe ich Dir, Urs, ausnahmsweise, das Wort, aber nicht, dass wir nachher wieder 19 Sprecher haben. Urs, ganz, ganz kurz.

Urs Knapp: Knapp ist mein Programm. Ich habe eine Frage an Iris. Habe ich richtig verstanden, dass wir das Geld jetzt sprechen können. Aber ausgegeben wird es erst, wenn das Reglement, das im Parlament ist, geändert ist.

Dr. Patrik Stadler: Wenn man die Obergrenze wie angetönt wurde, erhöhen will, muss das Reglement angepasst werden. Das ist Parlamentskompetenz. Wenn es aber darum geht, im bestehenden Rahmen bis Fr. 160'000.— Anpassungen vorzunehmen, ist es Stadtratskompetenz.

Urs Knapp: Iris, Du hast gesagt, Du wollest zuerst das Reglement ändern.

Stadträtin Iris Schelbert: Wenn wir die Obergrenze nicht erhöhen wollen. Ich habe jetzt viel gehört. Ich finde, das reicht. Aber ich habe auch Stimmen gehört, die sagen, es darf auch bei Fr. 180'000.— oben sein. Ich glaube, wir gehen zuerst in den Stadtrat und besprechen dies intern. In der Tabelle können wir wirklich auch noch Verschiebungen machen, die schwächere Einkommen mehr als höhere Einkommen unterstützen.

Beschluss

Mit 19 : 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag der Finanzkommission auf Erhöhung von Fr. 160'000.— auf Fr. 200'000.— zugestimmt.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich bitte Euch, weiterhin Eure Voten kurz und knapp zu halten. Ihr habt gesehen, manchmal gibt es auch einen Stau der Einzelsprecher. Dann kann es durchaus passieren, dass jemand vor Euch etwas sagt, was Ihr auch sagen wolltet. Wenn Ihr einen Satz beginnt mit „Es ist zwar schon gesagt, aber...“, müsst Ihr es wirklich nicht noch einmal sagen. Ihr könnt Euch auch abmelden. Es ist auch schon passiert, dass

jemand sagt, nein, es ist gut, das ist gesagt worden. Es ist keine Pflicht, dass Ihr eine Wortmeldung erfüllen müsst. Dies einfach als Hinweis.

Seite 64, 3290.3636.02, Beitrag Kulturorganisationen

Daniel Kissling begibt sich in den Ausstand.

Florian Eberhard: Ihr habt ja per Mail alle den Antrag sowie die Begründung erhalten und sie liegen auch vor Euch auf dem Tisch. Herzlichen Dank an dieser Stelle an die Stadtverwaltung. Wie gesagt, würde ich gerne dem Kulturverein Coq d'Or Fr. 20'000.— für seinen sehr, sehr wertvollen Beitrag zur Kulturszene Olten sprechen, was sie ja doch schon seit einigen Jahren so machen. Der Grossteil dieser Organisation und die Durchführung des sehr umfassenden Kulturprogramms, das sehr viele verschiedene Arten von Events umfasst, erfolgt ehrenamtlich. Angestellt ist einzig die Geschäftsführung. Das ist Daniel Kissling, der gerade hinausgegangen ist, der zu einem fixen Lohn von Fr. 3'000.— pro Monat angestellt ist. Weiter natürlich die Barkeeperinnen und Barkeeper im Stundenlohn sowie die Techniker. Aber von diesen drei Gruppen ist es so, dass alle von ihnen einen Grossteil dieser Leistung zusätzlich noch in Freiwilligenarbeit erbringen. Beim Grossteil der Involvierten im Coq d'Or und im Kulturverein handelt es sich um junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren, für eine Gruppe, für die es in unserer Stadt bekanntlich sehr, sehr wenige Angebote und sonstige Möglichkeiten vorhanden sind. Der Name Coq d'Or ist weit über die Region hinaus als Kultur- und Konzertlokal bekannt und dient dadurch ja auch als Werbeträger für diese Stadt. Wenn man die Situation mit ähnlichen Kulturlokalen in kleinen Städten vergleicht, zeigt sich dort auch ein grosser Nachholbedarf. So wird zum Beispiel das KIFF in Aarau mit rund Fr. 300'000.— subventioniert und das Mokka in Thun mit rund Fr. 200'000.—. Der Kulturverein Coq d'Or hat der Stadt die momentan erbrachten Leistungen aufgezeigt sowie zusätzlich auch weitere mögliche Leistungen, die sie bei Bedarf übernehmen könnten, aufgeführt. Durch die Sprechung dieser Fr. 20'000.— würde der Stadtrat beauftragt, eine Leistungsvereinbarung mit dem Kulturverein abzuschliessen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir diesen Betrag so sprechen könnten.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Bei uns ist noch die Frage wegen des Ausstands aufgetaucht. Ihr habt gesehen, dass Daniel Kissling hinausgegangen ist. Die Frage an Dich, Patrik Stadler, Rechtskonsulent, ist jetzt, wenn jemand in diesem Verein mit einer Funktion im Vorstand ist, darf er dann drinbleiben oder muss er auch in den Ausstand treten?

Dr. Patrik Stadler: Wenn die Gelder dem Verein zu Gute kommen, muss das Organmitglied auch in den Ausstand treten, also das Vorstandsmitglied muss auch in den Ausstand treten.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Merci für die Information. Trifft dies auf jemanden im Rat zu? Nein. Gut, dann sind wir weiterhin alle berechtigt mit zu diskutieren.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Dieses Gesuch hat uns im Stadtrat auch erreicht. Wir haben die Papiere erhalten und zweimal darüber diskutiert. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir dies nicht unterstützen wollen, insbesondere auch, als wir das Papier gelesen und gesehen haben, wie es organisiert ist bzw. dass durchaus auch eine Wirtschaftlichkeit abgewickelt wird. Das Zweite ist, dass wir die Meinung haben, dass, wenn dies jetzt genehmigt wird, noch weitere Institutionen kommen werden. Es bleibt dann genau abzugrenzen, was dann noch gefördert werden soll und was nicht. Von daher haben wir die Meinung, dass wir hier eine Schleuse öffnen, die sehr wahrscheinlich nicht mehr ganz zu kontrollieren wäre. Florian, Du hast noch das KIFF erwähnt. Man muss auch sagen, dass wir im Bereich von Jugendarbeit dort ja durchaus am Aufstarten sind und auch Gelder hineinfließen. Was das Coq d'Or anbelangt, die Kulturszene überhaupt, auch die Jugendkultur, verweist der Stadtrat auch noch darauf, dass wir einen Kulturförderungsfonds haben, das sind Fr. 24'000.—, und durchaus auch Projekte des Coq d'Or, wenn sie entsprechend eingereicht werden, finanziert werden. Wir sind der Meinung, dass man dieser Erhöhung oder neuen Einführung dieses Betrags nicht zustimmen sollte.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Ich muss hier etwas freestylen. Ich habe keine Ahnung, was meine Fraktion abstimmt, weil wir, wie alle anderen Fraktionen, nicht darüber reden konnten. Das ist etwas ein „Seich“. Aber Eines nach dem Anderen. Ich möchte zuerst etwas Grundsätzliches und nachher zur Form etwas sagen. Grundsätzlich bin ich absolut dabei, und ich gehe davon aus, ich werde in der Fraktion nicht die Einzige sein, die diese Fr. 20'000.— dem Coq d'Or sprechen möchten, weil das Coq d'Or wirklich ganz, ganz coole Sachen macht. Sie machen Politpodien, sie machen Kultur, und Kultur ist nicht nur Kultur, wenn eine gepuderte Perücke vorkommt, sondern ich finde, alle Bereiche der Kultur haben einen Anspruch auf Förderung. Jetzt ist es selbstverständlich so, Martin, Du sagst Schleusen öffnen usw., dass es in der Stadt andere Beizen gibt, die auch Konzerte veranstalten, die ebenfalls einen Profit erwirtschaften. Das Coq ist in diesem Sinne keine Non-Profit-Organisation, aber sie könnten es aufdröseln. In welchem Bereich könnte man zum Beispiel eine Leistungsvereinbarung oder etwas Ähnliches machen, damit man nachher bei der Stadt quasi einfach auch festlegen könnte, wer in einem solchen Fall bezugsberechtigt wäre. Man könnte auch eine Vorlage ausarbeiten usw. Ich bin bereit und möchte die Fr. 20'000.— sehr gerne geben. Bevor jemand anders sagt, ich hätte ja beim Crowdfunding mitmachen können, anstatt Steuergelder auszugeben. Das habe ich auch gemacht. Unsere Familie hat sehr substanziell beigetragen. Darum geht es jetzt nicht. Sie haben sehr, sehr viel gemacht. Das Crowdfunding war wirklich eine gute Sache. Sie haben sich mit viel Kreativität dahintergeklemt, wollen weiterhin etwas Gutes machen. Ich finde, das könnte man nachträglich wirklich noch würdigen. Wenn man möchte, dass so etwas wiederkehrend ist, müsste aber ein wenig etwas passieren. Irgendwie zwei Tage vorher ein Schnellschuss, bei dem man die Sache weder miteinander diskutieren, noch irgendetwas lesen kann, das geht einfach nicht. Sorry. Das geht einfach wirklich nicht, und ich finde es unglaublich schade, weil ich diese Organisation, diesen Verein absolut toll und unterstützungswürdig finde. Aber das muss in ein würdiges Gefäss kommen, sei dies ein Vorstoss zu Händen dieses Parlaments, wie man dies regeln kann, sei es mit einer Leistungsvereinbarung mit der Stadt. Wenn die Stadt nicht gesprächsbereit ist, kann man hier den politischen Weg suchen. Ich bin überzeugt, wenn man sich ein wenig gut verkauft, wird man in diesem Parlament eine Mehrheit finden können. Ich möchte Euch bitten, auch mit uns mitzustimmen, oder Euch dieser Sache positiv anzunehmen. Aber meine Kritik an der Form steht, und ich war eigentlich wirklich etwas verärgert und dachte, es ist schade. Das hätten wir auch etwas früher erhalten können. Merci.

Luc Nünlist: Ich rede nicht als Fraktionssprecher. Nur kurz zu Deiner vorherigen Frage: Ich war einmal Gründungsmitglied einer IG Coq d'Or, die damals die Coq d'Or GmbH gegründet hat und war dort als Kassier eingetragen, aber jahrelang nicht mehr operativ tätig. Wenn jemand möchte, dass ich in den Ausstand gehe, mache ich dies sehr gerne.

Heinz Eng: Wenn man auf Seite 65 schaut, der Stadtpräsident hat es vorhin gesagt, ist dieses Feld von den Angrenzungen wie, wo, was her bereits ein wenig offen. Das sind natürlich auch alles kommerzielle Betriebe, die wir hier haben, seien es die Kabaretttage und so weiter und so fort, Filmverein Lichtspiel ist auch drauf, von mir aus gesehen ..., ich weiss nicht, ich zahle immer den gleichen Betrag, wenn ich dort Filme schauen gehe. Hier ist schon auch etwas die Frage, wo das Ganze einen Anfang und wo ein Ende hat. Von mir aus gesehen würde das Coq d'Or neben all den anderen auch noch hineinpassen. Myriam hat auch den Betrag und vor allem die Schnelligkeit erwähnt. Meine Frage geht dahin, ob es beim Antrag um einen Betrag geht, den wir jetzt einmalig sprechen, und im nächsten Budget kommt je nachdem eine Leistungsvereinbarung, oder wie es hier weitergeht. Das ist mir nicht ganz klar.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Was wiederkehrende Leistungen sind, also nicht einmalige und über Fr. 10'000.— macht man eine Leistungsvereinbarung. Wenn dieser Beitrag gesprochen wird, wird man mit dieser Kulturinstitution diese Leistungsvereinbarung abschliessen. Dort werden schlussendlich solche Sachen, die Myriam erwähnt hat, dann auch eingebaut. Das ist der Weg. Es ist jetzt der Antrag gestellt, dies in dieses Budget

aufzunehmen. Aber ich gehe davon aus. Da müsste man vielleicht auch die Antragsteller fragen, ob es wiederkehrend ist. Dann sieht es so aus, dass man eine Leistungsvereinbarung abschliessen würde.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich glaube, heute stimmen wir nur über 2020 ab. Es ist kein Auftrag mit Leistungsvereinbarung. Dann müsste es einen Auftrag geben. Wir stimmen nur über diesen Betrag im Jahr 2020 ab.

Denise Spirig: Ich glaube, wir müssen schon auch noch etwas sagen. Zuerst einmal herzlichen Dank der Jungen SP/SP für diesen Vorstoss, für diesen Antrag. Etwas Allgemeines zum Coq: Ihr wisst alle, dass es weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist und mit seinem Kulturprogramm Menschen aus der ganzen Schweiz in die Stadt lockt. Sehr viele Leute kennen Olten durch das Coq, dank des Coqs und kommen auch dank diesem Verein zu uns in die Stadt. Sie bieten eine absolut grossartige Plattform, vor allem für junge, lokale Künstler und Kulturschaffende. Wo hätten sie sonst schon eine Chance, um ein Konzert aufzuführen oder ihre Kunst auszustellen? Auch bietet der Kulturverein Coq d'Or zum Beispiel mit seiner Veranstaltungsreihe Coq politique Politikveranstaltungen, organisieren Podien und tragen so auch zu einem funktionierenden und konstruktiven Politikdiskurs in der Stadt Olten bei. Wir konnten auch lesen, dass das Ganze auf einem riesigen Haufen Freiwilligenarbeit basiert. Sie schliessen aber mit dieser Arbeit eine Lücke, die sonst kein einziger Veranstalter in dieser Stadt so erfüllt. Wichtig ist wirklich auch zu betonen, dass der Kulturverein Coq d'Or nicht ein gewinnorientierter, sondern ein gemeinnütziger Verein ist. Sie machen in dieser Stadt jährlich Kultur für Fr. 100'000.—, und sie verdienen dabei ca. Fr. 50'000.—. Das heisst, sie haben in den letzten fünf Jahren für über Fr. 500'000.— in dieser Stadt Kultur gemacht. Das ist wahrscheinlich mehr, als die Stadt Olten in den letzten fünf Jahren für Kultur ausgegeben hat. Aber das ist vielleicht etwas aus dem Fenster gelehnt. Nicht? Auf jeden Fall ist es auch mehr, als es Mokka in Thun macht, das mit Fr. 200'000.— subventioniert wird. Sie machen 120 Veranstaltungen pro Jahr. Das ist deutlich mehr. Wichtig ist auch, dass sie sich selber hohe Ziele gesteckt haben. Sie möchten zur Integration und zur Förderung von Jugendlichen sowie zur Kultur im Allgemeinen beitragen. Uns als Olten jetzt! ist diese Arbeit sehr viel wert. Wir finden auch, dass diese Leistung der Stadt Olten etwas wert sein sollte. Wir finden es deshalb sehr schade, dass die offizielle Stadt diese Leistung nicht anerkennt und der Stadtrat die Wichtigkeit des Kulturvereins Coq d'Or nicht sieht. Deshalb möchte ich gerne noch einmal ein paar Fakten aufzählen, was Coq d'Or leistet. Sie machen über 120 kulturelle Veranstaltungen pro Jahr. 40 bis 60 jugendliche Freiwillige engagieren sich im Coq d'Or. 4'000 Stunden Freiwilligenarbeit wird pro Saison geleistet. Bis zu 5'000 Menschen sehen sich die Kulturveranstaltungen an, und es ist wahrscheinlich auch nicht zu weit aus dem Fenster gelehnt, wenn man sagt, es ist wahrscheinlich bei der jugendlichen Bevölkerung in Olten der beliebteste Veranstaltungsort. Das alles machen sie bei einem Selbstfinanzierungsgrad von 93 %. Das ist ein sehr guter Wert für einen Kulturbetrieb. Das wissen wir auch, wenn man andere kulturelle Betriebe in der Stadt anschaut. Fr. 20'000.— des Oltner Budgets sind für uns ein Tropfen auf den heissen Stein, und wir haben auch das Gefühl, es hat einen grossen Strahlungseffekt. Es würde sehr viele Menschen tangieren. Wir haben es gestern mit einem Bushäuschen für Fr. 50'000.—, über das wir heute auch noch diskutieren werden, verglichen. Nicht, dass ich dies gegeneinander aufheben möchte, aber der Strahlungseffekt ist bei einer solchen Sache sicher viel grösser. Florian hat es auch gesagt. Andere Kulturanstalten wie das Coq d'Or werden in anderen Städten sehr grosszügig unterstützt. Das Coq d'Or hat auch aktiv angeboten, dass es seine Leistungen im Sinne einer Leistungsvereinbarung anpassen könnte, auch Leistungen übernehmen könnte, wie es im Sinne der Stadt ist. Für uns ist klar, dass wir zu solchen Betrieben Sorge tragen müssen. Sie prägen die Stadt. Irgendwann ist dann auch bei den Leuten mit Freiwilligenarbeit und diesem Engagement fertig. Irgendeinmal ist die Kuh gemolken. Man gibt dann auf. Sie sagen selber, der Betrieb ist nicht gewährleistet. Sie haben jetzt ein Crowdfunding gemacht. Damit können sie sich wieder für eine gewisse Zeit retten. Aber irgendeinmal müssen wir vielleicht dann noch in den sauren Apfel beiessen, und dann existiert es in dieser Form halt nicht mehr. Ich würde Euch wirklich ans Herz legen, dass Ihr Euch

überlegt, was Euch dies wert ist. Es ist 0,018 % des Oltner Budgets, und ich glaube, für den grossen Brocken von auch öffentlicher Arbeit, die sie dort leisten, ist dies ein absolut vernünftiger Betrag. Wir möchten Euch gerne ans Herz legen, dass Ihr diesen sprechen würdet.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich möchte noch etwas Formales sagen. Vorhin habe ich gesagt, und ich stehe auch dazu, dass dies für mich ein Beitrag für ein Jahr, über den wir hier diskutieren. Auch in der Begründung, die Ihr lesen konntet, steht im zweitletzten Satz: „Mit der Aufnahme eines Betrages von Fr. 20'000.— in das Budget wird der Stadtrat auch beauftragt, eine Leistungsvereinbarung mit dem Kulturverein abzuschliessen“. Ich bin der Meinung, das können wir hier nicht machen. Wir können nicht gleichzeitig einen Auftrag geben, um eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen. Wir beschliessen hier nur die Fr. 20'000.—, die ins Budget aufgenommen werden. Dann liegt es politisch am Stadtrat, ob er dies mit der Leistungsvereinbarung machen möchte oder ob er es nicht machen möchte. Wenn die Politik damit unzufrieden ist, muss sie einen Auftrag eingeben und sagen, wir wollen mit dieser Institution eine Leistungsvereinbarung. Das ist meine Meinung. Ich glaube, wir können hier nicht einfach indirekt eine Leistungsvereinbarung einführen, die dann mehrere Jahre laufen wird. Wir können hier nur über das Budget, über den Betrag für das nächste Jahr reden. Das ist meine Meinung. Wenn jetzt hier jemand nicht der gleichen Meinung wäre, müsste es gesagt werden. Aber ich denke, wir machen dies einfach für das nächste Jahr.

Florian Eberhard: Daniel, ich möchte Dir an dieser Stelle nur kurz recht geben. Das ist so, aber letztendlich ist ja nicht die Begründung, sondern der Antrag, über den wir abstimmen, massgebend. Das Andere ist eigentlich relativ irrelevant.

Heidi Ehram: Wir haben uns bei diesem Antrag, den wir an unserer Fraktionssitzung noch besprochen haben, gefragt, ob wir diesen Präzedenzfall schaffen wollen. So wie der Stadtrat dies ausgeführt hat, und im Oltner Tagblatt ist es ja heute auch so ausgeführt, wollen wir diesen Präzedenzfall schaffen oder nicht? Wir sind zur Einsicht gekommen, dass wir diesen Präzedenzfall nicht schaffen wollen, dass wir hier Klarheit wollen, was reine Kulturvereine sind, was kommerziell mit einer Bar verhängt ist. Das ist ein Argument. Ein zweites Argument ist, dass die Kulturvereine unter der Kontonummer sind, unter der wir massiv sparen mussten, die einen Beitrag erhalten haben. Diese Beiträge wurden massiv gestrichen. Ich könnte gewisse Sachen sagen. Zum Beispiel sind bei den Neujahrsblättern gleich Fr. 6'000.— gestrichen worden. Diese haben wir bis jetzt noch nicht wieder. Auch gibt es Kulturvereine, die keinen Beitrag mehr erhalten. Da möchte ich daran erinnern, dass Fritz Buser, der neben Luc Nünlist sass, einmal einen Beitrag für den Oratorienchor wollte. Das ist ein altherwürdiger Gesangverein. Er hat ca. Fr. 2'000.— beantragt. Niemand hier hatte Gehör, dies diesem Verein, der halt auf klassische Musik ausgerichtet ist, zuzugestehen. Ich möchte nicht werten, was welche Kultur und was so ist. Ich finde das Programm des Coq d'Or interessant und toll und fände es eigentlich gut, wenn sie diese Zusage des Stadtrates nützen würden. Mitte Jahr war bereits ein Beitrag im Oltner Tagblatt, um schon für spezielle Events einen Antrag an den Stadtrat stellen, damit sie unterstützt werden können. Das ist auch ein Argument, das wir eigentlich nachvollziehen können. Wir sind nicht dagegen, dass die Kultur des Coq d'Or unterstützt wird. Es hat sicher auch andere Kulturanbieter, die dies ebenfalls so machen. Aber es muss nicht gerade eine Leistungsvereinbarung sein, und die Fr. 20'000.— finde ich in Anbetracht dieser Streichungen vor ein paar Jahren, und derjenigen, die auf Seite 4 der Beilagen aufgeführt sind, doch einen sehr stolzen Beitrag, der hier eingefordert werden will. Dann muss ich noch etwas Persönliches sagen. Ich war auf der Homepage. Mich hat es etwas komisch berührt, und es ist heute im Oltner Tagblatt auch ausgeführt, dass ab dem 1. August sechs Ressortleiter im Rahmen von 10 bis 20 % angestellt wurden. Wenn ich dies zusammenrechne, 6 x 15 gibt nahezu eine 100-Prozent-Stelle. Nach dem ganzen erfolgreichen Crowdfunding muss man sagen, es ist toll, wie sie dies gemacht und sich Mittel für den Weiterbestand beschafft haben. Ich fände auch toll, wenn dieser Betrieb weitergehen würde. Wir sind jetzt einfach auf der Seite der Argumente

des Stadtrates und möchten aus den Gründen, die ich erwähnt habe nicht, dass hier eine Leistungsvereinbarung gemacht wird. Merci.

Florian Eberhard: Ich möchte nur noch kurz auf zwei, drei Sachen zurückkommen. Das Eine ist, dass man sich auch bewusst sein muss, dass all die Ausgaben vielleicht schon einzelne kleine Posten etc. Kumuliert ist dies aber insgesamt relativ viel, weil wir hier verschiedene Sachen ausgeben, und es ist vor allem viel für bestimmte Altersgruppen kumuliert, während es für andere kumuliert nach wie vor sehr, sehr, sehr, sehr wenig ist. Wenn ich im Publikum herumschaue, meine ich, für die Leute, die Ihr dort sieht, ist sonst in dieser Stadt für solche Kulturangebote nichts vorhanden. Ich würde es extrem schade und auch ein Zeichen, das extrem schade ist, finden. Das Zweite ist, dass es beim Crowdfunding vor allem darum ging, dass man dort die marode Infrastruktur sicherstellen wollte, und es ging weniger darum, den Kulturverein sicherzustellen. Es sind zwei unterschiedliche Sachen. Beide werden notwendig sein, damit es funktioniert.

Laura Schöni: Ich setze gleich dort ein. Um Beispiele für die marode Infrastruktur zu nennen: Man hat im Coq d'Or einerseits WCs, die man ersetzen muss. Man hat einen Keller, welcher dermassen feucht ist, dass es, wenn man dort unten Konzerte veranstaltet, von der Decke tropft. Man hat Lüftungen, die gemacht werden müssen. Man hat eine Küche, wo man die Band selber verpflegt, notabene in freiwilliger Arbeit. Ich kann es aus eigener Erfahrung sagen. Es ist fast nicht zumutbar, dort zu kochen. Das ist Infrastruktur, bei der sich das Coq einmietet, bei der aber der Vermieter sagt, Ihr müsst selber dafür aufkommen. All dies wird im Moment wird in freiwilliger Arbeit geflickt, repariert. Bei all den Sachen, die man neu machen muss, schaut man, dass man dies irgendwie möglichst intern mit Freiwilligen stemmen kann und dieses Geld aus dem Crowdfunding wird wirklich nur dafür ausgegeben.

Urs Knapp: Ich möchte dort anschliessen, wo Myriam, auch Heidi und der Stadtpräsident waren. Es ist ein Schnellschuss. Letztlich geht es darum, eine Leistungsvereinbarung zu machen. Das finde ich ein legitimes Ziel. Ob das Coq dies dann akzeptiert, was der Stadtrat will, ist eine andere Frage. Die Brücke ist eigentlich schon gebaut worden. Ich komme wieder auf die Fondsliste. Wir haben einen relativ hohen Fonds für künstlerisches Schaffen. Er beträgt Fr. 53'000.—. Wir haben andere Fonds, die man einsetzen könnte. Ich glaube, das Coq hat alle Möglichkeiten zu sagen, wir haben ein konkretes Projekt. Wir möchten dieses Projekt in diesem Jahr, bis wir die Leistungsvereinbarung haben, finanzieren. Dann kann man dies tun. Man kann dies über einen Fonds finanzieren. Florian, das ist es ja letztlich, und es ist auch legitim. Es geht ja nicht um einen einmaligen Beitrag. Ich glaube, man sollte einfach sauber zusammen diskutieren und transparent ist. Dann kann man in diesem Jahr, bis man die Leistungsvereinbarung hat, mit den Anträgen überbrücken und in die Diskussion über die Leistungsvereinbarung hineingehen.

Felix Wettstein: Laura, ich muss gerade mit Deinem Beispiel zeigen, weshalb ich mich mit Eurem Antrag schwertue. Die Sachen, die Du aufgezählt hast, sind Einmalinvestitionen, und wir müssen sie tatsächlich in einer ganz anderen Art beantworten können. Eine Möglichkeit wäre, dass man vielleicht passende Fonds hätte. Auf jeden Fall wären es einmalige Entscheidungen. In den Begründungen oder Erläuterungen, was das Coq leistet, ist das Hauptgewicht auf die dauerhaften Leistungen gelegt, wo ich auch sofort erkenne, dass dies eben nicht einfach nur ein kommerzieller Betrieb ist, sondern er leistet wirklich Sachen zu Gunsten des Gemeinwesens. Das wäre typisch die Basis für etwas Wiederkehrendes, das mit dem Leistungsvereinbarungsgedanken am richtigen Ort ist. Wir sind nicht genug gerüstet, um heute diesen Entscheid zu treffen.

Eugen Kiener: Ich möchte noch etwas sagen, weil man dem Coq vorwirft, dass während der Veranstaltungen auch Bier verkauft wird. Pausengetränke, das Apéro vorher, ist bei jedem Kulturbetrieb ein wichtiger Bestandteil und führt zu grossen Einnahmen. Ich bin an den Kabarettetagen immer an der Bar in der Schützi. Dort läuft einiges. Heute machen die Leute gerne Städtereisen. Diejenigen, die solche Reisen machen, suchen gerade solche Lokale,

wie das Coq eines ist. Ich bin gerne bereit, die Rock- und Popszene mit diesem Beitrag zu unterstützen.

Florian Eberhard: Wegen des Punkts, den man vielleicht je nachdem auch vorher hätte diskutieren müssen, muss ich, zum Beispiel wegen der Fonds, die Du erwähnst hast, schon sagen, dass man dem Coq d'Or diese Möglichkeit auch nicht gegeben hat. Die Antworten und Rückweisung des Stadtrates waren ja nicht so, dass man sie darauf hingewiesen hat, dass ihnen bestimmte Sachen fehlen würden etc., sondern es war ganz klar, wir wollen keine Diskussion führen. Dadurch ist auch die Erfahrung des Coq, dieses Kulturvereins, nicht so, dass man offensichtlich über diese Fonds gehen kann. Man hat zum Beispiel bei anderen Projekten von ähnlichen Kulturveranstaltungen versucht, den Gebührenerlass zu machen, für das OltenAir. Das ist auch relativ klar abgelehnt worden, also spricht die Erfahrung ist nicht vorhanden, dass dies irgendwie auf diese Variante so funktionieren würde.

Denise Spirig: Ich möchte nur kurz etwas Licht hinter die Organisationsstruktur des Coq d'Or und des Kulturvereins bringen. Heidi, Du hast es vorhin angesprochen. Es war so, dass das Coq bis und mit 2018 in einer GmbH organisiert war, welche die Bar betrieben hat und mit dem Kulturverein das Kulturprogramm gemacht hat. Einerseits hat die Bar das Kulturprogramm subventioniert, und der Kulturbereich hat mit der Bar an Veranstaltungen keine Einnahmen gemacht. Es ist ein etwas kompliziertes Konstrukt. Deshalb hat man dies in diesem Jahr zusammengeführt. Deshalb sind auch diese Stelle der Vorstandsämter geschaffen worden. Deshalb ist dort im Verein an sich aufgestockt worden.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte noch auf zwei Einwände etwas sagen. Das Eine ist die Sache mit dem Präjudiz. Das finde ich hier einfach fehl am Platz. Erstens gibt es andere kulturelle Organisationen, die schon längstens Präjudiz wären, gerade so gut wie das Coq. Das Andere ist, dass ich, wenn man das Coq als Präjudiz nimmt, sagen muss, schön wäre es ja, wenn es ein paar Coqs geben würde in Olten. Aber es gibt ein Coq, und tragen wir doch Sorge zu diesem. Es gibt keine Kopie, dass wir das Coq als Beweis verwenden könnten. Das finde ich völlig aus der Luft gegriffen. Es ist sicher kein Hit, dass dies jetzt kurzfristig für dieses Jahr kommt. Aber schauen wir doch, dass es dem Coq in diesem Jahr gut geht. Dann kann man nämlich nachher schauen, was man im nächsten Jahr wieder macht. Wegen dieser Fr. 20'000.— bricht unser Budget nicht zusammen, und es geht jetzt einmal darum zu schauen, dass das Coq das Jahr 2020 einigermaßen gut übersteht, und da bitte ich Euch, unter diesem Aspekt für dieses Jahr dem zuzustimmen. Ich möchte dem Stadtrat gleichwohl noch ans Herz legen, vielleicht doch noch einmal die Diskussion mit dem Coq zu suchen, um eine dauerhafte Lösung zu finden.

Deny Sonderegger: Zuerst möchte ich sagen, dass ich das kulturelle Schaffen des Coq aus touristischer Sicht natürlich ungemein unterstütze. Ich finde dies eine gute Institution, insbesondere auch für die Jugendlichen. Von daher okay. Persönlich habe ich wirklich einfach auch Mühe, und das ist auch der Grund, weshalb ich persönlich ablehnen werde, ich möchte das Votum von Felix, aber auch von Myriam, aufnehmen. Einerseits ist es die Art und Form, wie es hier eingebracht wird. Es ist einfach nicht sade oft he art. Das ist das Eine. Das Zweite, und das ist eine etwas andere Thematik, haben wir vorhin gerade von Laura gehört, dass das Coq eigentlich eingemietet ist und entsprechend eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Von Dir habe ich vorhin gehört, dass die Infrastruktur jetzt auf Crowdfunding oder auf eigenen Investitionen basieren muss. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Wenn ich etwas einmiete, habe ich eine intakte Infrastruktur, und wenn etwas defekt ist, lasse ich dies durch den Vermieter entsprechend instand stellen. Wenn wir jetzt hier Geld ausgeben, stellen wir indirekt einen privaten Liegenschaftsbesitzer mit neuer Infrastruktur zur Verfügung stellen. Wenn dort WC-Anlagen etc. erneuert werden und dieses Geld dafür eingesetzt ist, teilfinanziere ich quasi mit öffentlichen Geldern. Das ist für mich klar ein No go, und dementsprechend werde ich auch dagegen stimmen.

Tobias Oetiker: Wir werden in Olten bald zum zweiten Mal Wiedereröffnung der neuen Jugendarbeit haben. Das ist ein Angebot in Olten, das sich bis maximal 20 richtet, eher nicht

so ganz. Die Leute, die im Coq aktiv sind, sind eben vom Alter eine Bevölkerungsgruppe eine Stufe weiter oben. Dieser Aspekt, dass ganz viele Leute in einem Umfeld, in dem es um reale Veranstaltungen geht, Sachen, die echt passieren, nicht irgendwie simuliert oder als Lehrgang, sondern dort stattfinden, Erfahrungen sammeln und sich einbringen können. Ich denke, das ist in einer Stadt als Angebot für Leute in diesem Alter extrem viel wert. Dafür ist dieser Preis extrem günstig, wenn man vergleicht, was wir sonst für solche Angebote so ausgeben. Das andere Element ist die Signalwirkung, die dies auf die Leute, die sich zum Beispiel im Coq engagieren, hat. Ich engagiere mich auch in solchen Non-Profit-Sachen. Ein Beitrag der Stadt, der gesprochen wird, oder eben die Stadt, die mehr oder weniger sagt, geht weg, wirkt sich extrem positiv respektive negativ auf die Leute, die dort aktiv sind, aus, ganz unabhängig von der Menge des Gelds.

Stadträtin Iris Schelbert: Nur kurz zur Jugendarbeit: Das ist richtig. Sie wird neu eröffnet. Aber das spricht dann Jugendliche bis 25 Jahre an, weil sie dort befähigt werden, auch unter Anleitung, selbstverständlich auch, wenn sie noch jünger sind, in der Garage 8 eigene Veranstaltungen durchzuführen, und werden auch angeleitet, dass sie es selber machen können, selber Events, Konzerte, was immer sie wollen, organisieren. Das geht bis 25.

Heinz Eng: Ich mache es kurz. Für mich gibt es ein Argument: Für die Jugend. Wir hatten heute Abend die Jungbürgerfeier. Jetzt müsst Ihr Euch einmal vorstellen, wohin sie gehen. Provi 8 wahrscheinlich eher weniger. Das ist vermutlich ein Segment, das nicht mehr hineinpasst, und dann kommt genau dies. Das Coq. Ich war früher auch im Coq. Damals hatte es oben Billard-Tische. Das war fantastisch. So braucht die Jugend ihren Freiraum, vielleicht auch ein wenig den schönggeistigen Freiraum. Das sind sehr wahrscheinlich nicht meine politischen Ansichten, die dort vertreten werden. Aber das gehört auch dazu. In fünf, sechs Jahren werden die meisten sowieso in einem kapitalistischen System. Da darf man noch etwas träumen. Pazifistisch etc. ist okay. Aber diese Mühle wird Euch früher oder später ereilen. Wieso dies so spät gekommen ist, das ist die Unbekümmertheit der Jugend. Wenn diejenigen, die 20 oder 25 sind, so alt wie wir sind, werden wir abgestraft und getadelt, Du hättest sollen ... ich weiss nicht, was alles. Für die Jugend, ich werde ja stimmen.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Wir haben vom Rechtskonsulenten eine E-Mail erhalten. Einfach noch der Hinweis, man kann dieses Konto nicht zweckgebunden erhöhen. Wenn der Stadtrat Fr. 20'000.— mehr hat, muss er nicht das Coq d'Or damit unterstützen. Es macht es vielleicht jetzt nicht einfacher. Aber möglicherweise müsst Ihr auch nicht mehr so viel sagen.

Michael Neuenschwander: Ich möchte nur sagen, wieso ich zustimme. Über das Vorgehen und die Kurzfristigkeit bin ich auch nicht glücklich. Aber wieso ich zustimme, ist eigentlich nur schon nur als Anerkennung für das, was schon gemacht wurde. Sie haben tatsächlich über viele Jahre einen Leistungsausweis erbracht, nicht für mich. Ich bin ausserhalb dieses Segments und würde dies gerne anerkennen und als Ermutigung weiterzufahren sehen. Deshalb werde ich zustimmen.

Matthias Borner: Ich stelle keinen Ordnungsantrag, sondern möchte einfach sagen, dass das Coq d'Or erstens einmal, und das konnte man anhand der vielen Sprecher sehen konnte, in Olten ein politischer Faktor ist. Olten jetzt! ist ja eigentlich die Partei des Coq d'Or. Sie sind jetzt hier und schauen in ihrer ersten Legislatur, dass das Coq d'Or mehr Geld erhält. Das ist finanzpolitisch wirklich heikel. Wir wissen nicht, was man mit diesem Geld macht. Fr. 20'000.—sind recht viel Geld. Tilgen sie Schulden? Ist es für die laufenden Kosten, für die Investition? Wir wissen es nicht. Der Vorgang, den wir hier machen, ist finanzpolitisch einfach extrem heikel. Merci.

Beschluss

Mit 19 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag der SP zur Erhöhung um Fr. 20'000.— zugestimmt.

Luc Nünlist: Wir haben es gestern schon besprochen. Olten ist eine Sportstadt. Ich habe mich vor einiger Zeit schon einmal vergeblich für Sportförderung ausgesprochen. Mein damaliger Vorstoss hat scheinbar dem Stadtrat ein zu enges Korsett auferlegt. Ich wollte dort einen Basketballkorb montiert sehen. Dann war aber anscheinend die Kostenfolge nicht klar. In der Zwischenzeit war ich im Werkhof und habe dort im Depot noch ein paar nicht montierte Basketballkörbe gefunden. Die Kosten wären wahrscheinlich nicht so immens gewesen. Mit einer Bohrmaschine und ein paar Schrauben hätte ich dies für ein Bier auch gemacht. Es hat damals recht einfach getönt. Die Direktion Bildung und Sport hat aber in der Zwischenzeit keine Lösung gefunden, und ich habe mich so darauf gefreut, mit dem Stadtrat ein Basketballfeld zu eröffnen. Das ist jetzt eine etwas pragmatischere Form eines ungestillten Anliegens. Ich habe mich damals auch von der Stadtkanzlei beraten lassen und den korrekten Budgetposten gefunden. Die vorgeschlagene Erhöhung dieses Postens würde das niederschwellige sportliche Angebot verbessern. Für mich sind Tischtennis und Basketball sehr einfach zugängliche Sportarten, mit denen sich im öffentlichen Raum mit wenig Materialaufwand die Bewegung fördern lässt. Olten hat in diesem Belangen auch ein relativ schwaches Angebot. Die Tischtennis-Tische sind zuweilen nicht bespielbar und schlecht gepflegt. Frei zugängliche Orte, an denen man ein paar Bälle schmeissen kann, sind schwer auffindbar. Das ist ein bescheidener Posten. Es ist etwa ein Promill Eisstadion, und man könnte so für eine breite Öffentlichkeit doch ein niederschwelliges Sportangebot verbessern. Nach einer Absprache mit einer ungenannten Firma in Winznau, die in diesem Bereich landesweit führend ist, sollte der vorliegende Betrag eigentlich für etwa zwei bis drei Anlagen reichen. Dankeschön.

Matthias Borner: Mich würde die Meinung des Stadtrates schon interessieren, ob es dies braucht oder nicht.

Stadträtin Iris Schelbert: Wir hatten Basketball auf den Schulhausplätzen, den roten Plätzen. Sie wurden abgeräumt, weil sie die Nachbarschaft gestört haben. Wir haben auch einen Gerichtsbeschluss. Solche Gerichtsbeschlüsse kann man aufheben lassen. In anderen Gemeinden wurde dies schon gemacht. Das wäre eigentlich mein Ziel, dass man dies machen könnte. Jugendliche, die sich bewegen, sind gesunde Jugendliche, und Ältere, die Ping-Pong spielen, sind gesunde Ältere.

Beschluss

Mit 29 : 8 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Erhöhung um Fr. 12'000.— zugestimmt.

Philippe Ruf: Hier stellt die SVP den Antrag auf keine zusätzliche Erhöhung von Fr. 20'000.— an das Cultibo. Wir hatten dort vor zwei, drei Jahren eine Vereinbarung getroffen, die wir im Parlament hatten, wo wir auch den Betrag festgelegt haben. Sinn und Zweck des Cultibos wurden kontrovers diskutiert. Aber man hat dies genehmigt. Das akzeptieren wir so auch. Aber jetzt dort wieder zusätzlich zu erhöhen, geht sicherlich in die falsche Richtung und ist auch etwas, was wir nicht allen geben können, mit denen wir Leistungsvereinbarungen haben. Wir müssen dort auch konsequent sein. Gleichzeitig ist es in der angespannten Finanzlage einfach nicht sinnvoll, dass, wenn wir dort nach abgemachten Leistungsvereinbarungen immer noch mehr Geld gewähren. Wir hatten die Fr. 72'000.— damals bestätigt und finden, wir sollten uns auch entsprechend daran halten.

Ramazan Balkaç und Andrea Leonhardt Mohr begeben sich in den Ausstand.

Simon Muster: Ich darf für die beiden, die in den Ausstand getreten sind, übernehmen und möchte sehr beliebt machen, dass man dies nicht streicht. Das Cultibo hat dem Stadtrat

nahegelegt, Fr. 40'000.— zu erhöhen. Das hat einerseits damit zu tun, dass man viel mehr Veranstaltungen macht, und die anderen Fr. 20'000.— haben mit dem Wegfall anderer Beträge zu tun. Das ist zum Teil ein Betrag des Kantons, zum Teil eine private Zuwendung. Der Stadtrat hat dies in gewisser Weise anerkannt und sagt Fr. 20'000.—. Wir können gut damit leben und möchten sehr beliebt machen, dass man dem Stadtrat hier folgt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Besten Dank, Simon. Schon stadträtlich gesprochen. Ich kann dort anhängen. Für uns als Stadtrat geht es in die richtige Richtung, im Gegensatz zum Votum von Philippe. Wir sind in einem sehr engen Austausch mit Cultibo, mit der Geschäftsführung und auch mit der Vereinsspitze. Die Leistungsvereinbarung war am Auslaufen. Das wussten wir. Deshalb haben wir auch rechtzeitig Kontakt aufgenommen. Es ist richtig, dass höhere Beiträge verlangt oder angebeht wurden, und wir vom Stadtrat diese Abwägung gemacht haben und zum Schluss gekommen sind, dass ein Zusatzbetrag von Fr. 20'000.— das Richtige ist, insbesondere, weil dann in die Ressourcen hineingearbeitet wird, wo tatsächlich die Betreuungen und Begleitung sichergestellt wird. Wir haben auch einen Evaluationsbericht 2018 bekannt gemacht, auch im Parlament. Dort sieht man eigentlich auch die steigende Anzahl von Aktivitäten. Es ist ganz wichtig, dass dieses Zentrum auch so gut funktioniert, und wir sind überzeugt, weil wir uns dort auch selber orientiert haben und ab und zu auf Besuch gehen, dass dieser Betrieb voll am Laufen ist. Es geht im Wesentlichen darum, dass man der deutlich wachsenden Zahl von Nutzenden gerecht wird, dass man die Öffnungszeiten auch entsprechend erhöht und insbesondere auch eine gute Begleitung dieser vielen freiwilligen Helfer, die dort im Austausch mit den Besucherinnen und Besuchern und auch mit den Verwaltungsstellen ist. In diesem Sinne bitte ich Euch, den Antrag der SVP abzulehnen.

Beschluss

Mit 32 : 4 Stimmen wird der Antrag der SVP auf Kürzung um Fr. 20'000.--- abgelehnt.

Ramazan Balkaç und Andrea Leonhardt Mohr kommen in den Saal zurück.

Seite 74, 5451.3636.00

Simon Muster, FIKO: Ich leide auch langsam darunter, dass ich zu all diesen Sachen reden muss. Deshalb mache ich es ganz kurz. Vorher gab es eine riesenlange Diskussion gegeben. Es ist genau das gleiche Thema. Man ist beim Budget 2019, Version 1. Da hatte man auch die Fr. 630'000.— drin. Das hat wieder mit der Subjektfinanzierung zu tun. In Version 2 ist man auf Fr. 550'000.— hinuntergegangen. Das würde mit dem anderen Betrag verrechnet werden, und der Kanton würde dies nachher dem Bund für die Bundesmittel angeben. Die FIKO hat diesen Antrag mehrheitlich gestellt.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich habe vorhin zu beiden Sachen gesprochen, würde aber eigentlich Herrn Präsident beantragen, dass Thomas Küng, Direktionsleiter Bildung und Sport, etwas zum Operativen sagen kann. Weshalb haben wir das Geld nicht ausgeschöpft?

Thomas Küng: Ich kann versuchen, die Voten von letztem Mal von Seite 55 abzukürzen und zwei, drei Sachen richtig zu stellen. Es ist noch genannt worden, weshalb sind die Beiträge des Budgets 2019/2 zum Budget 2020 gekürzt worden? Das hatte einen Grund. In der Direktion hatten wir den Auftrag, sauberer zu budgetieren, knapper zu budgetieren, und es war tatsächlich so, dass diese Beiträge durch das System bedingt nicht abgeholt wurden. Das heisst, wir konnten kürzen und sind dort auf die Fr. 160'000.— hinuntergegangen und hier auf die entsprechenden Beträge auf Seite 74. Es ist auch so, dass, wenn man diese Beträge jetzt erhöht, tatsächlich nichts passieren wird. Im Budget steht einfach mehr Geld zur Verfügung. Aber das wird nicht abgeholt werden. Wenn man dies verändern will, dass eben mehr Beiträge in das System hinein fliessen, heisst dies, man muss nachher den politischen Willen kundtun und sagen, dass das System und das Reglement angepasst werden. Erst dann wird etwas passieren. Dort kommt nachher eine politische und

strategische Überlegung hinein. Es wurde noch genannt, man möchte die höheren Einkommen nicht bevorzugen. Aber das hat wieder mit dem System zu tun. Schlussendlich sagt die Anpassung des Systems, wer bevorzugt wird und an wen diese Beiträge fliessen. Dann ist die Überlegung, ob man entweder die Stand-ortattraktivität erhöhen will, indem man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stützt, oder man kann soziale Überlegungen hineinnehmen und sagen, man unterstützt eher die unteren Einkommen. Der erste Schritt ist die Erhöhung der Beiträge, die wir nachher, wie es Iris Schelbert richtig gesagt hat, sicher als Auftrag auch annehmen werden. Aber der zweite Schritt muss sein, dass ein politischer Auftrag kommt, dass das Reglement angepasst wird. Wenn es angepasst wird, muss man nachher den Willen zeigen, werden die oberen, die unteren Einkommen oder generell alle Antragsteller höher entlastet.

Simon Muster: Simon Muster nicht mehr FIKO-Sprecher. Ja, absolut, ich glaube, man hat vorhin gehört, dass ein politischer Willen vorhanden ist. In welche Richtung es geht, auf jeden Fall. Ich finde, wir sollten dieser Erhöhung zustimmen und, wie gesagt, der Rechtskonsulent hat es erklärt, wenn es nach oben geht, ist es eher in der Kompetenz des Stadtrates, und wenn es innerhalb des jetzigen Rahmens ist, ist es beim Parlament. Ich vertraue unserem Stadtrat, dass er diese Voten heute gehört, dass er zugehört hat, und ich freue mich auf eine Reglementsänderung.

Beschluss

Mit 19 : 16 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag der FIKO auf Erhöhung um Fr. 80'000.— zugestimmt.

Seite 76, 5790.3634.00, Projekt SIP

Philippe Ruf: Wir stellen den Antrag, dass wir die Fr. 150'000.— streichen. Wir hatten dies gestern angetönt. Es ist ein Projekt, bei dem versucht wurde, sei es mit Absicht oder ohne Absicht, am Parlament vorbei zu mogeln. Das kostet uns in den nächsten Jahren mehrere hunderttausend Franken. Was wir ursprünglich verlang hatten, ist ein Massnahmenkatalog, bei dem der Stadtpräsident auch zugesichert hat, dass er ins Parlament kommen wird. Entsprechend müssen wir dies jetzt auf jeden Fall zurückweisen und zuerst auf diesen Massnahmenkatalog warten, der auch unserer Anfrage entspricht.

Stadträtin Marion Rauber: Ihr ahnt es. Ich muss natürlich noch kurz zur Fraktionserklärung von Herrn Gemeinderat Matthias Borner von gestern Stellung beziehen. Ich würde einfach gerne zu den sachlichen Vorwürfen, die hier im Raum stehen, Stellung beziehen. Die persönlichen Vorwürfe, die hier noch genannt wurden, lasse ich jetzt weg. Der Vorwurf der SVP war im Wesentlichen, dass es bei der Umsetzung der Motion Känzig um die inhaltliche und geografische Ausweitung ging. Es wurde mir oder uns als Stadtrat vorgeworfen, ein intransparentes Vorgehen gewählt zu haben und ein Verstoss gegen die Geschäftsordnung des Parlaments, Artikel 60 oder 61. Zum Vorwurf der Intransparenz: Jetzt müsst Ihr einfach kurz ein paar Daten über Euch ergehen lassen, damit ich aufzeigen kann, wie das Ganze von Statten ging. Bereits anlässlich der Erheblichkeitsdebatte dieses Vorstosses am 25. Januar 2018 im Parlament hat der Stadtrat im Rahmen der Beantwortung des Vorstosses betont, dass seit März 2017 eine Arbeitsgruppe zum Thema Sicherheit im öffentlichen Raum besteht, die eine breite Palette von Massnahmen geprüft und in einem Zwischenbericht von April 2017 Empfehlungen abgegeben hat. Unter dem Titel „weiteres Vorgehen“ wurde festgehalten, dass die zuständigen Direktionen Bau und Soziales dem Stadtrat Berichte und Anträge zu den Themen Videoüberwachung und SIP vorlegen werden. Ebenso wurde festgehalten, dass „Stadtrat und allenfalls Gemeindeparlament über die vorgeschlagenen Massnahmen entscheiden werden“. Die Motion ist dann dem stadträtlichen Antrag folgend im Sinne der oben aufgeführten Erwägungen und geplanten Vorlagen mit 26 : 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen erheblich erklärt worden. Der geneigte Leser und die geneigte Leserin wussten aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht, wie der Vorstoss umgesetzt werden soll. Insbesondere war auch noch nicht klar, ob es sich bei den genannten Vorlagen um

parlamentarische Vorlagen handeln wird, weil der Vorstosstext dies auch zugelassen hat. Er war sehr offen formuliert. Hingegen war bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass sich die Umsetzung geografisch nicht nur auf den Ländiweg und inhaltlich nicht nur auf die Videoüberwachung konzentrieren wird. Mit der Kreditfreigabe des Stadtrates zur Durchführung einer Sozioanalyse am 19. Februar 2018 hat dann die Umsetzung der Motion angefangen. Am 11. März 2019 ist die Sozioanalyse des Stadtrates zur Kenntnis genommen worden und es sind im Stadtrat in seiner Kompetenz Grundsatzentscheide hinsichtlich Massnahmen gefällt worden. Erstens: Auf eine Videoüberwachung am Ländiweg wird verzichtet, vor allem, weil das Kosten-/Nutzen-Verhältnis uns nicht ausgewogen erschien. Wir hätten rein Fr. 150'000.— für eine Installation ohne Betrieb aufwenden müssen. Das hat die Direktion Bau abgeklärt. Dann hat der Stadtrat entschieden, dass eine konstante Arbeits- und Steuergruppe eingesetzt wird, dass auf eine Erarbeitung eines neuen Sicherheitskonzepts verzichtet wird, dass im Moment kein neues Beleuchtungskonzept erstellt wird, weil in den kommenden Jahren ohnehin bauliche Massnahmen am Ländiweg in Koordination mit dem Kanton anstehen, dass im Sinne der weiteren Öffnungszeiten der Gassenküche auf eine Erweiterung der Leistungsvereinbarung mit der Suchthilfe Olten Ost verzichtet wird. Jetzt kommt, was Euch interessiert. Betreffend Projekt SIP wird für eine Pilotphase von drei Jahren ein Bericht und Antrag an das Parlament ausgearbeitet, in der Annahme, dass diese Pilotphase Fr. 600'000.— kosten wird. Diese Annahme hat sich auf die Sozioanalyse, die mit Kosten von Fr. 150'000.— bis Fr. 200'000.— gerechnet hat, gestützt. Im Rahmen und Prozess der Ausarbeitung dieses Kreditantrags für die Pilotphase ist in Erfahrung gebracht worden, dass man auch mit Fr. 150'000.— eine sinnvolle Pilotphase durchführen kann, und der Stadtrat hat aus Kostenüberlegungen am 27. Mai 2019 ein Kostendach von Fr. 450'000.— für die gesamte Pilotphase festgelegt. Er hat beschlossen, den jährlichen Kredit von Fr. 150'000.— mit dem Budget ordentlich zu beantragen und das Parlament detailliert zu informieren. Dies ist wiederum an dieser Informationsveranstaltung und an der Parlamentssitzung im Juni ausführlich passiert. Mehr Transparenz und Detailinformation geht nicht. Es gibt nicht mehr Information zu geben, als wir Euch damals gegeben haben. Durch die Festlegung des Kostendachs von Fr. 450'000.— ist das Geschäft aber automatisch der parlamentarischen Beratung und Einflussnahme entzogen worden, weil die städtische Gemeindeordnung in Artikel 74 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz 2 c lediglich für Beschlüsse über Fr. 600'000.— eine spezielle Beschlussfassung vorsieht. Dieser Umstand hat wohl ein wenig für Verwirrung gesorgt, wie auch die zitierte irrtümliche Aussage von Martin Wey zu meiner Rechten. Gemäss Ausführung des Amts für Gemeinden kann sich eine Motion nur auf einen Gegenstand beziehen, der in den Zugehörigkeitsbereich des Gemeindeparlamentes fällt. Da für den Betrag von Fr. 450'000.— bzw. Fr. 150'000.— jährlich keine separate Beschlussfassung vorgesehen ist, also die Detailregulierung der parlamentarischen Debatte entzogen wurde, handelt es sich in diesem Sinne eigentlich nicht mehr um eine Motion, sondern eher um ein Postulat. Diese Tatsache wird durch den Inhalt der Vorlage bestimmt und nicht durch den Titel oder durch Aussagen oder Beschlüsse einer Behörde. Es muss also festgehalten werden, dass Artikel 60 der Geschäftsordnung des Parlaments nicht verletzt wurde, da er aufgrund der Umstände, gar nicht zur Anwendung gelangt ist. Was ich jetzt hier erzählt habe, ist juristisch abgesegnet. Soweit meine Stellungnahme zur Fraktionserklärung von gestern. Wenn ich schon gerade das Wort habe, etwas Allgemeines zu diesem Budgetposten. Er erscheint zwar in der Direktion Soziales. Dahinter steckt aber ein Stadtratsbeschluss aufgrund einer Empfehlung einer direktionsübergreifenden Facharbeitsgruppe. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Fachpersonen aus den Bereichen Suchthilfe, Sozialdienst, KESB-Verantwortliche, Kantonspolizei, Baudirektion, Abteilung Ordnung und Sicherheit, Verantwortliche der Stadtküche und weitere beratende Organe. Ebenso steht hinter diesem Budgetposten eine nicht unbeachtliche Anzahl von Einwohnern und Einwohnerinnen, Gewerbetreibende und Aufenthalter jeglichen Alters und Gesellschaftsgruppierungen in öffentlichen Räumen von Olten. Sie alle haben nämlich an der Befragung der Sozioanalyse teilgenommen. Dieses Resultat hat wiederum zu diesem Budgetantrag geführt. Noch etwas zum Inhalt: Alle, die sich an mein Votum der Juni-Debatte erinnern können, wissen, dass ich die Rückmeldungen zum ersten provisorischen Pflichtenheft-Entwurf aus den Fraktionen aufgenommen und versprochen habe, sie auch einfließen zu lassen. Sobald dieser Kredit vom Parlament

abgesegnet ist, wird sich die Facharbeitsgruppe, wie ich vorhin erwähnt habe, und nicht der Stadtrat, an die Ausarbeitung der Kriterien für ein Pflichtenheft machen und die öffentliche Ausschreibung definieren. Im Sinne der Effizienz und einem sorgfältigen Umgang mit Personalressourcen wird diese Arbeit aber erst aufgenommen, nachdem die Budgetgenehmigung für das Pilotprojekt auch steht. Da wird auch ein wenig kritisiert, vor allem auch aus meinen Reihen, es müsse eigentlich sozusagen die Katze im Sack gekauft werden. Das mag ein wenig stimmen. Es ist aber manchmal so, dass das Vertrauen auf die Erfahrung und das Wissen der Fachpersonen manchmal auch etwas gefordert ist. Ihr wisst ja, woher der Ausdruck Katze im Sack kaufen stammt. Das heisst eigentlich, man kauft etwas, ohne es vorher zu prüfen. Es kann aber auch heissen, man lässt sich auf etwas Unbekanntes ein. Der Spruch kommt daher, dass früher die Händler auf den Märkten eine wertlose Katze in den Sack stopften, statt irgendein Schweinchen oder Kaninchen oder einen Hasen. Ich kann Euch versprechen, dass dies hier sicher nicht der Fall ist. Wir haben Fachleute, die daran arbeiten werden, und wir können davon ausgehen, dass sie ihren Job richtig machen. Ich habe aber von meinem Stadtratskollegen zu meiner Rechten gelernt, dass Vertrauen gut, Kontrolle aber besser ist. Deshalb kann ich Euch auch anbieten, das ausgearbeitete Pflichtenheft dann zur Vernehmlassung zuzustellen. Ich habe jetzt viel geredet. Aber gleichwohl noch abschliessend: SIP ist in mehreren Städten eine Erfolgsgeschichte. Der Stadtrat ist überzeugt, dass zwischenmenschlicher Dialog und Begegnungen für ein friedlicheres Zusammenleben zielführender sind als polizeiliche Interventionen und Repressionen. Das Gemeindeparlament von Olten kann jetzt darüber befinden, ob Ihr dies wollt oder nicht. Ihr könnt zu diesem Budgetantrag ja oder nein stimmen. Danke vielmals.

Christian Werner: Inhaltlich hat Philippe Ruf unseren Antrag bereits begründet, und ich möchte jetzt deshalb einfach noch spontan zwei, drei Sachen sagen, bezugnehmend auf die Ausführungen von Stadträtin Marion Rauber. Ich staune, wenn ich ihr zuhöre, und ich finde, sie hat jetzt gerade unter Beweis gestellt, dass wir einfach ein Problem von fehlendem politischen Fingerspitzengefühl haben. Da hat es einfach einen ellenlangen Text, den sie, das behaupte ich jetzt einmal, nicht selber geschrieben hat, vorgetragen. Es ist überhaupt niemandem gedient, erst recht nicht der politischen Streitkultur. Wenn wir einfach kurz noch einmal zurück zu den Fakten gehen, und da bitte ich jetzt einfach auch diejenigen, die immer schon den Kopf schütteln, wenn ich die ersten zwei, drei Worte gesagt haben, sich kurz zu überlegen, wie sie selber umgehen würden, wenn es sie betreffen würde. Es ist jetzt auch davon gesprochen worden, dass unser Auftrag extrem offen formuliert gewesen sei. Von mir aus gesehen ist es überhaupt nicht offen, weil der Stadtrat vom Parlament beauftragt wurde, ich zitiere, „dem Parlament einen Massnahmenkatalog zu unterbreiten, welcher die Sicherheit im Gebiet des Ländiwegs baldmöglichst gewährleistet“, dem Parlament einen Massnahmenkatalog zu unterbreiten. Was es hier zu interpretieren und zu deuten gibt, verstehe ich nicht, liebe Marion, verstehe ich wirklich einfach nicht, und ich glaube, ich bin nicht der Einzige. Wenn ich mich herumgehört habe, was hinter vorgehaltener Hand auch von anderen gesagt wurde, was wir aber heute natürlich wahrscheinlich nicht hören. Umso krasser finde ich das Vorgehen, weil man ja nachher eigentlich im Sommer bezugnehmend auf die Frage, die ich damals gestellt habe, ob diese Vorlage kommen wird, explizit gesagt hat, jawohl, diese Vorlage wird kommen, selbstverständlich wird sie kommen. Das hat einer gesagt, der etwas mehr politisches Fingerspitzengefühl hat, und das war mitnichten ein Irrtum. Es war nämlich einfach die Vernunft, und es war auch dem stadträtlichen Protokoll entsprechend. Ich komme noch kurz auf den Aufzug aus dem Protokoll des Stadtrates von Olten vom 27. Mai zu sprechen. Dort schreibt der Stadtrat selber, ich zitiere: „Mit Beschluss vom 25. Januar 2018 wurde die Motion erheblich erklärt“. Jetzt musst Du zuhören. „Innerhalb von zwei Jahren, das heisst bis spätestens Januar 2020 ist somit dem Parlament eine Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen“. „Dem Parlament eine Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen“. Das habt Ihr nicht gemacht. Das habt Ihr bewusst nicht gemacht. Dann sagt es wenigstens auch und steht dazu. Ich glaube, es versteht hier jeder und jede, dass wir uns als eigentlicher Anstossgeber dieses ganzen Prozesses einfach nicht ernst genommen fühlen und sicher nicht mit dem, was jetzt aus diesem Vorstoss passiert ist, einverstanden sein können. Wir hätten erwartet, dass man im November, wie dies der

Stadtpräsident versprochen hat, hier eine Vorlage mit einem Massnahmenkatalog hat. Dann hätte man nämlich politisch diskutieren können, was wollen wir? Ich kann mich gut erinnern, hat im Sommer zum Beispiel auch Daniel Kissling kritisiert, dass man gewisse Massnahmen, die man andiskutiert hatte, nachher nicht weiterverfolgt hat. Es geht ein wenig in das gleiche Thema, was Felix Wettstein gestern gesagt hat, dass man einfach so etwas in voreilem Gehorsam ein wenig etwas prüft und es dann aber gleichwohl nicht richtig macht und danach wieder sein lässt. Ihr hattet einen klaren Auftrag und habt es nicht gemacht. Hättet Ihr es gemacht, könnten wir hier eine offene Debatte darüber führen, welche Massnahmen das Parlament möchte. Dass meine Meinung nicht mehrheitsfähig wäre, ist schon mir klar. Da bin ich genug schlau, damit ich dies einschätzen kann. Aber das Parlament hätte hier Massnahmen diskutieren können sollen. Das wäre Euer Auftrag gewesen. Das ist eine bewusste Arbeitsverweigerung, die Ihr gemacht habt. Für mich ist dies mangelnde Führung, mangelndes Fingerspitzengefühl und am Schluss des Tages auch mangelnder Respekt gegenüber dem Parlament.

Dr. Christine von Arx: Ich denke, bei dieser Diskussion werden immer zwei Sachen miteinander vermischt. Man hat diese Motion, die erheblich erklärt wurde. Ich sage es noch einmal. Ich habe es das letzte Mal schon gesagt. Ich war gegen die Erheblicherklärung. Aber sie ist erheblich erklärt worden. Man muss mit ihr irgendwie umgehen. Es muss eine Antwort kommen, und man muss das Projekt SIP nehmen. Es wird vom Stadtrat auch immer mit dieser Motion verknüpft, muss aber nicht zwingend etwas damit zu tun haben. Der Stadtrat hätte selber auf die Idee kommen können, wir machen eine SIP, wir wollen das Geld, sowie sie es gemacht haben, unabhängig von der Motion. Deshalb denke ich, dass man die jetzt auch in dieser Diskussion voneinander trennen muss. Jetzt einfach einmal zum Antrag: Man will die Fr. 150'000.— für die SIP streichen, mit der Begründung, dass dies nicht die Antwort auf die Motion ist. Ich denke, so einfach kann man es nicht machen. Man kann für oder gegen dieses Projekt SIP sein. Auch wir haben unsere Bedenken in der letzten –Diskussion geäussert, gerade auch wegen des Pflichtenhefts, in dem es Sachen hatte, die rechtlich schon gar nicht möglich sind. Das war so der Hauptkritikpunkt von uns. Wenn man sagt, man will eine Antwort auf diese Motion, dann, ja, müsst Ihr darauf beharren, dass es eine Antwort auf diese Motion gibt. Auch hier haben wir gesagt, es gäbe bauliche Massnahmen, es gäbe Beleuchtung, es gäbe noch andere Sachen, wie die Videoüberwachung, gegen die wir ja von Anfang an waren. Ich denke, das hat nichts miteinander zu tun, und ich würde es eigentlich schade finden, wenn man jetzt einfach sagen würde, wir beerdigen diese SIP, nur, weil es nicht die Antwort auf die Motion ist. Man kann sagen, es fehlt eine Antwort auf die Motion, und die SIP trotzdem gut finden. Das wäre eigentlich der richtige Weg, dass man es jetzt einfach einmal auseinandernimmt. Ja, wir haben diese Kritikpunkte gegenüber dieser SIP geäussert, gerade auch wegen dieses Pflichtenheftes. Da möchte ich einfach nur sagen, dass dieses Pflichtenheft ja schon von diesen Fachleuten, die es jetzt wieder anschauen sollen, erarbeitet wurde. Ich hoffe wirklich, dass unsere Kritikpunkte mit diesen Ausweiskontrollen und diesen eher schon polizeilichen Befugnissen jetzt wirklich angekommen sind und dass das neue Pflichtenheft nicht mehr so aussieht. Insofern würde ich es gut finden, wenn man uns dies, auch wenn wir die Kompetenz nicht haben, zur Vernehmlassung zustellen würde, damit wir uns konsultativ dazu äussern können.

Daniel Kissling: Ich kann mich beiden, der Vorrednerin und dem Vorredner, anschliessen, sowohl Christian wie Christine. Die SIP hat viel zur reden gegeben. Sie hat extrem viel zu reden gegeben, und es bei allen Themen, die in diesem Raum viel zu reden geben, besonders wichtig, dass man es dann sauber aufgleist. Wir haben das Protokoll noch nicht. Aber ich kann mich daran erinnern, dass wir in der letzten Sitzung gesagt haben, okay, jetzt brechen wir die Diskussion ab, unter anderem, weil es geheissen hat, wir dürfen noch einmal darüber reden, wir dürfen es noch einmal diskutieren, auch das Pflichtenheft. Das war ein Grund, weshalb wir es am Schluss so gemacht haben, wie wir es gemacht haben. Mit diesem Versprechen haben wir die Diskussion beendet und nicht, weil wir gesagt haben, macht dies jetzt. Das war halt, auch wenn es ein Fehler war, der Grund, weshalb wir jetzt an dem Punkt sind, an dem wir sind. Dann kann ich einfach auch nicht zustimmen. Wir haben bei uns in der Fraktion eine geteilte Meinung, was die SIP an sich betrifft. Ich bin immer noch

sehr kritisch eingestellt, gerade, weil man sieht, welche Diskussionen in anderen Städten immer losgetreten werden, in alle Richtungen, von links und von rechts. Von einer zweiten Sozialhilfe bis zu einer zweiten. Polizei wird die SIP kritisiert. Das müssen wir in diesem Fall gut anschauen. Sonst haben wir ziemlich bald den Fall, dass wir das Geld gesprochen, die SIP eingeführt haben und nachher jedes halbe Jahr an dieser SIP herumkritisieren, herumdoktern. Nachher gibt es sie plötzlich wieder nicht mehr, und wir haben viel Geld für ein Projekt, mit dem am Schluss niemand zufrieden ist, ausgegeben.

Simon Muster: Ich möchte einfach kurz etwas sagen. Wenn Philippe geredet hätte, und das wäre es hier gewesen. Er hat mir nachher zugewinkt, und ich war einer, der hinter vorgehaltener Hand gesagt hat, dass ich nein sagen werde und ich werde auch nein stimmen. Aber, Christian, Du kannst nicht verlangen, dass die Leute nicht die Augen verdrehen und nicht den Kopf wegdrehen, wenn Du so respektlos mit einer Stadträtin redest. von jemandem, der sich an der letzten Sitzung im Ton vergriffen hat. Das ging jetzt gar nicht. Das war extrem von oben herab. Ich finde, egal, ob man das Projekt anders hätte aufgleisen können, dass man andere Transparenz versprochen hat, das stimmt alles. Aber so verhinderst Du, was Du mir gestern hinten gesagt hast, über die Gräben mit Dir zusammenarbeiten. Wie will ich mit Dir zusammenarbeiten, wenn Du so über ein Exekutivmitglied redest und dermassen von oben herab sprichst und kein Wort darüber verlierst, dass es eigentlich in diesem Fall der Stadtpräsident war? Es geht ja nicht darum, irgendjemandem die Schuld zuzuschieben. Aber Du verkrampfst Dich darauf, dass es unbedingt Marion sein musste und von oben herab, völlig respektlos. Ich werde nein stimmen. Aber das ist nicht eine Zustimmung zu Eurem Votum oder besser gesagt zum Votum von Philippe, aber nicht zu Eurer Fraktionserklärung und sicher nicht zur Art, wie Du Politik machst.

Felix Wettstein: Ich habe einen Klärungsbedarf, bei dem ich ziemlich sicher unsere juristische Beratung im Raum brauche. Artikel 23 der Gemeindeordnung regelt die Sachgeschäfte oder die Zuständigkeitsgrenzen der Sachgeschäfte, und es handelt sich hier meiner Meinung nach hier definitiv um ein Sachgeschäft, ein einmaliges, auch wenn es auf drei Jahre verteilt ist, weil es als Projekt deklariert daherkommt, bei dem man die Gesamtkosten berechnen kann und es tut und nachher einfach auf drei Jahre verteilt. Bei einem Sachgeschäft, das einmalig mehr als Fr. 400'000.— ausmacht, ist das Gemeindeparlament die Instanz, die man mit einer separaten Vorlage bedienen muss. Ich komme tatsächlich zum Schluss, dass diese Grenze eben nicht bei Fr. 600'000.—, sondern bei Fr. 400'000.— ist, gestützt auf Artikel 23, in Kombination mit Artikel 74, der heisst, beim Budget braucht es gesonderte Beschlussfassung, wenn diese Schwelle an den anderen Orten im Reglement festgelegt, überschritten ist. Ist meine Interpretation falsch, Rechtskonsulent?

Dr. Patrik Stadler: Wenn dieses Sachgeschäft allein während des Jahres beantragt wird, ist es ganz klar, dass über Fr. 400'000.— in der Kompetenz des Parlamentes liegen. Das ist so vorgeschrieben. Wenn es aber im Rahmen des Budgets steht, und das sind die Artikel, die Marion vorhin zitiert hat, ist die Debatte erst ab Fr. 600'000.— möglich. Dann gibt es erst ab Fr. 600'000.— eine separate Vorlage. In Artikel 74 steht: „Für die Beratung des Budgets durch das Gemeindeparlament sind Anträge, die über der anschliessenden Finanzkompetenz des Gemeindeparlamentes liegen, besonders zu traktandieren und zu behandeln“. Das ist mit dem Hintergrund, dass man, wenn man im Rahmen der Budgetdebatte über einen solchen Betrag diskutiert, eine Gesamtsicht hat, und damit es ein wenig effizienter ist, hat man gesagt, man setzt die Grenze dort hinauf. Wenn es ein Einzelantrag ist, der unter dem Jahr kommt, wird es selbstverständlich separat behandelt.

Felix Wettstein: So löst sich für mich eben tatsächlich auf, was ich bis jetzt auch meinte, nämlich der Stadtpräsident hatte schon recht zu sagen, weil wir dies ja unter dem Jahr, nicht an der Budgetdebatte als Einzelprojekt hatten, so wie es Christine vorhin richtig erklärt hat. Wir haben dort wirklich die Entscheidung getroffen, fänden wir das dreijährige Projekt SIP etwas Gutes, und ich habe auch zu denjenigen gehört, die dies gut fanden. Dann haben wir

gehört, es wird ja sowieso eine Vorlage dazu geben. Schon damals war bekannt, dass es über Fr. 400'000.— sind. Das wäre ja ein ganz eigenartiger Exekutiv-Schachzug, sage ich jetzt einmal, und das kann nicht der Wille derjenigen, die damals der Gemeindeordnung zugestimmt haben, gewesen sein, dass man sagt, aha, wenn die Exekutive den Braten riecht, dass etwas zwischen Fr. 400'000.— und Fr. 600'000.— liegt, kündigt sie es zwar an, aber formell bringt sie es dann im November. Dann muss sie dies gar nicht mehr zu einer Vorlage machen. Das kann es irgendwie nicht sein. Ich denke, wir haben das Recht auf eine eigene Vorlage.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich glaube, wenn man fünfmal zitiert wird, ist Zeit, dass man auch etwas zu diesem Geschäft sagt. Ich kann mich sehr gut erinnern, als dies hier im Rat behandelt wurde und zwar sehr kontrovers. Ich möchte aber gerade vorweg auch festhalten, dass der Stadtrat von dieser Vorlage absolut überzeugt ist, auch von der Notwendigkeit. Der gute Wille war vorhanden, Euch auch rechtzeitig zu orientieren. Deshalb haben wir auch diese Informationsveranstaltung gemacht, die meine Kollegin gekonnt durchgeführt hat. Tatsächlich ist dieses Geschäft in einer Art auseinandergenommen worden, dass ich sagen muss, als Stadtpräsident musste ich schauen, dass dieses Geschäft nicht völlig auseinanderbricht, weil wir überzeugt waren, dass es ein wichtiges Geschäft ist. Es ist etwas, das die Stadt Olten braucht. Tobias hat mir einmal gesagt, hast Du die Kuh vom Eis geholt? Es war tatsächlich eine Diskussion, die wir auch nicht mehr kontrollieren konnten. Aus dieser rechtlichen Überzeugung, die Du, Felix, auch gesagt hast, dass eben ab Fr. 400'000.— eigentlich darüber entscheiden muss, war ich unter anderem auch der Meinung, es kommt ins Parlament, nebst dem, dass es natürlich auch noch viele Diskussionen gab. Es ist so, dass, wenn man es mit dem Budget ins Parlament hineinträgt, tatsächlich keine spezielle Vorlage gemacht werden muss. Das ist aber nicht mit der neuen Gemeindeordnung so. Patrik, Du musst mich sonst korrigieren. Das war auch schon vorher so. Wir haben dort tatsächlich eine Spannbreite von Fr. 200'000.--, die das Parlament wirklich in diesem Sinne ohne fakultatives Referendum beschliessen kann. Es tut mir leid, dass ich dort so eingegriffen habe. Es ist eine Lehre, dass ich nicht in ein Geschäft einer Kollegin eingreifen möchte. Ich wollte es dort wirklich in aller Offenheit strukturiert abgehandelt haben. Die Situation, die wir jetzt haben, ist tatsächlich nicht schön. Wir sind aber nach wie vor auch überzeugt und unterstützen Marion auch in der Absicht, dass eine solche SIP notwendig ist, und bitten Euch dadurch auch, diesen Streichungsantrag abzulehnen. Wenn Ihr ihn ablehnt, sagt Marion, wie es weitergeht.

Beat Bachmann: Ich spreche für die CVP/EVP/GLP-Fraktion, jetzt zum Projekt und nicht zur Vorgeschichte und zur Motion. Wir hatten im Juni in diesem Saal eine Präsentation über ein SIP-Projekt. Die SIP ist aufgrund dieser Sozioanalyse vorgeschlagen worden. Dazu haben wir von guten Erfahrungen mit einer SIP aus Langenthal gehört. Es geht darum, mit regelmässigen Rundgängen, durch Gespräche und Moderation und wenn nötig mit Unterstützung durch die Polizei für mehr Sicherheit und Ordnung zu Gunsten der Passanten und auch zu Gunsten des Gewerbes, das in der Innenstadt schon lange auf eine verbesserte Situation wartet, zu sorgen. Es geht dabei eben nicht nur um den Ländiweg, sondern um alle Brennpunkte in der Innenstadt, von der Kirchgasse, Chilestäge, Salzhüslweg, Ländiweg, bis zur Trottermatte. Weil ja beim Bahnhofquai wieder Bauarbeiten anstehen, wird der Ländiweg so auch wieder zur Baustelle und vermutlich weniger ein Problem sein. Als CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützen wir das SIP-Projekt und möchten diesem Pilot eine Chance geben und dann in einem Jahr von ersten Erfahrungen hören. Wenn wir dies jetzt wieder streichen, wird bezüglich der Sicherheit alles verzögert und es geht nichts Konkretes weiter. Aus diesem Grund lehnen wir die Streichung als Fraktion ab.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte zuerst etwas Formales sagen. Zur Sache mit den Grenzen von Fr. 400'000.— und Fr. 600'000.—: Ich war ja in der Kommission, welche die Überarbeitung der Gemeindeordnung begleitet hat, und bin ganz sicher, das hat man damals diskutiert und dann wurde auch ganz klar gesagt, dass, was jetzt gemacht wird, nicht passieren darf. Ich kann mich gut erinnern, dass es die Absicht war, dass man dies eigentlich genau nicht will. Ich bin aber nicht mehr ganz sicher, wie es dazu kam, dass der Text nachher so gekommen

ist, wie er jetzt in der Gemeindeordnung steht. Aber genau das war die Absicht, dass man dies eben nicht will, dass man mit den Fr. 600'000.— nicht eine Vorlage, die eigentlich als Vorlage vorgesehen war, umgehen kann. Das wurde dort diskutiert und war die Absicht. Ich kann nicht nachvollziehen, wie es genau dazu kam. Aber da bin ich mir sicher, dass dies das Thema war. Einfach als formaler Aspekt. Jetzt noch etwas Politisches: Ich finde es natürlich vom Stadtrat überhaupt politisch nach wie vor nicht geschickt, dass man es so macht. Wir haben es schon ein paar Mal gesehen, es ist eine heikle Frage. Es ist etwas, über das man gerne diskutieren will. Ich kann nicht nachvollziehen, wieso man nicht einen Weg sucht, bei dem man im Parlament noch einmal die Möglichkeit hat, über die Art und Ausprägung zu diskutieren.

Felix Wettstein: Ich möchte einen Vorschlag zur Güte machen und hoffe, dass es so verstanden wird. Wenn jetzt eine Mehrheit diesen Betrag drin lässt, ich würde ihn gerne drin lassen, dass wir vom Stadtrat gemeinsam die Zustimmung haben, dass wir bis im Januar eine eigenständige Vorlage haben werden. Wenn es dann tatsächlich zu einem Nein käme, dann haben wir halt im nächsten Jahr etwas nicht auszugeben, das wir budgetiert haben. Materiell ist es wirklich ganz blöd, dass wir jetzt ausser einer Zahl von Fr. 150'000.— überhaupt nichts mehr haben. Das Stichwort Pflichtenheft ist angesprochen worden. Selbstverständlich sind wir nicht Redaktionsgruppe für ein Pflichtenheft. Aber in Kenntnis dessen, was wirklich damit verbunden sein soll, wäre Dezember zu steil. Das ist klar. Aber meine Einschätzung ist, dass Januar möglich sein müsste, und das wäre mein Vorschlag, dass wir im Fall einer jetzigen Beibehaltung des Betrags, wie er im Budget steht, trotzdem die eigenständige Vorlage für das dreijährige Projekt erhalten würden.

Stadträtin Marion Rauber: Es liegt mir fern, irgendetwas am Parlament vorbei zu schmuggeln oder gewisse Voten die jetzt hier gefallen sind. Es macht ja für mich keinen Unterschied. Ich hätte den Text, den ich Euch im Juni abgegeben habe, in eine Vorlage verpacken können und am Schluss von Euch über den Beschlussesantrag abstimmen lassen können. Es ist einfach so. Ihr müsst mich richtig verstehen. Als Stadträtin mit einem 30-Prozent-Pensum, Nichtjuristin, verlasse ich mich manchmal auch auf Empfehlungen anderer Leute, die mir sagen, wie die Vorgehensweise ist. Ich bin jetzt davon ausgegangen, wenn dies nicht Finanzkompetenz des Parlaments ist, kann ich dies in diesem Sinne gar nicht als Bericht und Antrag so bringen. Aber wenn ich dies bringen kann, obwohl die Finanzkompetenz beim Stadtrat ist ... Das müsste mir jetzt Patrik Stadler beantworten.

Dr. Patrik Stadler: Wenn jetzt der Beitrag im Budget bleibt, müsste man sich überlegen, was man dann beantragt. Was wird dann der Beschluss sein, der im Januar, Februar oder März des nächsten Jahres gefällt wird. Die Fr. 150'000.— sind schon bewilligt. Den Leistungsauftrag, den man machen würde, muss man dann unter Umständen unter Vorbehalt machen, weil eben nur Fr. 150'000.— bewilligt sind. Das haben wir auch schon einmal gemacht. Das geht an sich auch. Dann könnte man den Versuch an sich den Versuch auf vier Jahre hinaus machen. So hätten wir dort wieder Fr. 450'000.—. Dann hätten wir einen rechtlichen Beschluss. Sonst müsste man ja den Beschluss nur auf Fr. 350'000.— festlegen, und so wäre es nicht mehr eine separate Vorlage, die hier behandelt wird. Die Frage ist etwas, was beantragen wir nachher, was beschliesst das Parlament nachher?

Parlamentspräsident Daniel Probst: Merci, Patrik. Das hat jetzt schon etwas konstruiert getönt.

Matthias Borner: Juristisch bin ich jetzt auch nicht nachgekommen. Erstens einmal möchte ich mich auch für die differenzierte Aufnahme dieser Diskussion von allen Seiten sehr bedanken. Von unserer Seite: Wenn man die SIP nicht mit unserer Motion in Verbindung gebracht hätte, weil es damit einfach nur sehr begrenzt zu tun hat, hätten wir niemals eine Fraktionserklärung gemacht und uns auch nicht so gewehrt. Das war eigentlich der Hauptgrund. Ich finde es jetzt halt schon sehr problematisch. Damals, als wir dies diskutiert haben, war es ja der linken Seite zu interventionistisch, und sie hatte juristische Probleme, dass man dies quasi wie eine Art Polizei neu aufbaut. Auf unserer Seite war die Kritik mehr,

jetzt haben wir die Stadtpolizei der Kantonspolizei übergeben und schaffen nun wieder ein neues Gefäss, das ähnliche Aufgaben hat. Das ist eigentlich auch komisch. Du hast vorhin gesagt, wir machen eine Vernehmlassung. Aber ich finde, das ist wirklich die falsche Reihenfolge, dass man zuerst das Geld spricht und nachher eine Vernehmlassung macht. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir sie jetzt streichen, und im nächsten Jahr wird ein Bericht kommen, so wie es uns damals versprochen wurde. Dann kann man darüber diskutieren, und das hat nichts mit unserer Motion zu tun. Dann verhalten wir uns auch nicht mehr so blöd. Merci.

Stadträtin Marion Rauber: Nur etwas möchte ich noch sagen, lieber Matthias. Ob Dir dies gefällt oder nicht, aber Eure Motion war der Anstoss, dass wir nachher dieses Thema so fundiert erarbeiten konnten. In dieser Arbeitsgruppe hat man sich einfach entschieden, die Flughöhe etwas höher anzusetzen und etwas weit über den Ländiweg hinaus zu schauen. Aber eigentlich haben wir diesen Vorschlag dank Euch hier drin. Ich weiss, dass Euch diese Vermischung nicht gefällt. Aber manchmal muss man auch ein wenig über den Gartenzaun hinausschauen. Das haben wir jetzt halt vielleicht für Euch etwas zu sehr gemacht.

Beschluss

Mit 24 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag der SVP auf Streichung um Fr. 150'000.— auf null zugestimmt.

Seite 78, 6150.3144.02, Unterhalt Bushaltestellen

Parlamentspräsident Daniel Probst: Es geht darum, dass dieser Posten um Fr. 50'000.— auf neu Fr. 85'000.— erhöht wird. Gezeichnet ist dieser Antrag von Ernst Eggmann.

Felix Wettstein: Ich habe mit Ernst Eggmann, Fast-Nachbar, abgemacht, dass ich dies vertreten werde. Wir beide benützen, wenn wir einen Bus besteigen, die gleiche Bushaltestelle. Es ist tatsächlich so, dass bei der Haltestelle Stadthalle stadteinwärts, dort, wo man auf der ungeschützten Seite steht, gerade an der Ecke vor dem Fussballplatz, mittlerweile eine hohe Frequenz besteht. Ein recht grosses, gewachsenes Quartier ist mit dieser Haltestelle bedient. Wenn man hinausfährt, muss man selten dort einsteigen, und wenn, hat man einen Unterstand. Aber diejenigen, die stadteinwärts fahren, müssen halt meistens vielleicht gleichwohl noch kurz ein wenig warten, bis der Bus kommt. Es ist ein ganz gescheiter Ort, um dort ein gedecktes Bushäuschen zu erstellen, wenn man dieses Thema ja auch etappiert angehen muss und nicht alles aufs Mal machen kann. Von der Frequenz und der Exposition her ist dies ganz klar vordringlich. Ich möchte daran erinnern, dass wir, wenn wir den siebenjährigen Finanzplan anschauen, ja sowieso im Sinn haben, in die Bushäuschen regelmässig zu investieren. Bis jetzt ist einfach 2020 noch mit null und das Jahr darauf dann mit Fr. 100'000.— eingesetzt. Die Auswirkung einer Zustimmung wäre jetzt, dass dies einfach ein wenig verteilter sein würde, das heisst insbesondere das nächste Jahr schon anfangen wird.

Heinz Eng: Ich habe die Petition auch unterschrieben. Das ist okay. Man muss einfach Folgendes bedenken: Ich nehme jeden Morgen um 05.45 Uhr den 503er-Bus vom Meierhof an den Bahnhof. Ich steige an der Fustlighalde ein und finde keinen Sitzplatz mehr. Dieser Bus ist bereits voll, und an all diesen Stationen, sei es Fustlighalde, sei es Maienstrasse, sei es Reiserstrasse usw., hat es kein Bushäuschen. Wir werden nass. Dafür haben wir Schirme etc. Es muss einfach etwas eine Ausgewogenheit von rechter und linker Stadtseite sei, und das weckt nachher auch Anschlussbegehren. Auch das muss man sehr gut etwas differenzieren. Ich möchte hier einfach die Lanze für die rechte Stadtseite brechen, gerade das Fustlig-Quartier, Meierhof usw. diese Bushäuschen nicht oder noch nicht hat.

Muriel Jeisy: Ich möchte sagen, dass wir diesen Antrag auch unterstützen werden. Wir finden es neben dem Quartier, wo es eben Bewohner gibt, die sehr darauf angewiesen sind, dass sie unterstehen können, auch im Zusammenhang mit den Anlässen wichtig, die sowohl

dort oben in der Stadthalle stattfinden, Fussball, Kleinholz, Leichtathletik, wo es wirklich wichtig ist, wo von jung bis alt mit Einschränkungen und ohne alle da sind. Gerade diejenigen, die eben nicht gut zu Fuss sind, sind besonders auf den Bus angewiesen und sie sollten auch sitzen können. Ich möchte einfach auch aus eigener Erfahrung sagen, wie dankbar ich damals auch war, als es beim Bahnhof, beim D1, endlich ein Bushäuschen gab. Als ich nämlich selber im Frühling an Krücken auf den Bus angewiesen war und eigentlich nicht wusste, wie ich dort hinüberspringen und drinnen stehen soll. Es ist zwar dann leider erst fast gekommen, als ich bald wieder Velofahren konnte. Deshalb möchte ich doch sehr ans Herz legen, dass dies umgesetzt würde.

Urs Knapp: Vielleicht etwas eine Lustbremse. Ist dies nicht ein Betrag, den man im Investitionsbudget aufnehmen müsste? Normal sind alle Bushaltestellen im Investitionsbudget und nicht in der laufenden Rechnung.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Felix Wettstein hat den Rechtskonsulenten gefragt.

Felix Wettstein: Ich habe den Finanzverwalter gefragt, und er konnte mir genauso glaubhaft, wie es wahrscheinlich der Rechtskonsulent machen würde, Auskunft geben. Da sind wir jetzt tatsächlich in dem Betrag, dass man es, auch wenn wir im nächsten Jahr irgendwie tranchiert ist, unter Fr. 100'000.— sind, im Rahmen der laufenden Rechnung verbucht oder schon kontiert.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich habe volles Verständnis für dieses Anliegen und auch für diesen Bedarf. Es ist so, dass wir in den letzten Jahren mit diesen Bushäuschen bewusst etwas zurückgefahren sind. Es war eine Sparmassnahme. Wir haben auch weitere Anfragen nach solchen Häuschen. Ich habe hier gerade einen Brief von Frau A.W. aus Olten, Langhag-strasse, die eigentlich genau die gleichen Forderungen und den gleichen Bedarf hat. Viele Leute, auch Gehbehinderte, die hier ein Bushäuschen haben möchten. Ich habe gesagt, ja, wir nehmen dies ab 2021 in den Plan auf. Man kann es auch vorziehen. Wir haben jetzt in diesem Jahr einfach sehr viel für das Bushaus am Bahnhof ausgegeben. Das war eine halbe Million Franken. Deshalb auch etwas gestaffelt, wieder einmal eine Pause und 2021 wieder starten. Aber ich habe Verständnis. Es ist ein Bedarf vorhanden. Wenn diese Bestellung kommt, liefern wir dies auch sehr gerne aus. Vielleicht wäre es dann gleich gescheit, man würde Fr. 90'000.— sprechen. Das ist noch in der Erfolgsrechnung, laufenden Rechnung enthalten. Mit dem Mengenrabatt könnte man dann auf der linken und rechten Stadtseite gleich zwei erstellen. Dann macht man halt 2021 eine Pause und würde es so verschieben. Oder Ihr gebt uns die Kompetenz. Es ist ja ein Betrag auf das Konto, dass wir uns mit der BOGG absprechen, wo die Frequenzen und der Bedarf am Grössten sind.

Beschluss

Mit 30 : 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag auf Erhöhung um Fr. 50'000.— auf Fr. 85'000.— zugestimmt.

Seite 90, 7900.3132.00, Honorar externe Berater, Experten

Tobias Oetiker: Wir haben gestern die Motion zur Planung einer CO2-Neutralität in Olten erheblich erklärt, und der Stadtrat hat in seiner Antwort auf diese Motion auch dargelegt, dass bei der Planung Beratungskosten im Rahmen von Fr. 40'000.— anfallen würden. Dieses Geld müsste ja dann irgendwie vorhanden sein, damit man es ausgeben kann. Deshalb schlage ich vor, dass wir das Budget für solche Beratungskosten um Fr. 40'000.— erhöhen, damit der Stadtrat dies dann auch zahlen kann.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: In Absprache mit dem Baudirektor: Die Motion ist tatsächlich überwiesen worden. Sie hat gewisse Kosten zur Folge. Wir wissen noch nicht wie hohe. Das erlaubt uns aber mit der Überweisung dieses Vorstosses, dass wir in unserer Kompetenz einen Nachtragskredit machen. Entweder nehmt Ihr es jetzt hier auf oder wir

lösen es einfach dann, gestützt auf die überwiesene Motion, aus und stellen einen Nachtragkredit ein. Ihr könnt selber wählen, was Ihr wollt.

Heinz Eng: Merci, Martin. Du hast noch eine dritte Lösung vergessen, indem Ihr den Kredit mit Fr. 100'000.— einhaltet. Wenn Du nämlich in der Rechnung 2018 schaust, ist dieser Kredit ausgeschöpft worden. Wenn ich dies richtig lese, zu Fr. 78'000.—. Dort gibt es bereits noch Fr. 22'000.— Differenz oder ein Delta. Ich nehme jetzt an, 2019 wart Ihr auch einigermassen sparsam. Ergo werden diese Fr. 40'000.— eine Ziellandung um die Fr. 100'000.— haben. In diesem Sinne braucht es diesen Antrag gar nicht. Ich werde ihn ablehnen.

Simon Muster: Ich habe wirklich nur eine Verständnisfrage. Macht es tatsächlich keinen Unterschied? Ihr habt ja für die Umsetzung einer Motion zwei Jahre Zeit. Wenn wir das Geld jetzt sprechen würden, würde dies irgendeinen Zeitdruck machen oder nicht? Sehr wahrscheinlich nicht. Gibt es wirklich gar keinen Unterschied? Es sind ja schon zwei fundamental andere Sachen, ob wir es sprechen oder ob Ihr einen Nachtragkredit macht.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Die Frage ist, ob der Stadtrat schneller arbeitet, wenn es jetzt im Budget ist.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Nein, man muss auch immer wieder sagen, wenn ein Kredit im Budget aufgenommen wird, verpflichtet uns dieser grundsätzlich ja nicht, ihn auszugeben. Das ist jetzt etwas eine Bösartigkeit, was ich sage. Deshalb beschleunigt es dies nicht, noch verlangsamt es, sondern wenn wir bereit sind, dies auftragsgemäss auszulösen, werden wir dies auslösen, ob wir jetzt Heinz folgen oder nicht.

Beschluss

Mit 18 : 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag auf Erhöhung von Fr. 100'000.— auf Fr. 140'000.— zugestimmt.

Seite 110, 3290.5040.001, Neubau, Sanierung Kunstmuseum

Parlamentspräsident Daniel Probst: Da gibt es zuerst wieder einen Antrag der FIKO auf Reduktion um Fr. 150'000.—.

Urs Knapp: Die FIKO liess sich orientieren, was in diesem Kredit von Fr. 300'000.—, der beantragt ist, genau enthalten ist. Man hat gesehen, es sind zwei Sachen enthalten, die unterschiedlich sind und man hier zusammenfasst. Eine Sache ist, man will für Fr. 150'000.—, man hat etwas weniger gesagt, Fr. 100'000.—, aber man hat jetzt hier Fr. 150'000.— gesagt, einmal abklären, welches Museum, welches Raumprogramm usw. man überhaupt will. Das Zweite ist, dass man an diesem Standort Kirchgasse einen Investorenwettbewerb durchführen will, die Voraussetzung für einen Investorenwettbewerb schaffen und dann durchführen, um dort das Kunstmuseum zu bauen. Die FIKO hat dann gesagt, man müsste dies eigentlich auch im Interesse des Museums trennen, weil es zwei unterschiedliche Sachen sind. Wir müssen zuerst im Parlament entscheiden, welches Museum wir wollen und wo. Der zweite Teil ist nachher, machen wir dies dort? Theoretisch könnte man es machen, das ist in der FIKO auch diskutiert worden, auch wenn man es kürzt, wenn nachher die grosse Einigkeit ist, kann man über einen Nachtragskredit an diesem Ort machen, was ist. Dann verliert man auch nichts. In der FIKO war man aber überzeugt, dass man die Diskussion über den Standort des Museums irgendwann noch einmal führen muss. Wenn man gesehen hat, wie die Stadt sonst gesagt hat, man hat gerade zufälligerweise ein Gebäude, macht man es dort, einmal im Hübelischulhaus. Man muss diese Diskussion sauber führen. Sonst läuft man das Risiko, dass nachher der ganze Prozess sehr verzögert wird. Die letzte Abklärung liegt dort Jahre zurück, wahrscheinlich sogar Jahrzehnte. Von daher hat die FIKO zugestimmt, beantragt, dass man um Fr. 150'000.— reduziert. Man gibt

damit Mittel, um diese Abklärungen vorzunehmen, ein Raumprogramm zu machen, was man braucht. Wenn man darüber Einigkeit hat, kann man dann in einem zweiten Schritt an diesem Ort, wenn man dies dort will, wenn man dies trotz dieser Motion oder dieses Auftrags, noch machen kann, kann man den Investorenbeitrag auslösen. Wie gesagt, kann man dies aus Sicht der FIKO, wenn man nach den ersten Fr. 150'000.— die grosse Einigkeit hat, dann auch mit einem Nachtragskredit machen, so dass man keine Zeit verliert.

Philippe Ruf: Ich stelle einen Gegenantrag zum Antrag der FIKO, dass wir den ganzen Betrag dieser Fr. 300'000.— streichen. Die Begründung ist die genau gleiche wie bei der FIKO. Aber wenn man dies nachher schlussfolgert, kann man nicht einfach sagen, okay, wir geben einmal die Hälfte der Fr. 150'000.—. Es ist effektiv so, das ist bereits eine standortabhängige Planung, und wir müssen zuerst die Diskussion führen, wollen wir ein Kunstmuseum und wollen wir dort ein Kunstmuseum? Dann können wir nicht einfach sagen, okay, wir nehmen einmal die Hälfte weg, sondern dann legen wir jetzt gar noch nichts drein, führen zuerst diese Diskussion und nachher planen wir dies auch. Deshalb stellt die SVP den Antrag auf die ganze Streichung dieser Fr. 300'000.—.

Luc Nünlist: Ich möchte auch noch gerne einen Gegenantrag stellen und zwar auf Erhöhung um Fr. 150'000.—, dass wir die Zwischennutzung des Naturmuseums wieder drin haben.

Daniel Kissling: Wir haben jetzt drei Gegenanträge, einen für Fr. 450'000.—, einen so wie drin, für Fr. 300'000.—, einen für Fr. 150'000.— und einen für null. Es sind im Moment vier verschiedene im Umlauf, wenn ich es richtig verstehe. Ich mache mich für den Antrag der FIKO stark. Ich bin ja immer derjenige, der sich für Kultur einsetzt. Die Sache ist die: Viel wichtiger als dieser Kredit oder dieses Geld ist jetzt, dass wir vorwärts machen müssen, und wir müssen ziemlich schnell vorwärts machen. Eigentlich ist das Kunstmuseum gerade am Zusammenfallen. Eigentlich sind die Bilder dort gerade am Verrotten und damit auch ein grosses Kapital dieser Stadt. Es kann sein, dass das Kunstmuseum ziemlich bald auseinanderfällt. Irgendwie ist die Bereitschaft nicht vorhanden, nicht in diesem Parlament und scheinbar nicht beim Stadtrat, hier vorwärts zu machen. Es wurde wieder jahrelang nicht budgetiert. Beim Haus der Museen sah es so aus, als ob es gerade kommen würde. Bei der ersten Etappe hatten wir das Gefühl, ein Jahr später wird die zweite Etappe kommen. Das ist nicht passiert. Wir müssen es jetzt machen. Wir hätten es schon gestern machen sollen. Ich finde den Antrag der Finanzkommission nicht verkehrt, auch, damit wir wirklich noch einmal überlegen, was wir dort überhaupt wollen. Ich habe auch mit den Museumsverantwortlichen gesprochen. Sie sorgen sich darum, dass es noch ein Hick-Hack gibt, es wieder zehn Jahre dauern wird, bis dies passiert. Sie sind auch mit dem stadträtlichen Vorgehen nicht ganz einverstanden. Das sind Details, die wir dann diskutieren können. Wir müssen etwas tun. Wir müssen vorwärts machen. Aber es ist wichtig, dass wir zuerst wirklich überlegen, was wir wollen, wie es die Finanzkommission gesagt hat. Ich denke, die Fr. 150'000.— sind ein guter Anfang dafür.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte Daniel Kissling mit ein paar zusätzlichen Argumenten unterstützen. Es ist so. Wir müssen jetzt nicht unbedingt vorwärts machen. Für mich ist es etwas schwierig zu beurteilen, ob der Weg mit dem Antrag FIKO mehr hilft, dass es gut vorwärts geht und weniger politische Risiken gibt, oder ob der Weg mit dem Stadtrat derjenige ist, der weniger politische Risiken hat und mehr sicherstellt, dass es vorwärts geht. Ich möchte auf jeden Fall diesen wählen, und dann könnte vielleicht der Stadtrat noch etwas dazu sagen, was weniger politische Risiken hat, aber garantiert, dass es mit dem Kunstmuseum vorwärts geht.

Raphael Schär: Ich habe zum Glück bereits Schokolade gegessen und hoffe, dass alles noch funktioniert. Merci, Luc, für Deinen Input. Ich finde ihn sehr gut und würde Dir beliebt machen, dass wir diesen vielleicht bei Punkt 002, eins weiter unten, hineinnehmen, wo es direkt um das Naturmuseum geht. Dann haben wir nicht ein zu grosses Durcheinander bei Punkt 001. Ich würde nämlich dann sagen, dass ich zum Beispiel Fr. 300'000.— sprechen

würde, mit Fr. 150'000.— Antrag FIKO und Fr. 150'000.— für Deine Idee. Das gibt etwas ein Durcheinander. Deshalb bin ich mit dem Antrag FIKO einverstanden, halbieren, würde aber beliebt machen, bei 002 um Fr. 150'000.— zu erhöhen, damit wir diese Zwischennutzung 2020 angehen können.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Raphael Schär, ich habe vom Stadtschreiber gehört, dass der Posten, den Du vorgeschlagen hast, das Haus der Museen ist. Das hat nichts damit zu tun. Ich würde es nachher so machen, dass ich zuerst allein über die Erhöhung von Luc Nünlist abstimmen würde. Es geht ja wirklich in eine ganz andere Richtung als diese Kürzungen. Dann würde ich die beiden Anträge von Philippe Ruf auf minus Fr. 300'000.— und der FIKO gegenüberstellen.

Luc Nünlist: In meinem Antrag würde es um das Naturmuseum gehen. Raphael Schär hat natürlich in diesem Moment schon recht.

Markus Dietler: Der Kredit unter 002 ist die bauliche Sanierung des Hauses der Museen, das wir am Samstag einweihen werden. Sie ist abgeschlossen. Dort wird es noch eine Abrechnung geben. Es hat nichts mit dem bisherigen Naturmuseum zu tun. 003 ist der Kredit für die Dauerausstellungen, die wir ebenfalls am Samstag einweihen werden. Die beiden haben mit Konradstrasse 7 und nicht mit einem Haus an der Kirchgasse zu tun. Man müsste einen anderen Punkt machen, der gestrichen wurde. Unter 3111.5040 sind die Rückbaukosten. Dort hatten wir einmal Zwischennutzungen drin. Das wurde dann herausgestrichen. Dort müsste man wieder einen neuen machen, müsste halt vielleicht noch sagen, was man dann möchte.

Stadtrat Thomas Marbet: Es wird Euch nicht überraschen, dass ich jetzt nach Anträgen auf Erhöhung und Senkung und Verschiebung eigentlich den Antrag, der in diesem Buch steht, verteidige. Es ist tatsächlich so, dass wir mit diesen Fr. 300'000.— eigentlich zwei Vorhaben haben. Das Eine ist der angesprochene Investorenwettbewerb. Da muss man vielleicht sagen, ja, es ist ein etwas schwieriges Wort. Investorenwettbewerb tönt so etwas wie zum Beispiel ein Verkauf an eine New Yorker Bank. Das ist natürlich nicht damit gemeint. Man könnte fast sagen, dass ein Investorenwettbewerb ein Ideenwettbewerb ist. Es geht um Nutzungen. Es geht um Ideen. Bei einem Ideenwettbewerb geht es darum festzuhalten, wie man zum Beispiel mit der historischen Bausubstanz an der Kirchgasse umgeht. Es ist ja dort immerhin ein Haus, das unter kantonalem Einzelschutz steht. Es geht um die Einordnung dieser Häuserzeile entlang der Kirchgasse. Es geht um den Nutzungsmix, welche Nutzung wollen wir im Erdgeschoss, eine publikumsorientierte Nutzung, vielleicht einen Wohnungsspiegel oben, dazwischen etwas Gewerbe? Es geht um die Qualität für zukünftige Nutzerinnen und Nutzer an dieser Lage in der Innenstadt, an einer sensiblen Lage, und es geht am Schluss auch um die Umsetzung des Raumprogramms des Kunstmuseums und auch darum, Synergien zu suchen. Es ist klar, falls man sich dann einmal, und das ist ein etwas anderes Thema, von einer Liegenschaft trennen möchte, das wird ja noch mit einem Vorstoss, den wir beantworten werden, ein Thema sein, wäre die Idee natürlich, dass man sich zum Beispiel auch eine gemeinsame Erschliessung überlegt. Es macht ja nicht Sinn, in zwei Häusern, die aneinander angebaut sind, zwei Vertikalerschliessungen zu machen. Dort geht es eigentlich um Synergien. Bei der Machbarkeit, das wäre die andere Tranche beim Museum, geht es darum, dass man den Bedarf ermittelt. Was braucht das Kunstmuseum? Es hat ja nicht nur Bilder, es hat auch Kunstgegenstände, es hat Plastiken, Schriften, es hat elektronische Geräte. Es geht darum, wie man dies in einen Betrieb abbildet, den man nachher über 10, 20, 30 Jahre betreiben kann. Es geht darum, wie man mit Museumspädagogik umgeht. Braucht es ein Auditorium? Bei den Museen ganz wichtig: Was macht man mit dem Archiv? Wie ist der Zugang? Wie ist der Schutz? Wie ist die Baugrunduntersuchung? Haben wir hier Altlasten, haben wir Asbest drin wie beim Naturmuseum oder nicht? Welche Bodenbelastungen brauchen wir? Welches Raumklima brauchen wir, Klima im Mikrosinn, Temperatur, Luftdruck, Feuchtigkeit usw.? Das ist eigentlich die Idee der Machbarkeit. Das hatten wir in diesem Posten. Es ist auch klar, dass ein Investorenwettbewerb natürlich nicht Sinn macht, bevor die Frage geklärt ist, ob man

eine Liegenschaft veräussern kann, sei es im Verkauf oder Baurecht abzugeben. Das würde man sicher nicht auslösen können, auch wenn der Kredit hier enthalten ist, bevor diese Frage nicht entschieden ist. Dann würden wir sicher nur die Machbarkeit bezüglich Raumprogramm machen, wie ich es vorhin beim Kunstmuseum erwähnt habe.

Raphael Schär: Ich habe im Budget 2019, Version 1, nachgeschaut. Dort ist es tatsächlich 3111.5040.002, Kosten für Zwischennutzung. Dann wäre der Antrag, dies dort aufzunehmen, und so passt es.

Luc Nünlist: Ich würde den Antrag formell zurückziehen und den anderen, wie wir es jetzt gesagt haben, stellen.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Du musst nicht zurückziehen. Du stellst Deinen Antrag auf Fr. 150'000.—, aber auf das Konto, das man jetzt hier nicht sieht. Das wäre dann 3111.5040.002.

Luc Nünlist: Vielleicht auch nur zum Verständnis: Es ist natürlich nicht einfach so, dass wir Thomas mehr Geld geben, sondern es wäre ja auch etwas Zusätzliches in der Erwartung. Wir möchten eine Zwischennutzung dieses Hauses. Wir möchten, dass es nicht ein Jahr leer steht und wir nur drei Wochen lang einen Grill drin haben, sondern wir wollen aus diesem Haus etwas machen, weil wir finden, dass es ein zentraler Ort ist, an dem die Stadt Handlungsfähigkeit beweisen kann.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Wir sind ja mit dem FIKO-Antrag gestartet und würden zuerst diskutieren, ob man dies so belässt oder es um Fr. 150'000.— streicht, was die FIKO möchte oder um Fr. 300'000.— streicht, was die SVP möchte. Das behandeln wir zuerst. Dann gehen wir hinauf und behandeln den Antrag von Luc Nünlist. Wir gehen so vor.

Heinz Eng: Nur kurz eine rechtliche Frage: Einheit der Materie. Stadtrat Thomas Marbet hat vorhin gesagt, das sei einmal das Erste mit den Planungen usw., Investorenwettbewerb. Dann kommt ein ganzer Rattenschwanz, der Fr. 400'000.—, Fr. 500'000.—, Fr. 600'000.—, Fr. 700'000.— beeinflussen kann. Das muss ja nachher alles mit einem Bericht und Antrag kommen, so wie beim Schulhaus. Dort hat man auch gesagt, wir haben irgendwie 30 Millionen. Dann ist mit dem Bericht und Antrag der Planungskredit von Fr. 500'000.— gekommen. Nachher ist Schritt für Schritt gekommen. Da wird jetzt bereits ohne Bericht und Antrag, und hier bin ich eigentlich etwas auf der Seite der SVP, ein Kredit gesprochen. Wir wissen eigentlich gar nicht so recht, was hier nachher effektiv im Detail damit gemacht wird. Hier einfach meine rechtliche Frage: Kann man dies so machen oder braucht es hier effektiv, wie beim Schulhausneubau, auch entsprechend einen Bericht und Antrag mit der Genehmigung des Planungskredites?

Stadtrat Thomas Marbet: Ich bin nicht der Jurist. Aber hier geht es jetzt um einen Wettbewerb und es geht um eine Machbarkeit. Das ist ja im Rahmen der Finanzkompetenz, auch von Euch, die man hier sprechen kann. Beides ist unverdächtig, unter Fr. 400'000.—. Felix, diese Klippe haben wir schon einmal umschifft. Das ist nicht die Frage. Natürlich, wenn es dann Planungen eines Hauses auslöst, und Du weisst ja, die Planung ist 10 bis 15 % der Bausumme, dann sind wir nachher vermutlich wieder bei einem separaten Bericht und Antrag. Bei der Realisierung geht sowieso alles nur über die Volksabstimmung. Egal, was man dort baut, ein neues Kunstmuseum, eine Sanierung, da sind wir sicher über 4 Millionen. Dann wird es zwingend sein, mindestens ein Parlamentsbeschluss oder mit einem fakultativen Referendum. Auch ein Verkauf jeglicher Liegenschaften über 1 Million Franken kommt zwingend ins Parlament.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Auch der Rechtskonsulent hat genickt. Wir können dies hier machen.

Simone Sager: Luc, noch kurz eine Verständnisfrage. Was wäre bei den Fr. 150'000.— die Idee?

Parlamentspräsident Daniel Probst: Simone, wir sind im Moment nicht dabei. Wir behandeln zuerst das Untere.

Urs Knapp: Jetzt mit Kopf Einzelsprecher FdP, damit Daniel Kissling kein Problem bekommt. Ich bin ganz klar gegen den Antrag von Philippe Ruf. Wir müssen abklären, was wir wollen, und das braucht Geld. Das ist einfach so. Wir müssen abklären, wollen wir ein Museum, welches Museum, welche Rolle es hat. Das kann man nicht ohne Geld machen. Im Interesse, dass man möglichst rasch zu einer Entscheidung kommt, und da bin ich mit Daniel Kissling einig, der mehrheitsfähig ist, müssen wir zuerst diese Fragen behandeln. Sonst schleppen wir es mit, und im Extremfall kommt bei der Volksabstimmung alles zusammen und dann kommt ein Nein. Diese Fragen müssen wir zuerst beantworten. Wir haben vorhin auch von Thomas Marbet gehört, dass es zwei verschiedene Sachen sind. Es ist die Machbarkeit, wahrscheinlich kann man die Abklärung so nennen, und das Andere. Ich glaube, ich darf sagen, dass Kurt Schneider in der FIKO gesagt hat, die Machbarkeit etwa Fr. 100'000.—. Wir haben jetzt einmal Fr. 150'000.— gesagt. Dann hat man genügend Kredit. Inhaltlich dazu: Ich möchte wirklich Folgendes beliebt machen: Man hat immer wieder gesagt, wir machen dort ein Museum. Man hat eigentlich in den letzten zehn Jahren nie miteinander gesprochen, seit der Lord-Studie, die etwa 15 Jahre alt ist, welches Museum Olten braucht. Welche Rolle hat ein Museum in einer Stadtentwicklung? Wie soll dieses Museum in Olten positioniert werden, wenn man in Aarau ein Kunstmuseum hat, wenn man aus Olten in Basel, Zürich ist? Welchen Typ Museum machen wir? Wo wollen wir dieses Museum machen? In anderen Städten sind Museen oder solche Institutionen auch ein Teil einer Stadtteilentwicklung. Muss dies wirklich alles in der Innenstadt sein? Kann man dies auf der rechten Aareseite, Bahnhof Nord, Olten Südwest machen? Es gibt viele Möglichkeiten. Man müsste es mindestens einmal andeuten. Wenn wir dies nicht sauber andeuten, ausdiskutieren, ausmehren, schleppen wir dies ständig mit, und dann bleibt dies ständig wie ein Damoklesschwert über aller Planung. Das kann man wirklich in zwei Etappen machen, dass man einmal eine erste rasche Etappe macht. Man kann dies ja sagen. Es ist die Aktualisierung des Lord-Berichts, etwa aus dem Jahr 2004. Ich weiss es nicht. Da sagt man einmal, welche Museen man macht. Er ist immerhin etwa 15 Jahre alt. Die Welt hat sich seither ein wenig verändert. Ich glaube, wir müssen wirklich genau diese Diskussionen führen. Was bringt Olten am meisten, welche Art von Museen, wo, welches Profil, und was wollen wir erreichen? Da kann man ja alles sagen. Wir wollen ein Museum à la Fondation Beyeler. Etwas weit gedacht. Wir wollen ein Museum, ähnlich wie das Kunstmuseum Aarau. Wir wollen ein Dorfmuseum, ähnlich wie in Hunderttupfingen. Oder wir wollen etwas für Olten. Was heisst dies dann für Olten und wo ist der Standort? Ich glaube, diese Sachen sollte man machen. Wenn wir dies klar haben, das kann man, wenn man will, mit diesem Geldbetrag rasch klären, dann kann man einen nächsten Schritt gehen.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich werde zuerst die Anträge der FIKO und von Philippe Ruf gegenüberstellen. Es geht um das Konto 3290.5040.001. Hier beantragt die FIKO, eine Streichung um Fr. 150'000.— und die SVP, Philippe Ruf, eine Streichung um Fr. 300'000.—.

Beschluss

Mit 33 : 5 Stimmen wird der Streichung um Fr. 150'000.— zugestimmt.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Das müssen wir jetzt dem Antrag des Stadtrates gegenüberstellen. Vielleicht möchte es ja jemand belassen. Wer der Meinung ist, man solle die Fr. 150'000.— definitiv streichen, soll dies mit der Stimmkarte bezeugen.

Beschluss

Mit 26 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Antrag der FIKO auf Streichung um Fr. 150'000.— zugestimmt.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Jetzt kommen wir zum Antrag, den Luc Nünlist gestellt hat. Es geht um Konto 3111.5040.002, dass man es um Fr. 150'000.— erhöhen möchte.

Luc Nünlist: Ich sollte noch kurz Simone antworten. Es würde darum gehen, eine Zwischennutzung zu ermöglichen. Darüber haben wir im letzten Jahr auch gesprochen, dass zuerst einmal ein Rückbau stattfindet, dass man die Liegenschaft vorbereitet. Ich glaube, es hat noch ein paar Altlasten drin. Dass man zu einer Umsetzung einer städtischen Zwischennutzung eine Ideenfindung hat. Das kann dann, was weiss ich, eine Pop-Up-Notschlafstelle, eine Pop-Up-Städtebrocki, in der man nicht mehr benutzte Objekte aus der historischen Sammlung verkauft, Pop-Up-Jugendherberge, Pop-Up-EHC Olten-Merchandise-Shop, wo man die neuen Mehrwegbecher kaufen kann, eine Pop-Up-SIP-Einsatzzentrale, eine Pop-Up-Stadtküche oder eine Pop-Up-Stadtbar. Wenn man wirklich partout keine Ideen hat, aber das Haus für eine Zwischennutzung vorbereitet hat, kann man es einfach dem neu eingerichteten Jugendwerk übergeben oder unserer neuen städtischen Kulturinstitution, dem Coq, und ich bin sicher, sie haben eine Idee dafür.

Urs Knapp: Ich möchte eigentlich Thomas Marbet motivieren, dass er etwas sagt. Was kann man mit Fr. 150'000.— machen? Kann man dies machen? Brauchst Du weniger, brauchst Du mehr?

Stadtrat Thomas Marbet: Das ist eine schwierige Frage. Wenn man für ein Restaurant eine Zwischennutzung macht, muss man eine Entfluchtung machen, man muss die Lüftung machen, man muss beim Zugang Behindertengerechtigkeit machen. Das ist vielleicht eine andere Investition, als wenn es darum geht, Büros oder irgendein Lager zu machen. Ich glaube, es hängt wirklich von der Nutzung ab, was man mit Fr. 150'000.— machen kann. Wer zu Hause schon einmal umgebaut hat, ein Dachstock kostet Fr. 150'000.—. Allzu viel kann man in diesem Volumen, in dem man einmal eine Schule untergebracht hat, auch nicht machen. Es ist dann ein wenig pinseln, neue Türen, vielleicht eine neue Toilette. Du weisst, wie es zu Hause ist, wenn Du sanierst. Kaum angefasst, sind Fr. 50'000.— weg. Man muss dann auch wissen, welche Nutzung man will. Man kann nicht eine Restaurantnutzung machen, und nachher merkt man, hier kann ja gar niemand Geld verdienen, also mache ich eine Büronutzung. Dann merkt man, da will ja gar niemand ein Büro. Der EHCO ist jetzt in seinem Shopping-Shop auch wohl. Es hängt stark von der Nutzung ab. Aber noch einmal: Natürlich, ich nehme das Geld gerne. Die Thematik ist hier eigentlich etwas, dass man mit der Zwischennutzung immer ein wenig Zeit verliert. Man hat nicht wirklich einen Entscheid, der definitiv ist. Dann laviert man weiter herum. Wir hatten dies ja lange. Wir hatten die Museumsplanung mit der Schulraumplanung eng verknüpft, bis man einmal gesagt hat, nein, das Schulhaus ist hier fertig. Wir gehen nach oben und erstellen einen Neubau. Dann hat es eigentlich eine Entkrampfung und auch eine Trennung gegeben. Aber mit Zwischennutzungen schaffen wir Provisorien.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte einfach noch ein paar Argumente für das, was Luc vorgeschlagen hat, bringen. Das Erste ist, dass es im Moment nicht rückgebaut ist. Es hat noch Vitrinen und weiss der Teufel was alles. Das muss man ohnehin machen, wenn man etwas tun will. Dieses Geld ist auf keinen Fall verloren. Man macht einfach jetzt etwas, das man später ohnehin machen müsste. Das finde ich auf jeden Fall sinnvoll. Eine erste Etappe macht auf den Fall Sinn. Das Zweite, was mir auch wichtig scheint, ist, dass es, wenn man eine Zwischennutzung macht, auch einen finanziellen Aspekt hat. Eine leerstehende Hütte über fünf Jahre bringt gar kein Geld. Wenn man eine Zwischennutzung macht, die auch nicht viel Geld bringt, ist es immer noch besser als gar keines. Es ist für das Image der Stadt gut. Ich sehe nur positive Aspekte. Wenn man dies jetzt anfangen würde und gleichzeitig, natürlich kostet es etwas Ressourcen, eine Lösung für eine schlaue Zwischennutzung sucht, ist dies für das Gewerbe in der Kirchgasse gut, weil die Hütte nicht leer steht. Es hat wirklich

nur Vorteile. Deshalb möchte ich beliebt machen, dass man dies unterstützt, ohne jetzt schon alle Details geklärt zu haben.

Michael Neuenschwander: Luc, ich bin sehr froh um diesen Antrag. Eigentlich bügeln wir etwas aus, das wir im letzten Jahr etwas versaut haben. Es ist etwas ein versautes Jahr dieses Hauses, des alten Naturmuseums. Es ist jetzt einfach nichts Schlaues passiert. Thomas Marbet, leider muss ich sagen, es ist offenbar nach wie vor auch keine Idee vorhanden, was man dort machen könnte. Das schliesse ich aus Deinem vorherigen Votum. Das heisst, für mich sind die Fr. 150'000.—, wenn wir sie jetzt sprechen, dafür, Euch dort ein wenig Beine zu machen. Um dort tatsächlich auf nächstes Jahr ein Konzept zu entwerfen und auch etwas Geld dafür zu haben, um diese Nutzung vorzubereiten, sei es, dass man bereits einige Vitrinen wegnimmt oder was auch immer. Auf jeden Fall ist dies ein Anfang. Fr. 150'000.— sind doch immerhin etwas Geld. Da kann man etwas machen. Hier müssen wir jetzt nicht um das Dach und um Gesamtanierungen diskutieren, sondern wir reden von Zwischennutzung. Geht jetzt damit voran und unterbreitet uns Vorschläge. Wenn Nachtragskredite Sinn machen, sind wir gerne bereit, darüber zu diskutieren.

Philippe Ruf: Ich finde den Gedanken, den Luc eingebracht hat, grundsätzlich nicht schlecht, dass man sich überlegt, was man dort mit dieser Zwischennutzung machen kann, und dass es auch sinnvoll ist, dies jetzt zeitlich anzubringen, oder wie er gesagt hat, überfällig ist, dass man dies überlegt. Man muss auch schauen, was Thomas Marbet gesagt hat. Es kommt auch sehr darauf an, was man nachher dort als Zwischennutzung nutzt. Entsprechend davon müsste man dann auch irgendetwas umbauen oder zumindest zur Zwischennutzung bereitstellen. Das ist dann schon abhängig, was nachher hineinkommt. Deshalb finde ich, wir müssen dies zuerst wissen, bevor wir nachher so etwas bauen. Ich finde, dann kann man dies durchaus diskutieren. Aber ich werde den Antrag jetzt nicht unterstützen, weil ich es auch so verstanden habe, dass wir zuerst wissen sollten, wofür wir dies nachher aufbereiten. Nur noch als Nebenkomentar: Ich nehme das Geld gerne. Das hast Du, Thomas, zweimal gesagt. Das finde ich nicht so ideal. Es ist das Geld der Steuerzahler. Es ist unser Geld. Ich finde diesen Ansatz nicht so gut.

Urs Knapp: Ich denke, Ruedi Moor hat gesagt, in welche Richtung es gehen muss. Wir haben bei Thomas Marbet festgestellt, dass wir eigentlich nicht wissen. Unter dem Titel Zwischennutzung kann man eigentlich gar nichts machen. Man müsste zuerst etwas Anderes machen. Das ist eigentlich die Position Rückbaukosten. Ich würde beantragen, dass wir Fr. 100'000.— für Rückbaukosten machen. Dann haben wir einmal ein Haus. Bis dann weiss man vielleicht auch, was man mit diesem Haus macht. Eine Zwischennutzung in diesem Haus, wie es jetzt ist, kann man nicht machen. Wir müssen zuerst Rückbaukosten machen. Das ist der Betrag, der letztes Jahr im Budget war, wo ich annehme, dass man irgendwie kalkuliert hat, was es braucht, um diese Sachen herauszunehmen. Daheim ein leeres Haus, und bis dieses Haus leer ist, braucht es ja wahrscheinlich auch zwei, drei Wochen, bis man die Sachen draussen hat, wahrscheinlich eher zwei, drei Monate. Bis dann kann man vielleicht sogar Ideen entwickeln, was dann hineinkommt. Vom ganzen Prozess her sollte man meiner Meinung nach bei 001. Rückbaukosten Fr. 100'000.— aufnehmen, gleich wie im letzten Jahr. Dann haben wir ein Haus, welches man für eine Zwischennutzung benützen könnte. Ruedi hat sehr zu Recht gesagt, was man dort auch macht, ausser man sprengt das Ganze in die Luft, was ja nicht zur Diskussion steht, wir müssen diese Rückbaukosten machen, damit wir nachher überhaupt starten können. Mein Antrag ist, um es etwas kompliziert zu machen, wir nehmen unter 001 Fr. 100'000.— auf. Aber wir lehnen jetzt unter 002, der Position Fr. 150'000.— Zwischennutzung ab. Das sind erst die nächsten Schritte.

Raphael Schär: Ich bin verfahrenstechnisch jeweils auch nicht ganz sicher. Aber ich kann mich an eine Diskussion erinnern, die schon einmal geführt wurde. Wenn die Rückbaukosten 2019 enthalten waren und jetzt noch nicht ausgeführt worden sind, was ich heraushöre, ich war tatsächlich nicht im Raum und weiss nicht, ob dies der Fall ist, kann man dies auch übertragen und jetzt lösen. Das ist meine Ansicht davon. Aber ich lasse mich hier gerne

korrigieren. Zum Betrag von Fr. 150'000.—: Wir hatten die Zwischennutzung letztes Jahr vom Stadtrat ja im Budget vorgeschlagen. Damals waren Fr. 200'000.— enthalten. Man dachte, man müsse etwas hinuntergehen. Wir regen weiterhin für kreative Ideen an. Ich denke, das sollte in diesem Rahmen umsetzbar sein.

Simone Sager: Ich finde, die Fr. 150'000.— sind ein Riesenbetrag. Super. Aber ich habe etwas Angst um diesen Betrag. Wir reden hier von einem alten Gebäude. Das heisst, wir wissen nicht, was hervorkommt, wenn man anfängt, Sachen heraus zu reissen. Auf einmal sind wir bei Altlastensanierung. Man weiss nicht, was alles vorhanden ist. Ich möchte nicht auf Panik machen. Aber auf einmal könnten dann die Fr. 150'000.— zu einem riesengrossen Teil verfressen sein, dass man nachher gar nichts mehr für eine sogenannte Zwischennutzung aufnehmen könnte, abgesehen von irgendwelchen Auflagen einer Solothurnischen Gebäudeversicherung, wenn man jetzt Eingriffe macht und, und, und. Es ist ein schöner Betrag. Aber ich glaube nicht, dass man damit erreicht, was man gerne möchte, dass man einen Raum für eine Zwischennutzung hinbringt. Das möchte ich in Frage stellen, und das ist für mich eigentlich auch ein Grund, weshalb ich es ablehnen möchte.

Luc Nünlist: Ich möchte kurz reagieren. Die Fr. 150'000.— sind knapp bemessen. Wir hatten dies letztes Jahr budgetiert. Damals hatten wir Fr. 200'000.— für eine Zwischennutzung im Budget. Thomas hat uns dort erklärt, wenn wir die Fr. 200'000.— herausstreichen, gibt es keine Zwischennutzung. Das ist nicht möglich. Die Fr. 100'000.—, die wir für einen Rückbau drin haben, wären eigentlich letztes Jahr im Budget gewesen. Sie waren budgetiert und sind nicht ausgelöst worden. Das Haus ist nicht rückgebaut worden. Warum hat uns Thomas an der Fraktionssitzung erklärt. Das wird er sonst wahrscheinlich sehr gerne noch einmal machen. Ich verstehe nicht so ganz, warum man dies in diesem Jahr hinausgeschoben hat. Aber das war so einer der hinausgeschobenen Investitionsbeträge. Philippe, sicher, zuerst wissen wofür wir das Geld sprechen und es dann machen. Da bin ich eigentlich auch immer dafür. Das habe ich heute und auch gestern schon ein paar Mal gesagt. Das wäre besser. Ich würde mir dies immer wünschen, und ich würde auch jetzt schon gerne wissen, was dort hineinkommt. Aber das können wir jetzt nicht. Eines weiss ich jedoch, und das wäre, wenn wir diesen Betrag jetzt sprechen, haben wir Beine gemacht, dann passiert etwas, dann ist dort eine Zwischennutzung angedacht und wird getrieben. Das heisst, es ist etwas dort, und es ist nicht nichts dort, ein leerstehendes Gebäude mitten in der Stadt, am prominentesten Ort der Stadt, das der Stadt gehört. Das ist einfach peinlich. Wenn wir dies leer lassen, alles ist besser als dies, alles. Wenn sich Thomas darum tut und wir ihm die Mittel geben, bin ich sicher, dass dort etwas Besseres hinkommt. Er ist ja auch unser Baudirektor. Die Fr. 100'000.— für den Rückbau haben wir letztes Jahr schon budgetiert. Ich würde es eigentlich gerne bei diesen Fr. 150'000.— belassen. Das ist ein knapperer Betrag von dem, was wir letztes Jahr eigentlich gebraucht hätten. Jetzt ist es ein Jahr leer gestanden. Das ist ein verlorenes Jahr. Machen wir doch nicht noch einmal ein verlorenes Jahr.

Heinz Eng: Von mir aus gesehen ist die Situation jetzt etwas bedenklich. Ich bin hier voll und ganz bei Philippe. Wir sind daran, finanziell ein solches Schlaraffenland, einen Selbstbedienungsladen oder einfach so eine Ausgabenpolitik zu machen. Was meine ich damit? Ich habe vorhin dem Projekt Coq d'Or zugestimmt. Ich habe beim Cultibo zugestimmt. Es ist zwar knapp gekommen. Aber das hatte Hand und Fuss. Was ist vor ein paar Minuten passiert? Luc, das ist nicht Dein Fehler, Du hast eigentlich aus einer Laune heraus, weil Du es gesehen hast, gefragt, könnte man jetzt noch diese Zwischennutzung des Naturmuseums machen? Das ging es darum, welches Konto es ist usw. Alles aus dem Stegreif, Hüftschüsse, nicht Sprengschüsse. Jetzt ist man daran, hier Fr. 100'000.— oder Fr. 150'000.— zu sprechen, dort noch etwas herumschieben. Es ist kein Konzept vorhanden. Es ist einfach irgendwo nebulös. Gestützt darauf werden wir wahrscheinlich Fr. 100'000.— oder Fr. 150'000.— sprechen. Dann fängt jemand an zu arbeiten. Nach sechs Monaten werden wir irgendein Resultat haben und sind etwa gleich gescheit wie vorher. Die Botschaft versteh ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Da müssen wir einfach schon sagen, wir müssen hier auch strukturiert und systematisch vorgehen. Hier ist muss zuerst jemand, wenn es nur eine

Kindergartenzeichnung ist, etwas zu Papier bringen, damit wir etwas haben. Dann kann man daraus den nächsten Schritt machen. Das ist meine Meinung, voll und ganz hinter Philippe. Ich werde hier alles ablehnen, was aus dem Stegreif und weil es 23.15 Uhr ist, noch kurz Fr. 150'000.— gesprochen werden, ohne dass man weiss, worum es geht.

Reto Grolimund: Ich möchte eigentlich in die gleiche Kerbe wie Heinz schlagen. Mich hat es auch etwas überrascht, dass plötzlich dieser Antrag kommt. Wir haben vorhin gehört, dass die Steuergelder, die wir jetzt hier ausgeben, offenbar von den schlecht Verdienenden überproportional mitfinanziert und wir entscheiden hier einfach irgendetwas aus einer Laune heraus. Ich habe noch kurz in der Verpflichtungskreditkontrolle nachgeschaut. Die Rückbaukosten sind immer noch enthalten. Kumulierte Ausgaben brutto bis 31.12.2018 sind null. Das Geld ist gesprochen. Das heisst, den Rückbau kann man eigentlich angehen. Wenn man dann eine Idee hat, wo wir einen Nachtragskredit für irgendetwas sprechen müssen, können wir wieder darüber reden und sind sicher nicht diejenigen, die nachher eine gute Idee einfach versenken.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich bin der Meinung, es ist richtig, was Du sagst, dass es einmal gesprochen wurde. Aber für das nächste Jahr ist keine Tranche für das Budget enthalten. Das heisst, wenn man dies möchte, müsste man es, wie es Urs Knapp beantragt hat, wirklich aufnehmen. Wir kommen nachher dazu, wie wir es verfahrenstechnisch machen können.

Corina Bolliger: Sehr spät komme ich auch noch zum Wort. Ich möchte eigentlich Heinz widersprechen. Es ist ja nicht einfach aus einer Laune heraus entstanden. Der Stadtrat hatte dies im letzten Jahr im Budget und hat sich hoffentlich damals schon Gedanken gemacht, was er damit machen will. Wir versuchen jetzt eigentlich, die verpasste Chance von letztem Jahr diesmal wahrzunehmen und dort endlich vorwärts zu machen. Deshalb werde ich eigentlich für den Antrag sein.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Jetzt habe ich eine Anfrage an die beiden Antragsteller. Wir haben für das Konto 3111.5040.001, Rückbaukosten, einen Antrag von Urs Knapp auf Aufnahme von Fr. 100'000.—. Dann haben wir einen Antrag von Luc Nünlist. Er betrifft Konto 3111.5040.002, das man hier nicht sieht, dass man dort Fr. 150'000.— aufnehmen würde. Urs Knapp, ist Dein Antrag eine Alternative zu Luc Nünlist? Es könnte ja sein, dass jetzt beide durchgehen, und dann haben wir Fr. 250'000.— gesprochen.

Urs Knapp: Mein Antrag ist klar als Alternative gedacht. Wenn es so ist, dass der Betrag schon gesprochen ist und zur Verfügung steht, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Es ist nicht so. Er muss für das Jahr 2020 enthalten sein.

Urs Knapp: Gut, aber es ist klar eine Alternative, und ich möchte eigentlich zuerst über den anderen Antrag abstimmen lassen.

Simon Muster: Das ist nicht das gleiche Konto.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Nein, es ist nicht das gleiche Konto. Deshalb hätte ich auch gesagt, es brauche zwei Abstimmungen. Wir wollen sie nicht gegenüberstellen, sonst gehen wir hier über das Kreuz, und irgendwelche Sachen machen. Deshalb, Urs, überlege Dir, ob Du diesen Antrag stellen möchtest. Am Schluss haben wir dann vielleicht Fr. 250'000.—. Wenn es in Deinem Sinne ist, dann stelle ihn. Einfach als Hinweis.

Urs Knapp: Wenn man ihn nicht gegenüberstellen kann, ziehe ich den Antrag zurück.

Dr. Rudolf Moor: Urs, merci, dass Du ihn zurückgezogen hast. Dann stelle ich ihn, dass man die Fr. 100'000.— für den Rückbau aufnimmt.

Simone Sager: Jetzt müssen wir einfach aufpassen. Im nächsten Jahr kommt irgendeinmal ein Projekt ins Parlament, bei dem wir Gelder sprechen müssen, dass die Kinder, die nicht im Kleinholz ins Schulhaus können, einen Platz bekommen. Das ist Geld, das wir dort brauchen. Jetzt vergleiche ich vielleicht Äpfel mit Birnen. Aber jetzt sind wir auf einmal bei Fr. 250'000.— für die Museen, und das Andere kommt auch. Dann haben wir im nächsten Jahr eine Kiste mehr Auslagen. Ich wollte dies einfach gesagt haben. Da müssen wir aufpassen, wenn wir nächstes Jahr die Vorlage für die Schulräume haben werden, für Kindergarten und Schüler, die im Kleinholz nicht zur Schule gehen können.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Wir werden jetzt gesondert darüber abstimmen. Der Antrag von Luc ist zuerst gekommen. Wir werden zuerst darüber abstimmen. Er beantragt, dass man bei einem Konto, das man hier nicht sieht, 3111.5040.002, neu Fr. 150'000.— aufnimmt. Sie sind bis jetzt nicht enthalten.

Beschluss

Mit 19 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag zugestimmt.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ruedi Moor hat die Idee von Urs Knapp übernommen. Wir werden jetzt über den Antrag von Ruedi Moor abstimmen. Es handelt sich um das Konto 3111.5040.001. Es geht um eine Erhöhung um Fr. 100'000.—.

Felix Wettstein: Ich wünsche das Wort, weil ich möchte, dass wir ihn durchbringen, und ich möchte noch auf Simone reagieren. Es kommt jetzt natürlich so herüber. Alles wird jetzt noch darauf gebeugt. Nein, es geht nicht darum. Damit wir anfangen können, eine Zwischennutzung einzurichten, müssen wir die ersten Fr. 100'000.— sowieso ausgeben, nämlich um auszuräumen, was jetzt im Weg steht. Es geht gar nicht anders. Wir müssen die Fr. 100'000.—, die für das laufende Jahr 2019 gedacht gewesen wären, aber nicht ausgegeben werden, im nächsten Jahr hineinbringen, damit wir diese Leistung tatsächlich noch nachholen können. Dann können wir mit der Zwischennutzung beginnen. Ich bin der Letzte, der einfach das Budget aufblasen will, und ich möchte dies nachher auch nicht in den Fraktionserklärungen und der Zeitung hören und lesen.

Urs Knapp: Felix, einfach politisch gesehen, ist es genau das, was jetzt läuft. Wir machen überall mehr Geld. Wir wollen im nächsten Jahr, wir haben ein Zentralprojekt, das Schulhaus realisieren. Denkt daran, wie dies wirkt. Wir geben das Geld sehr aktiv aus, und im nächsten Jahr wird der Proof Point, ob die Strategie, die wir hier anwenden, die richtige ist. Ich habe meine Zweifel.

Daniel Kissling: Ich habe vorher nein gestimmt, weil ich eigentlich gerne den Antrag für den Rückbau, der gerade kommen wird, angenommen hätte. Da wissen wir, was wir machen. Das ist etwas, das nachher Möglichkeiten für eine Zwischennutzung schafft. Ich durfte mich heute dazu nicht äussern, aber ich finde, die Stadt sollte zum Beispiel Kultur ermöglichen und auch unterstützen. Aber ich finde jetzt nicht, dass wir Fr. 100'000.— für einen Rückbau ausgeben müssen und dann noch einmal Fr. 150'000.— für eine Zwischennutzung, bei der wir nicht wissen, was passieren wird. Es ist auch nicht an uns, dort irgendwie einen Dampfzug einzubauen, wenn wir ein Restaurant machen wollen. Dann verbauen wir wieder etwas, wo wir vielleicht dann schon Realitäten schaffen, was in diesem Gebäude passieren kann oder nicht. Deshalb kann ich diesen Fr. 100'000.—, denen ich eigentlich hätte zustimmen wollen, jetzt nicht zustimmen, weil die anderen Fr. 150'000.— schon angenommen wurden. Es ist halt schon so, wir geben dann einfach Geld für irgendetwas aus, und wir wissen alle nicht wofür, wirklich nicht. Wir haben keinen Plan. Das waren schöne Ideen von Dir, Luc. Aber ich glaube nicht, dass es mit diesen Fr. 150'000.— passieren wird. Ich finde, jetzt haben wir die Fr. 150'000.— schon gesprochen. Das reicht von mir aus gesehen, um dort weiter zu machen.

Simon Muster: Ich halte mich ganz kurz. Ich habe mich vorhin enthalten, genau aus dem gleichen Grund, weil ich überhaupt nicht sehe, was Felix vorhin gesagt hat. Es passiert selten. Man muss schon sehen, dass es, wenn wir es im letzten Jahr nicht geschafft haben, die Fr. 100'000.— auszunützen, ein wenig optimistisch ist zu glauben, dass sie jetzt den Rückbau machen und dann noch die Fr. 150'000.— für die Zwischennutzung brauchen können. So optimistisch bin ich dann schon nicht. Ich habe das Gefühl, jetzt den Rückbau anfangen. Dass wir im Rückstand sind, da sind wir schuld, weil wir die Zwischennutzung herausgestrichen haben. Das ist klar. Wir sind schuld, dass es ein Jahr später kommen wird. Aber jetzt die Fr. 150'000.— vorher zu sprechen, macht für mich keinen Sinn. Jetzt zuerst den Rückbau. Diesen müssen wir jetzt durchbringen, und ich hoffe, wir bringen jetzt durch. Sonst haben wir uns ein Ei gelegt.

Daniel Kissling: Ich weiss nicht, ob ich es jetzt unnötig in die Länge ziehe, und auch nicht, ob dies juristisch geht. Aber kann ich einen Rückkommensantrag auf das Geschäft vorher stellen, damit es dort vielleicht in eine oder andere Richtung kommt? Ich weiss nicht, ob dies Sinn macht. Dann würde ich diesen auf das vorherige Geschäft stellen.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Einen Rückkommensantrag kannst Du selbstverständlich stellen.

Daniel Kissling: Ich stelle den Rückkommensantrag auf das vorherige Geschäft betreffend Zwischennutzung, dass wir noch einmal darüber abstimmen, mit der Begründung, dass man das nächste Geschäft mit den Fr. 100'000.—, das wir jetzt gerade diskutiert haben, für den Rückbau bevorzugen würde. Ich weiss nicht, ob dies Sinn macht.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Du hoffst dann, dass der vorherige Entscheid zu einem Nein kippt.

Daniel Kissling: Wegen der letzten Voten, die gemacht wurden.

Reto Grolimund: Ich möchte noch einen Antrag stellen, dass wir darauf zurückkommen und jetzt die Reihenfolge festlegen, zuerst über die Fr. 100'000.— abstimmen und nachher über die Fr. 150'000.—.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Jetzt stimmen wir darüber ab, und wenn wir zurückgehen, machen wir die vorherige Abstimmung noch einmal und dann diese. Sonst wird es zu kompliziert.

Florian Eberhard: Besteht nicht die Möglichkeit, dass wir über den Rückkommensantrag nachher abstimmen lassen? Für mich persönlich wäre es zum Beispiel zu diesem Zeitpunkt kein Problem.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Nein, nach Geschäftsordnung muss man gleich über Rückkommensanträge abstimmen. Jede Fraktion kann einen Sprecher benennen, und dann müssen wir darüber abstimmen.

Christian Werner: In Bestätigung dessen, was Du gerade gesagt hast, ist es ein Ordnungsantrag, und darüber muss man sofort abstimmen. Das Zweite ist, dass wir diesen Rückweisungsantrag unterstützen in der Hoffnung, dass wir auf diesen Entscheid zurückkommen werden. Auch wenn wir beides ablehnen, in der Sache sind die Fr. 100'000.— effektiv realistischer und in einer zeitlichen Priorität wahrscheinlich sinnvoller als die Fr. 150'000.—. Das Dritte, das ich noch sagen möchte, und das sage ich nicht für meine Fraktion, bevor ich wieder gedeckelt werde, sondern als Einzelmaske, ist, dass ich es extrem mühsam und unseriös finde, was wir hier wieder tun. Es kommt mir irgendwie vor wie Lego spielen, wie hier ohne jegliche Abklärungen Anträge gestellt werden, ohne irgendwie vorgängig Diskussionen zu führen, ohne in vorberatenen Kommission oder

Fraktionssitzungen irgendetwas abzuklären und anzusprechen. Ich finde es krass, und das Parlament ist in einem ganz „schitteren“ Zustand.

Michael Neuenschwander: Ich bin aus zwei Gründen gegen diesen Rückkommensantrag. Ich werde ihn ablehnen. Er ist ja jetzt schon gestellt. Wir haben hier gesehen, dass die Fr. 100'000.—im Budget enthalten gewesen wären. Es ist nichts passiert. Wenn der Kredit nicht ausgeschöpft, wird er nicht ausgeschöpft. Dann können wir nachher höchstens Kritik üben, wieso habt Ihr dieses Geld nicht für das verwendet, was wir wollten. Wir haben jetzt eine Debatte geführt. Ich stimme sehenden Auges diesen Fr. 100'000.— zu und stimme diesen Fr. 150'000.— zu, damit es dort vorwärts geht und zwar soll es möglichst im nächsten Kalenderjahr vorwärts gehen und nicht wieder ein Jahr nichts machen dort. Von wegen Steuergelderverschleuderung werden wir nachher noch einen Antrag auf Streichung von gut einer halben Million Franken unterstützen.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Da steht bezüglich Rückkommensantrag sogar, dass ohne weitere Diskussionen zu entscheiden ist.

Beschluss

Mit 26 : 11 Stimmen wird dem Rückkommensantrag zugestimmt.

Stadtrat Thomas Marbet: Wir haben die Rückbaukosten 2019 drin. Warum haben wir es nicht gemacht? Wir haben es nicht gemacht, weil wir die künftige Nutzung nicht kennen. Das war der Grund, weshalb wir es nicht gemacht haben. Wir hatten beides beantragt, die Zwischennutzung und den Rückbau. Der Rückbau ist dringeblieden, haben wir nicht ausgelöst. Die Zwischennutzung ist dann gestrichen worden. Man muss etwas sehen. Jede Zwischennutzung braucht Geld, braucht Investitionen. Diese kann man dann natürlich nicht amortisieren. Wenn wir Fr. 100'000.— oder Fr. 150'000.— Zwischennutzung machen und nachher wollen wir in drei Jahren eine definitive Lösung. Dann verlieren wir eigentlich nur Zeit, und wir verlieren Geld, weil man diese Investitionen nicht amortisieren kann. Ich habe vorhin von zwei Rednern gehört, man möchte eigentlich vorwärts machen. Das hast Du, Urs Knapp, gesagt. Michael, Du hast es gesagt. Wenn Ihr ein Rückkommen macht, ich sage es jetzt etwas pointiert, war der schlaueste Vorschlag eigentlich derjenige des Stadtrates, indem man nämlich eine Machbarkeit und einen Ideenwettbewerb hat. Schon beim Ideenwettbewerb hat man die künftigen Nutzungen genau bestimmt, und man kann die Anforderungen definieren, welche die Besucherinnen und Besucher an dieses Haus haben sollen. Man kann gemeinsame Erschliessungen diskutieren. Man kann Synergien überlegen. Man kann auch ein Preisangebot machen, wenn man einen Verkauf ins Auge fasst. Noch einmal: Einen Investorenwettbewerb würden wir nicht starten, bevor die Frage nicht entschieden ist, ob man verkaufen oder im Baurecht darf. Diejenigen, die eine Liegenschaft verkaufen möchten, wären eigentlich mit dem Investorenwettbewerb gut bedient. Diejenigen, die nicht verkaufen wollen, die für unsere Kulturstätten, die Museen eine definitive Lösung wollen, sind mit dem Investorenwettbewerb auch gut bedient. Das ist eigentlich die beste Lösung, besser als die Zwischennutzung und der Rückbau. Beim Rückbau ist es an und für sich eine kleine Sache, dies auszuräumen. Das Haus ist ja geleert. Die Exponate sind draussen. Die ausgestopften Rehe sind weg. Es geht ja hier um Vitrinen. Es geht noch um Installationen, die im Haus sind. Aber eigentlich ist der beste Vorschlag, sorry, wenn ich es jetzt um 23 Uhr so sage, eigentlich derjenige des Stadtrates. Fr. 300'000.— für Machbarkeit und Investorenwettbewerb drinlassen. Parallel müssen wir die Frage klären, ob ein Verkauf oder eine Abgabe im Baurecht möglich ist oder nicht. Das ist die eigentlich wichtigste Frage, und diese muss zuerst geklärt werden.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Du kannst ja keinen Rückkommensantrag auf diesen Entscheid stellen. Deshalb lassen wir dies. Aber merci für Deinen Hinweis.

Laura Schöni: Ich habe kurz eine Verständnisfrage. Thomas, was Du jetzt angesprochen hast, sprichst Du vom Naturmuseum oder Kunstmuseum? Ich verstehe es nicht. Wir reden ja eigentlich über das Naturmuseum.

Stadtrat Thomas Marbet: Wir reden hier über die Kirchgasse.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte gerne den Ordnungsantrag stellen, dass man zuerst über den Rückbau abstimmt und nachher über die Zwischennutzung.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Das haben wir vorhin gerade gemacht. Wir sind jetzt zurückgekommen und stimmen zuerst über denjenigen, den wir vorhin hatten, ab, die Fr. 150'000.—, und dann kommen wir zum Rückbau.

Dr. Rudolf Moor: Aber ich hätte den Ordnungsantrag gemacht, dass man es umgekehrt macht, dass man zuerst über den Rückbau abstimmt und nachher über die Zwischennutzung. Das ist auch die logische zeitliche Abfolge.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich muss ehrlich auch sagen, dass es schon etwas mühsam ist, vorhin hat es jemand gesagt. Dass man aus dem Handgelenk solche Vorschläge bringt, ist wirklich nicht seriös. Es ist echt etwas bemühend. Das muss ich wirklich sagen. Eure Meinungen sind ja gefasst. Ich glaube, hier ist klar, dass es solche gibt, die, wie es Daniel Kissling vorhin gesagt hat, nur den Rückbau drin haben wollen, und dann gibt es solche, welche die Fr. 150'000.— drin haben wollen. Wo macht es den Unterschied, wenn wir jetzt die Reihenfolge ändern?

Markus Dietler: Ihr habt einen Ordnungsantrag gestellt. Er ist mit 26 : 11 Stimmen angenommen worden. Das heisst, die erste Abstimmung, die Ihr über 002 gemacht habt, muss wiederholt werden und zwar sofort und nicht noch sieben Anträge dazwischen. Das geht nicht.

Beschluss

Mit 21 : 10 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird der Antrag auf Erhöhung des Postens 3111.5040.002 um Fr. 150'000.— abgelehnt.

Beschluss

Mit 30 : 7 Stimmen wird dem Antrag, bei Konto 3111.5040.001, Rückbau, neu Fr. 100'000.— einzusetzen, zugestimmt.

Seite 113, 6150.5010.013, Fussgänger- und Veloverbindung Hammer-Olten SüdWest

Reto Grolimund: Die Finanzkommission hat Folgendes dazu zu sagen: Wenn Ihr die Beilage zum Budget, Seite 36, hervorhebt, wo es um die Fussgänger- und Veloverbindung Hammer-allee geht, sieht man dort den Investitionsbedarf über die Planperiode, auch vom Finanzplan. Es sind insgesamt 20 Millionen. Gleichzeitig sind die Beiträge budgetiert, einerseits von der Mehrwertabschöpfung und andererseits von Agglomerationsprogrammen im gesamten Betrag von 19 Millionen. Das lässt eine Differenz von 1 Million, welche die Einwohnergemeinde Olten tragen müsste. Jetzt fand die Finanzkommission, hier müsste man ein politisches Zeichen setzen. Die Stadt solle mit diesen Mitteln, ausser der Mehrwertabschöpfung und dem Agglomerationsprogramm, die Fussgänger- und Veloverbindung eigentlich bauen können. Das heisst, mit 19 Millionen, das ist eine Reduktion von 5 %, in einem Stadium, in dem man eigentlich noch nicht so genau planen kann. Wenn man diese 5 % im aktuellen Budget berechnet, reduziert man von den jetzt budgetierten Fr. 500'000.— den vorgeschlagenen Betrag von Fr. 25'000.— mit dem Ziel, dass wir die Fussgänger- und Veloverbindung Hammer am Schluss eigentlich ohne Kosten für die Einwohnergemeinde Olten realisieren können.

Philippe Ruf: Ich habe eine Frage, vermutlich an den Stadtrat oder Kurt Schneider. Dieser Planungsmehrwertsausgleich, die Abschöpfung des Mehrwerts, bekommen wir ohnehin. Ist dies ein richtiges Statement? Ich habe jetzt den Eindruck, es macht den Anschein, als werde die PU aufgrund dieser Mehrwertabschöpfung finanziert. Aber sie würde ja sowieso fließen. Ist dies richtig?

Kurt Schneider: Es ist tatsächlich so, dass dies sowieso geschuldet ist. Auf der Basis des Reglements, das Sie hier im Frühling beschlossen haben, hatte man dies bereits in absehbarer Nähe. Es geht darum, wenn man eine Umzonung macht, in diesem Fall einer Industriezone in eine Wohnzone, wird dies abgabepflichtig, gleich wie eine Einzonung. Das wird mit 40 % belegt. 16 Millionen sind geschuldet. Aber sie sind erst zum Zeitpunkt geschuldet, in dem es verkauft oder bebaut wird. Da muss man sehen, das werden rund 15, 20, vielleicht 25 Jahre sein. Was wir eigentlich herausholen, und deshalb müssen wir jetzt auch einen Vertrag machen, ist, dass es zum heutigen Zeitpunkt eingesetzt werden kann, zum Nutzen, zum Vorteil. Das ist nicht nur von diesem Stadtteil. Es ist ein Bestandteil dieser Stadt. Das hat auch Chancen, die sich dort für die Stadt selber bieten. Wir haben dort schon 400 Wohnungen. Irgendwann einmal 800 Personen. Sie müssen an die Stadt angebunden sein.

Philippe Ruf: Es tut mir leid, wenn ich hier noch etwas nachhake. Ich habe dies effektiv auch lange nicht verstanden. Das muss ich zugeben. Wir zahlen die PU Hammer schlussendlich genau gleich, wie wir es vor ein paar Jahren hätten zahlen müssen. Ich stelle den Antrag, dass wir dies ganz herausstreichen. Ich sehe, dass wir die Planungsabschöpfung genau gleich bekommen würden. So fließt es einfach genau wieder in die PU Hammer, die wir nicht wollten. Es ist ein 20-Millionen-Betrag, den wir dafür einsetzen. Das will ich nicht.

Tobias Oetiker: Wenn ich mich an unsere Diskussion zum Thema Planungsmehrwertsabschöpfung richtig erinnere, ist es so, dass die Gelder zweckgebunden eingesetzt werden müssen. Man bekommt sie schon auf jeden Fall. Aber man kann sie nicht einfach für irgendetwas verwenden, sondern sie müssen in diesem Ort in diesem Sinne genutzt werden. Von daher passt natürlich diese Unterführung.

Deny Sonderegger: Philippe, mental bin ich grundsätzlich bei Dir. Nichts destotrotz muss ich sagen, dass ich glaube, dass die Lösung, die jetzt hier auf dem Tisch liegt, eine interessante Lösung. Der Betrag, der hier gelöst werden kann, der mitfinanziert wird, ist ein theoretischer Betrag in Zukunft, der bei zwei Varianten zum Tragen kommt, nämlich dann, wenn darauf gebaut wird oder wenn ein Teil veräussert wird. Das kann in fünf Jahren in einer Veräusserung sein, das kann aber, wenn man nach den Etappen geht, sein, dass es in zwanzig Jahren irgendeinmal kommen wird. Wenn man jetzt unsere „Finanzier“ im Saal hat, wenn wir dies ab diskutieren, ist es nicht mehr der ganze Betrag. Dann ist es ein kleinerer Betrag. Letztendlich ist es aber richtig, was Du sagst. Es ist die Finanzierung, die wir mit Geldern, die wir als Stadt ohnehin zur Verfügung hätten, machen. Aus bürgerlicher Sicht war es immer ein Wunsch, dass sich der Eigner höher daran beteiligt. Das macht er nicht. Man kann damit auch sagen, es ist eine gewisse Bauernschlauheit. Der Stadtrat konnte auf eine gute Art eine Lösung kreieren, wie er dieses Geld früher auszahlt erhält und zwar heute, jetzt, zur Finanzierung dieser ganzen Geschichte. Noch zum Votum von Tobias: Es ist richtig, dass es entsprechend so eingesetzt werden muss. Das heisst aber nicht, dass es für Olten SüdWest eingesetzt werden muss. Wir haben andere Entwicklungsprojekte in der Stadt. Wir reden von einem Schulhaus. Letztendlich ist es ja eigentlich auch ein Thema, dass es, wenn man so will, als Fondsgeld dazu verwendet würde, falls es zu Aussonnungen käme, dass das Geld nachher wieder zurückgezahlt werden müsste und man es aus diesem Fonds heraus finanziert. Das wird aber in naher Zukunft sicher nicht der Fall sein. Deshalb kann man dies auch entsprechend anders verwenden. Emotional habe ich ähnliche Probleme wie Du, Philippe. Aber im Sinne der Verhandlungstaktik, die der Stadtrat jetzt hier gebracht hat, kann man sagen, ja, in einer gewissen Bauernschlauheit konnte man dies

anders verpacken. Sonst wüssten wir nicht, wann dieses Geld kommt, ob es in fünf, zehn oder vielleicht sogar erst in 30 Jahren kommen wird.

Michael Neuenschwander: Von wegen Bauernschlauheit: Zum grossen Glück haben wir ja den Vorschlag mit den 40 % Mehrwertabschöpfung befolgt. Eigentlich wäre ja Eure Meinung gewesen, 20 % reichen. Das ist einmal das Eine. Das Andere ist, dass ich es eigentlich etwas bedauere, dass man nachher das Geld schon so verbraten hat. Wir hätten schon noch Ideen, wo man vielleicht Auszonungen finanzieren möchte, nämlich wo es noch ein paar letzte grüne Wiesen hat, bei denen wir eigentlich nicht möchten, dass sie überbaut wären. So wäre es ja an und für sich ursprünglich gemeint. Das heisst für uns, wir müssen dort auch eine Kröte schlucken, wenn wir dieser Finanzierung auf diese Art und Weise jetzt zustimmen. Uns ist aber klar, wenn wir in absehbarer Zeit diese Verbindung Hammer haben wollen, und wir sehen sie als städtebaulich absolut notwendig und zwar nicht nur für Olten SüdWest, sondern vor allem auch bis ins Bornfeld hinauf. Sie profitieren auch davon. Nachher müssen wir halt diesen Weg gehen.

Stadtrat Thomas Marbet: Diese Planungsmehrwertabgabe ist in dem Moment geschuldet, wenn in Olten SüdWest gebaut wird oder Grundstücke verkauft werden. Wenn wir das Geld früher, nicht erst in 15 oder 20 Jahren wollen, brauchen wir einen Vertrag. Diesen wird der Grundeigentümer nur unterschreiben, wenn man die Mittel für die Erschliessung von Olten SüdWest und für die Stadtteilanbindung verwendet. Der Kanton sagt übrigens auch, dass der neue Gestaltungsplan Olten SüdWest, der ja jetzt dann langsam bereit sein wird, nur durch den Regierungsratsbeschluss genehmigt werden kann, wenn die Stadtteilverbindung Olten SüdWest oder PU Hammer, wie man dem auch immer sagt, planerisch und finanziell sichergestellt ist.

Deny Sonderegger: Einfach noch einmal zur Entgegnung auf das Votum von Michael: Das ist richtig. Wir haben damals einen tieferen Prozentsatz gemacht. Aber einfach noch als Ergänzung zur Bauernschlauheit: Dank der Bürgerlichen in diesem Rat haben wir nicht mehrere Millionen ausgegeben. Wir haben uns über mehrere Abstimmungen vehement gegen die PU ausgesprochen. Wenn es nach Euch gegangen wäre, da spreche ich vor allem von den linken Parteien, hätten wir schon früher ja dazu gesagt, hätten dem Stadtrat die Möglichkeit für diese Verhandlung nicht gegeben, und wir hätten mehrere Millionen einfach so in den Sand gesetzt.

Raphael Schär: Ich korrigiere gleich meinen Vorredner. Wir hätten dieses Geld sehr wohl irgendwann erhalten. Es wäre einfach nicht so schön mit dem Nullsummenspiel aufgelistet da. Es stimmt nicht ganz so, wie Du dies gesagt hast. Nichts destotrotz noch ein Hinweis: Vor einem Jahr wurde noch von 15 Millionen die Rede. Ich sehe also durchaus Potenzial, dass noch 4 Millionen in diesem Pot bleiben und wir uns vielleicht doch Gedanken über die eine oder andere Rückzonung in dieser Stadt machen können. Michael hat dies schon angetönt. Wir werden ja noch konkret über dieses Projekt abstimmen und können dann auch noch schauen, welchen Betrag dies macht, ob es die 19 Millionen werden, die man hier aus der FIKO anstrebt, oder ob es vielleicht auch mit 15 Millionen geht. Uns ist wichtig, dass es ein gutes Projekt wird, dass es nicht wieder eine „gruusige“ Unterführung wird. Von denen haben wir schon genügend. Aber das werden wir dann separat sehen können. Merci und danke für diese Arbeit. Ich finde es eine gute Lösung, dass wir sie jetzt so gefunden haben.

Philippe Ruf: Ich möchte Euch noch einmal motivieren, diesem Streichungsantrag zuzustimmen. Sonst fällt Ihr einfach auf einen Bubenrick hinein, bei dem die Stadt am Schluss genau gleich zahlt. Ihr merkt es jetzt auch. Diejenigen, welche die PU Hammer immer wollten, sind die Lachenden, und wir zahlen hier Millionen dafür.

Beschluss

Mit 29 : 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag der FIKO auf Streichung um Fr. 25'000.— zugestimmt.

Michael Neuenschwander: Ich möchte kurz die Meinung des Stadtrates über den FIKO-Antrag wissen.

Stadtrat Thomas Marbet: Unser Antrag ist nach wie vor dieses Buch. Letztlich sind wir hier in einer Ungenauigkeit. Unser Antrag ist das Buch.

Beschluss

Mit 21 : 15 Stimmen wird dem Antrag der FIKO auf Streichung um Fr. 25'000.— zugestimmt.

Seite 114, 6151.5060.002

Philippe Ruf: Es geht um die Streichung von Fr. 350'000.— für die Veloabstellplätze, die zusätzlich sein sollen, weil sie beim Bahnhofplatz teilweise ja sowieso hinfällig wären, wenn er wieder überbaut wird. Ich kann dies selber belegen, dass ich sehr oft die Veloabstellplätze vor dem Stadttheater genützt habe. Auch sie können sehr gut genützt werden. Da hat es noch in Hülle und Fülle Platz. Einfach, dass die Leute zu faul sind, über die Brücke zu gehen. Ich finde, vor allem in Anbetracht der angespannten finanziellen Situation, sollten wir jetzt an diesem Punkt nicht noch zusätzliche Veloabstellplätze bauen, auch wenn der Bahnhofplatz kommt.

Urs Knapp: Ich möchte noch eine Frage stellen. In einer vorberatenden Kommission wurde einmal gesagt, die Veloabstellplätze würden zu Lasten von Parkplätzen gebaut. Thomas Marbet hat geantwortet, das ist nicht so und hat gleichzeitig geantwortet, und das führt zu meiner Frage, die SBB habe diese Bauausschreibung schon gemacht. Dann frage ich mich, weshalb muss dies überhaupt die Stadt Olten zahlen, wenn die SBB die Bauausschreibung macht und dies baut?

Stadtrat Thomas Marbet: Es ist so, dass keine Park & Ride-Autoabstellplätze verloren gehen. Sie werden etwas gegen Norden verschoben. Wir können unsere Veloabstellplätze von 280 auf 740 erhöhen. Das ist die Kapazität, der Zuwachs, und man sieht, wenn man am Bahnhof ist, ja auch, wie der Fuss- und Veloverkehr eigentlich auch genutzt wird. Zum Baugesuch muss ich kurz nach hinten geben. Ich weiss, dass wir es publiziert haben.

Kurt Schneider: Man macht etwas ein Durcheinander zwischen dem Baugesuch für die P & R-Plätze. Das ist gegenwärtig publiziert. Der Veloabstellplatz ist noch nicht publiziert. Da gibt es noch kein Projekt, das man entsprechend in einem Baugesuch publizieren kann.

Beschluss

Mit 29 : 8 Stimmen wird der Antrag auf Streichung von Fr. 350'000.— abgelehnt.

Seite 116, 7710.5010.001, Streichung Investitionskredit von Fr. 550'000.—

Simon Muster: Es ist natürlich super, dass es jetzt hier heisst, der Streichungsantrag von Simon Muster. Er ist schon von der Fraktion. Aber es ist schön, man sieht, dass ich auch streichen kann, nicht nur aufnehmen. Ich habe den Antrag früh genug versandt. Ihr konntet es alle lesen. Ihr konntet meine Begründung lesen. Ich mag langsam auch nicht mehr. Es ist überdimensioniert. Es entspricht weder dem Mobilitätsplan noch dem Klimaplan. Ich finde, kommt mit einer Vorlage, die diesen Sachen entspricht. 50 Parkplätze dort oben in einer so schönen Grünfläche sind für mich nicht akzeptabel.

Raphael Schär: Der Parkplatzneubau hat auch bei uns in der Fraktion Stirnrunzeln ausgelöst, und wir hätten diesen Antrag eigentlich auch stellen wollen. Danke vielmals, Simon Muster respektive Junge SP/SP. Wir sehen den Grund nicht ganz, vor allem nicht für so viele Parkplätze. Das könnt Ihr Euch von uns vorstellen. Heute habe ich gelernt, dass,

wenn der Betrag unter 600'000.— ist, eigentlich gar keine Vorlage kommen müsste, wenn es jetzt hier im Budget ist. Allein das ist für mich schon ein Grund, dies zu streichen. An diesem Ort sollen nicht einfach Parkplätze gebaut werden, ohne dass man darüber befinden könnte. Merci für die Unterstützung.

Heidi Ehram: Zum Streichungsantrag der SP haben wir Folgendes zu sagen: Im Grundsatz unterstützen wir auf Seite 51 der Beilagen zum Budget, was den Bedarf an Parkplätzen auf dem Friedhof Meisenhard betrifft, so wie es der Stadtrat dort ausführt. Wenn man weiter die Erneuerungen des Friedhofreglements miterlebt hat, weiss man, dass dieser Bedarf besteht, dass dieses Bedürfnis in der Bevölkerung besteht, dass dort oben in Bezug auf parkieren auch klare Verhältnisse bestehen. Vor ein paar Jahren gab es auch die Idee, dass man die Leute, die nicht gehen können oder schwere Lasten tragen müssen, mit einen Lift vom unteren Parkplatz hinaufbefördern könnte. Dieses Projekt konnte man dann nicht realisieren. Es war nicht machbar und finanziell auch nicht umsetzbar. Simon schreibt in seinem Antrag ja auch, dass ein Teil der SP mit 25 Parkplätzen leben könnte. Muriel hat heute Morgen Kurt Schneider eine Mail geschrieben und gefragt, wie viel dies kosten würde. Er hat ihr zur Antwort gegeben, das würde ungefähr Fr. 300'000.— kosten. Als Folge dieser Abklärungen stellt unsere Fraktion den Antrag, dass man Fr. 250'000.— von diesem Konto streicht, also nur Fr. 300'000.— belässt und 25 Parkplätze macht. Ich glaube, ich kann abschätzen, dass dies für die Bevölkerung ein grosser Nutzen wäre, wenn man dort oben wirklich etwas realisieren könnte, das klar wäre und nicht einfach ein Fahrverbot mit Zusatzbewilligung besteht. Dass diese Parkplätze dann bewirtschaftet werden können, ist sicher auch in unserem Sinne. Das gibt nicht mehr Verkehr, weil man auf den unteren Parkplätzen gratis parkieren. Da kann jeder noch überlegen, ob er oben zahlen oder unten bleiben will. Deshalb gibt es dort oben nicht mehr Verkehr. Aber es ist gibt Ordnung, und die Leute müssen nicht verbotenerweise hinauffahren, wenn sie nicht zu Fuss gehen können. Sie dürfen dann hinauffahren. In diesem Sinne möchte ich, dass Ihr diesen Streichungsantrag von nur Fr. 250'000.— unterstützen könntet. Merci.

Laura Schöni: Ich würde gerne beliebt machen, dem Antrag der SP/Jungen SP zur Streichung zu folgen und zwar vor allem auch aus dem Grund von Raphael Schär, dass man, wenn dieser als Vorlage kommt, über Fr. 400'000.— ist, nicht mehr in der Kompetenz des Stadtrates ist und wir dann nochmals über diese Parkplätze diskutieren können und dies nicht jetzt im Rahmen des Budgets tun müssen.

Simone Sager: Auch die FdP hätte diesen Antrag gestellt. Danke, SP/Junge SP, habt Ihr ihn eingereicht. Bei uns aus etwas anderen Gründen, eigentlich grundsätzlich auch schon die Begründung. Quasi, wenn man dann Parkfelder hat, hat es weniger Chaos. Derjenige, der heute nicht parkieren kann, wird auch, wenn sie gezeichnet sind, nicht parkieren können. Das sieht man ja ab und zu in der Stadt. Dadurch, dass es auch reglementarisch ist, man muss eine Bewilligung haben, damit man hinauffahren kann. Die Leute, die sie herausgeben, könnten sie kontrollieren. Wenn sie zu viele herausgeben, sind sie selber schuld. Sonst kann man ja Kontrollen machen und diejenigen, die zu viel oben sind, büssen. Dafür, dass schöner parkiert wird und nicht zu viele hinauffahren, müssen wir nicht Fr. 550'000.— ausgeben. Deshalb hat auch die FdP gesagt, wir wollen ihn gestrichen haben. Deshalb habt Ihr unsere Unterstützung.

Philippe Ruf: Ich werde den Antrag auf Streichung der Fr. 550'000.— unterstützen. Ich weiss nicht, wie es bei meiner Fraktion ist. Aber ich denke, sie sind dem grundsätzlich auch positiv gestimmt und stossen hier in das gleiche Horn, wie es Laura Schöni gesagt hat, dass man diese Diskussion auch grundsätzlich führt, zuerst dieses Konzept betreffend. Dort bin ich gleichzeitig auch gegen den Antrag der CVP, einfach die Fr. 250'000.— zu streichen, weil ich dann gar nicht weiss, was dann mit diesem Betrag entstehen soll, sondern dass wir zuerst darüber die Grundsatzdiskussion führen und dies auch entsprechend diesem Betrag anerkennen können.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich habe vorhin nach links und nach rechts geschaut. Wir würden uns eigentlich dem Vorschlag der CVP nicht verweigern, auf die Reduktion auf Fr. 300'000.— zu gehen. Damit sind wir auch wieder unter Fr. 400'000.—. Das Thema mit der separaten Vorlage ist auch erledigt. Weshalb braucht es dort oben Parkfelder? Ihr wisst, wenn Ihr am 1. November, Allerheiligen, gegangen seid. Ihr könnt schauen, wie die Lawine dort oben aussieht. Eigentlich stehen dort in einer andächtigen Umgebung Bleichlawinen herum. Das ist auch nicht gerade der saubere Zustand. Heute besteht ein Fahrverbot. Das ist richtig. Es fahren diejenigen hinauf, die frech sind, und nicht diejenigen, die dürfen. Mit einem Parkfeld hat man nachher eine Wahlfreiheit. Das müssten eigentlich die Liberalen auch schätzen. Diejenigen, die gratis parkieren wollen, sind unten bei der Überbauung an der Käppelstrasse, und diejenigen, die Komfort haben möchten oder eine Zahlungsbereitschaft haben, fahren hinauf. Es gibt eine Wahlfreiheit, unten gratis, oben zahlen. Gehbehinderte können immer hinauffahren. Dann kann man auch das allgemeine Fahrverbot aufheben. Es ist so, dass wir auf diesem Friedhof etwa 800 Bestattungen pro Jahr. Man muss schon sehen, dass es auch eine Belastung für das Quartier ist. Heute gehen Leute nicht nur am Morgen zur Arbeit und kommen am Abend heim. Wir haben Teilzeit, wir haben Schichtarbeiterinnen und -arbeiter. Es ist auch für das Quartier eine Belastung, wenn die Parkplätze immer besetzt sind, und es entsteht viel Suchverkehr. Es entsteht auch viel unnötiges CO₂, wenn man nicht weiss, wo man parkieren kann. Dann muss ich sagen, man hat dort oben auch Platz. Man hat die Grabfelder. Sie sind unbenutzt und zwar seit 1957, also dreht sich niemand mehr im Grab um. Dort ist gar niemand mehr begraben. Es ist Rasen. Dort ist Gras darüber, gewachsen. Wir haben also auch den Platz, und wir haben ihn an einem sehr guten Ort, nämlich vor der letzten Kurve rechts, wo man dann auf ein solches Feld gehen könnte. Der Platz ist vorhanden. Es muss auch kein Baum gefällt werden. Bei der ursprünglichen Variante des Schräglifts hatte man gesagt, nein, da müssen zu viele Bäume daran glauben. Das wollen wir nicht. Es hätte auch das Stadtbild verunstaltet. Man hat übrigens eine Studie gemacht. Hager Partner, Landschaftsarchitekten, haben dies untersucht. Es ist nicht irgendwie ein Schnellschuss. Das Thema ist seit zehn Jahren virulent, und es war damals eine Vertreterin der Freisinnigen, Sarah Honegger. Sie hat gefragt und auch darauf gedrängt, dass man bei der Zugänglichkeit für unsere Bevölkerung eine Verbesserung vornimmt. Ihr müsst sehen, dass wir eine Bevölkerung haben, die immer älter wird. Die Leute werden 90, sie werden 80, und der Bedarf der Leute, die gehbehindert sind, steigt. Sie möchten auch gerne dort oben parkieren. Das gibt wirklich eine Win-win-Situation. Zur Finanzierung kann man sagen, es gibt ja auch Gebühren. Wir haben dies gerechnet. Wenn man jetzt reduziert, wären wir etwa bei Einnahmen von Fr. 15'000.— pro Jahr. Wir haben Ausgaben von Fr. 250'000.—, Fr. 300'000.—. Das rechnet sich für die Gemeinde, weil der Boden für uns ja auch gratis ist. Dort gibt es keine andere Nutzung. Dort werden keine Häuschen stehen, auch nach der Ortsplanungrevision werden dort keine Einfamilienhäuschen stehen. Es ist Wald, und wir schaffen dort eigentlich eine gute Situation. Heute fährt einfach jeder hinauf. Es sind schon Autos zu den Gräbern, in den Wald gefahren. Das kann es ja auch nicht sein. Wir schaffen Ordnung, wir schaffen Rechtssicherheit. Wir haben eine gute Finanzierung. Wir nehmen das Anliegen auf, das seit mindestens sieben Jahren gestellt wurde. Wir haben mit Varianten untersucht. Die Schrägliftvariante war Fr. 1'550'000.—. Dann hat man die Variante mit Parkfeldern gemacht. Sie war Fr. 1'050'000.—. Ich habe es noch einmal auf die Hälfte reduziert. Wir sind beim Antrag bei Fr. 550'000.— gelandet. Jetzt sind wir bei Fr. 300'000.—. Ich glaube, weiter hinunter gehen wir nicht. Wir reden jetzt hier noch über 25 Parkfelder. Stellt Euch einmal 25 Parkplätze vor. Das ist die Hälfte des Hübeli-Parkings. Es ist ein Fünftel des Säliparks, und es ist die Hälfte dessen, was bei der Kaserne steht. Ich kann Euch versichern, dass man selbstverständlich auch mit dem Elektrofahrzeug hinauffahren darf. Das darf man auch. Wenn Ihr dies möchtet, machen wir dort von der sbo aus auch noch eine Elektrosolartankstelle. Das können wir machen. Dann hat man eine Stunde oder zwei Zeit, kann 80 % aufladen, und ich verspreche Euch auch, dass wir ein Baugesuch machen. Es braucht nämlich ein Baugesuch. Das wird selbstverständlich auch angeschaut. Wir haben schon mit den Behindertenorganisationen gesprochen. Es muss nämlich eine solche Neigung haben, dass man, wenn man beim Auto die Türe gegen unten öffnet, sie auch noch zuziehen kann, wenn man nicht mehr so viel Kraft hat. Wir haben wirklich an alles gedacht.

Wir schaffen nur Vorteile, ohne dass jemand einen Nachteil hat. Es gibt nicht mehr CO2. Es gibt weniger, weil ich weiss, ich habe einen Parkplatz. Ich werfe zwei Franken ein und bin nachher zufrieden.

Michael Neuenschwander: Thomas Marbet hat sich jetzt hier als CVP-Sprecher hervorgetan. Das ist sein gutes Recht. Aber er hat gleichzeitig auch gerade noch zwei andere Sachen gezeigt. Er zeigt dort Blätter herum. Diese haben wir nicht gesehen. Wir sehen nur, dass hier ein Investitionsbedarf für die Parkplätze besteht. Wir sehen nur die ursprüngliche. Zweitens, was uns gar nicht gefällt, ist, dass es jetzt offenbar keine Rolle mehr spielt, dass man einfach schnell wenden kann. Jetzt kann man von Fr. 550'000.— auf Fr. 300'000.—. Das spielt jetzt schnell, spontan keine Rolle. Vorhin wurde man angegriffen, wenn man in der Budgetdebatte spontane Änderungen gemacht hat. Das heisst für uns, wenn schon, wollen wir hier eine saubere Vorlage sehen, über die wir separat befinden können oder vielleicht auch einmal eine Planskizze, wie Du sie selber auch hast, wenn wir dieses Geld sprechen sollen. Das reicht jetzt eben nicht. Das möchten wir zum Voraus sehen. Wir sind nämlich auch nicht der Meinung, dass es dort einen so hohen Bedarf hat. Allerdings sind wir auch der Meinung, dass man die Parkplätze dort oben bewirtschaften soll, dies auf jeden Fall. Man soll sie bewirtschaften, man soll dort Parkuhren haben, man soll dort auch Ladestationen haben. Aber jetzt sind es etwa sechzig Stück dort, und unserer Meinung nach würden auch zehn Stück längstens reichen. Dafür möchten wir hier zuerst eine Vorlage sehen. Bis dann sind wir für Streichung des ganzen Betrags.

Daniel Kissling: Ich reduziere meinen Beitrag um die Hälfte, weil Michael praktisch schon alles gesagt hat, was ich sagen wollte. Es ist genau das. Ihr habt Superarbeit geleistet. Das hören wir einfach erst jetzt um 0.15 Uhr. Macht die saubere Vorlage. Wir werden noch einmal darüber reden. Parkplätze sind ein emotionales Thema. Wir haben im letzten Jahr über ein Parkierungsreglement eine Volksabstimmung durchgeführt. Dass dies jetzt wieder Diskussionen gibt, und zum Teil ganz andere, die FdP ist auch nicht unbedingt Fan dieses Vorschlags, das finde ich schön, war klar. Die Verbauung von grüner Wiese, ob es jetzt im Wald ist oder nicht, ist ein emotionales Thema. Am Schluss sind auch die Toten ein emotionales Thema. Aber mich stört es auch, und das möchte ich nur noch kurz anbringen, wenn man nachher sagt, Ihr habt es am 1. November gesehen. Es war schlimm. Deshalb brauchen wir diese Parkplätze. Das ist ein Tag von 365. Wir müssen in diesem Fall die halbe Stadt für die Kilbi umbauen, und wir müssen am 1. Mai die halbe Stadt umbauen, weil dann noch einmal ein Umzug der SP stattfindet. Nein, das ist jetzt wirklich kein Argument. Ich weiss, es war ein Beispiel. Ich weiss, man muss irgendeine Lösung finden. Aber am Schluss dann ein Extrembeispiel zu nehmen, das wahrscheinlich an allen anderen Tagen des Jahres jedenfalls nicht ein so grosses Problem ist, braucht es jetzt auch nicht. Wir sind auch dafür, dass wir diesen Betrag streichen.

Urs Knapp: Wir sind einmal begeistert, dass sich Thomas Marbet so für Parkplätze einsetzt. Ein Grund, dass wir dies ablehnen, ist, dass es ein absolutes Missverhältnis zu dem, was am Bahnhofplatz geplant wird. Am Bahnhofplatz, an der wichtigsten Verkehrsdrehscheibe von verschiedener Mobilität, sind 100 Parkplätze. Ursprünglich habt Ihr auf dem Friedhof wegen der vielen Seelenwanderungen, ich weiss nicht wofür sonst, 50 Parkplätze geplant. Das ist völlig daneben. Wir sind dort für Parkplätze, wo es sinnvoll ist, und in genügender Zahl. Auf dem Friedhof ist der Bedarf nicht ausgewiesen. Beim Bahnhof wäre es dafür mehr ausgewiesen. Wenn wir das Geld hier sparen, haben wir beim Bahnhof mehr Geld. Der zweite Punkt: Letztlich wollt Ihr einfach auch die älteren Leute abzocken. Diejenigen, die nicht mehr so gut zu Fuss sind, aber keine Karte haben, sollen doch hinauffahren und sollen noch „Stütz“ zahlen. Es ist ja egal. Sie haben ja genügend Geld. Aus diesen zwei Gründen sind wir gegen diesen Kredit. Wir können dieses Geld für Parkplätze besser einsetzen.

Deny Sonderegger: Besten Dank, Daniel. Liebe Mehrheit des Stadtrates, bis vorhin wollte ich dies eigentlich aus ideologischen Gründen ablehnen, und jetzt mit diesem Votum, lieber Thomas, muss ich sagen, dass ich mich dies jetzt noch viel mehr bestärkt, dass es gestrichen werden soll. Ich komme mir etwas vor wie im türkischen Basar, quasi von 1,1

Millionen auf eine halbe Million und jetzt auf Fr. 300'000.—. Das zeigt nicht gerade unbedingt eine klare Vision und Stärke, die jetzt hier ausgesendet werden. Ich habe dann auch etwas Zweifel an der Glaubhaftigkeit der Zahlen. Wenn man einfach so schnell wieder eine Viertelmillion wegstreichen kann und es dann immer noch „verhebben“ sollte, weiss ich nicht, wie glaubhaft es wirklich ist. Der dritte Punkt ist, und das hat Daniel Kissling schon gesagt, wenn man die Kapazitäten natürlich auf die Spitzentage auslegt, glaube ich, dass dies auch nicht Sinn und Zweck der ganzen Sache sein kann. Für mich ist klar, streichen, geht für mich nicht durch. Besten Dank.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Vor allem wurde hier nicht gesagt, dass das Bedürfnis nicht einfach ist, dass wir dort gerne Parkplätze haben. Es ist nicht nur am 1. November so, dass die Parkplätze dort besetzt sind. Es gibt halt noch ältere Leute, welche die Gräber ihrer Angehörigen besuchen. Sie fahren nicht mehr mit dem Velo hinauf und werden von Euch allen nicht nach oben chauffiert. Denkt bitte bei dieser Diskussion auch an die Generation, die wartet darauf, dass sie mit Gebühren hinauffahren können. Etwas mehr Respekt gegenüber diesen älteren Menschen bitte.

Felix Wettstein: Martin, ich wollte eigentlich nichts mehr sagen. Jetzt muss ich trotzdem. Es ist verboten, hinaufzufahren. Jeder, der heute hinauffährt, missachtet ein Verbot. Damit man das Verbot aufhebt, muss man eine Reglementsänderung vornehmen. Sie muss sowieso ins Parlament. Es ist nicht nur das Geld, das es nötig macht, dass man eine Parlamentsvorlage aus dem Ganzen macht. Es gibt architektonisch ganz anspruchsvolle Sachen zu beachten. Es gibt reglementarischen Änderungsbedarf, bei dem wir hier zuständig sind. Man kann dies jetzt nicht einfach im Rahmen des Budgets abhaken. Das ist der Punkt.

Ursula Rüegg: Ich bin froh, Martin, dass Du den Punkt mit den Angehörigen erwähnt hast, und ich bin nicht ganz Deiner Meinung, Felix. Es gibt ein Fahrverbot. Das ist so. Aber ich weiss es aus eigener Erfahrung. Man kann eine Bewilligung beantragen, erhält sie ziemlich kulant und bekommt sie jedes Jahr wieder. Dann kann man die Leute auch hinauffahren. Aber ich bin sehr froh, dass man die älteren Leute noch ins Spiel gebracht. Es gibt wirklich viele Leute, die ihre Angehörigen dort besuchen, und ich weiss es aus eigener Erfahrung. Es gibt Leute, die können nicht hinaufgehen, wenn sie nicht jemand bringt. Von daher finde ich diesen Kompromiss gut und möchte auch beliebt machen, dass man dem Vorschlag der CVP folgt. Danke.

Heidi Ehrsam: Felix hat schon recht. Es steht im Reglement, für Grabpflege und Unterhalt dürfe man auch privat hinauffahren. Das ist natürlich ein weitgehender Begriff, was Grabpflege ist. Wenn Du einen Blumenstraus in der Hand hältst, den Du noch hinauftragen könntest, oder wenn Du wirklich eine Schale hast, die Du nicht mehr hinauftragen kannst. Das ist eine Ermessungssache. Das könnten die Juristen sagen. Aber wir müssten das Friedhofreglement halt in diesem Punkt vielleicht abändern. Das wäre eine kleine Sache. Sonst haben Martin und Ursula völlig recht. Es ist einfach ein grosses Bedürfnis, dass dort klare Verhältnisse sind. Wir wären natürlich auch nicht dagegen, wenn die Parkplätze nicht bewirtschaftet würden. Dann wären die Investitionskosten wahrscheinlich bedeutend tiefer. Ich nehme es an, kann es aber nicht abschätzen. Ich hoffe, unser Antrag findet hier eine Mehrheit. Danke.

Simone Sager: Ich möchte schon noch kurz eine Lanze brechen. Hier hat niemand etwas gegen die älteren Leute gesagt oder was auch immer. Es ist ja nicht so, dass man nicht hinauffahren darf. Wir sagen einfach, es ist nicht im Verhältnis. Die Leute, die nicht mehr hinaufgehen können, können einen Antrag stellen, damit sie hinauffahren können. Es ist nicht so, dass es grundlegend verboten ist. Das möchte ich schon noch kurz richtiggestellt haben. Es hat niemand gesagt, ja, was ich vorhin erwähnt habe. Wie gesagt, man kann einen Antrag stellen. Man kann hinauffahren. Wenn man jetzt, wo ich Daniel Kissling recht geben muss, blöderweise den 1. November nimmt, muss man halt etwas organisieren, damit es dort oben nicht überläuft. Es ist ein Tag im Jahr. Es ist immer der gleiche Tag, der 1. November. Dann kann man jemanden organisieren, wo man halt einen Parkdienst macht.

Keine Ahnung. Oder halt die Kantonspolizei hinstellt, die Bussen verteilt. Aber ich möchte dies einfach noch betont haben. Niemand hat die älteren Leute angegriffen. Es geht nur um das Verhältnis.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich kämpfe halt jetzt für dieses Geschäft. Deny, ich finde es jetzt auch etwas befremdend. Wenn man an unserem Antrag festhalten würde, heisst es, Ihr seid stur. Wenn man einen Kompromiss eingeht, heisst es, Ihr seid etwas fahrig. Wir suchen Lösungen. Das ist ein Bedürfnis für ein Problem in dieser Stadt. Ich weiss nicht, auch für den Tourismus, es kommen viele Auswärtige. Du hast gestern auch so argumentiert. Neun von zehn Bestattungen sind Auswärtige. Es sind gar keine Oltner. Die Leute gehen vielleicht nachher in der Stadt noch etwas trinken oder essen. Felix, jetzt muss ich gleichwohl noch etwas sagen. Mit Deinem Argumentarium könntest Du für jede Strassensanierung eine separate Vorlage machen, wenn wir die Baslerstrasse sanieren, wenn wir die Brücke sanieren, wenn wir die Konradstrasse machen. Dann müssten wir ja eigentlich für jedes Bauvorhaben eine separate Vorlage machen. Wenn es in der Innenstadt ist, schränkt es während der Bauzeit die Nutzungen ein. In der Innenstadt ist es auch ästhetisch eine Frage, wie man baut. Dann hätten wir für jede Strassensanierung eine separate Vorlage. Olten jetzt!: Wir haben eine Beilage zu diesem Budget gemacht. Ich weiss nicht, ob es aufgefallen ist. Ihr habt vier Bücher erhalten, zwei sind Beilagen. Eine Beilage zum Budget und eine zum Finanzplan. Es ist kein Riesentext. Aber es ist ein Text. Die Vorlagen und die Gesprächsnotizen, die hier zum Friedhof schon oft geführt wurden, damals wart Ihr noch nicht im Rat, sind auch abrufbar. Ihr hättet durchaus auch fragen können, wenn Ihr ein Problem habt. Ich kann Euch die Partnerstudie auch noch zugänglich machen. Das ist nicht das Problem. Man kann jetzt einfach auch etwas heraufstilisieren. Wir machen ein Parkfeld mit einer Barriere, links zwölf Parkplätze, rechts zwölf Parkplätze, eine kleine Neigung, weil das Gelände diese Neigung auch hat. Ich habe das Projekt noch nicht eingegeben. Man macht vermutlich irgendwo Grasbausteine. Es ist nicht so, dass hier eine Betonwüste entsteht. Aber es braucht eine Verankerung, damit der Hang nicht rutscht. So schwierig ist dies jetzt nicht, dass es ein separates Geschäft braucht.

Simon Muster: Ich habe es schriftlich eingegeben, damit wir dies umgehen können. Scheinbar schaffen wir dies ja nicht. Wir sagen immer, man sollte es vorher mit der ganzen Argumentation eingeben. Ich fand es jetzt schön, dass wir dies alle so diskutiert haben. Ich möchte sagen, dass ich vorher mit vielen Fraktionen und mit vielen Leuten gesprochen habe. Alle waren viel kreativer, als die Vorschläge, die jetzt hier gekommen sind. Ich hoffe jetzt wirklich, dass wir dies herausstreichen können und Ihr etwas die Kreativität walten lasst, wenn Ihr dieses Problem lösen wollt und nicht einfach zubetoniert.

Beschluss

Mit 28 : 9 Stimmen wird dem Antrag der Fraktion SP/Junge SP auf Gesamtstreichung zugestimmt.

Urs Tanner: Folgende Positionen haben geändert: Die Auflösung des Ammannfonds Fr. 15'700.— auf Fr. 100.— gerundet, der Wegfall der Antiterrorssperren, Erhöhung des Beitrags Tagesstätten und Kinderkrippen Fr. 40'000.— und Fr. 80'000.—, ein Bushäuschen Fr. 50'000.—, ein Beitrag an Coq d'Or Fr. 20'000.—, mehr Unterhalt von Mobiliar, Bankbänken. Das sind die Basketballanlagen. Dann das Projekt SIP, das wegfällt. Einnahmen über die Parkplatzgebühren von minus Fr. 30'000.— plus die Experten von Fr. 40'000.—. Dann haben wir Fr. 3'900.— Abschreibungen für den Neubau Naturmuseum/Kunstmuseum weniger plus zusätzliche Abschreibungen für die Rückbaukosten von Fr. 3'300.—. Das heisst, der Aufwand ist jetzt bei Fr. 113'851'560.— und der Ertrag ist bei Fr. 113'143'580.—. Der Verlust beträgt somit Fr. 707'980.—. Bei der Investitionsrechnung wurden der Neubau und die Sanierung Kunstmuseum um Fr. 150'000.— gestrichen, die Verbindung Hammer wurde um Fr. 25'000.— gestrichen. Wir haben Rückbaukosten von Fr. 100'000.— mehr und Parkplatzneubau von Fr. 550'000.—

weniger. Das heisst, der Bruttoinvestitionsaufwand ist Fr. 15'403'000.—. Der Ertrag ist Fr. 650'000.—. Die Nettoinvestitionen sind Fr. 14'753'000.—.

Beschlüsse

1. Zustimmung mit 33 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung
2. Zustimmung einstimmig bei 1 Enthaltung
3. Zustimmung einstimmig bei 1 Enthaltung
4. Zustimmung einstimmig bei 1 Enthaltung
5. Zustimmung einstimmig bei 1 Enthaltung
6. Zustimmung einstimmig bei 1 Enthaltung
7. Zustimmung einstimmig bei 1 Enthaltung
8. Zustimmung einstimmig bei 1 Enthaltung
9. Zustimmung einstimmig bei 1 Enthaltung
10. Zustimmung einstimmig bei 1 Enthaltung

Gesamtbeschluss

Mit 34 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Budget zugestimmt.

Mitteilung an
Alle Direktionsleiter
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2019

Prot.-Nr. 27

Verabschiedung Alexandra Kämpf

Parlamentspräsident Daniel Probst: Die vielleicht weniger schöne Nachricht, und das ist das letzte, was ich heute noch zu sagen habe, und das ist mir wichtig, ist mit dem Büro abgesprochen. Das ist eine Verabschiedung von jemandem, der auf Ende aus dem Gemeindeparlament austritt. Aber weil diese Sitzung nicht mehr stattfinden wird, möchte ich sie jetzt machen. Ich möchte immer ein paar Worte für Austretenden sprechen. Alexandra Kämpf zieht nach Hägendorf um. Das heisst, sie wird nicht mehr im Gemeindeparlament sein. 14 Jahre lang hat sie dem Gemeindeparlament angehört, von 2005 – 2019. Das ist eine sehr lange Zeit. Sie war acht Jahre in der Geschäftsprüfungskommission, davon zwei Jahre als Vizepräsidentin, vier Jahre in der Sportkommission, drei Jahre Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann, acht Jahre in der Kinderkrippe Schürmatt als Vertreterin der Stadt und acht Jahre im Zweckverband Familien-, Mütter- und Väterberatung auch als Vertreterin der Gemeinde.

Alexandra, Du hast hier sehr, sehr lange politisiert. Ich glaube, Du gehst mit einem weinenden Auge. Heute Abend hat es Dir auch so richtig gefallen. Das habe ich gesehen. Merci vielmals für Dein grosses, grosses Engagement, das Du für die Stadt Olten geleistet hast, und Deinen grossen Einsatz in der Politik während 14 Jahren Gemeindeparlament und acht Jahren GPK und für all die Kommissionen. Es ist in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich, dass wir diese Arbeit leisten. Wir haben vorhin Jungbürger vereidigt und sie dazu motiviert. Merci vielmals für Dein Engagement. Wir wünschen Dir in Hägendorf alles Gute sowie viel Erfolg und Freude. Merci, dass Du hier warst.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

Parlamentspräsident Daniel Probst: Wir haben noch zwei Vorstösse zu behandeln. Bis Dezember wird nur noch einer zu behandeln sein. Das sind drei Vorstösse, und dafür stören wir die Adventszeit nicht. Das heisst, wir werden die Sitzung nicht stattfinden lassen. Im Dezember werdet Ihr frei haben. Dann werdet Ihr Zeit für Eure Familien und Freunde haben und um die Weihnachtszeit zu geniessen. Das ist eine schöne Nachricht.

Ich danke Euch für den Einsatz. Wir haben doch etwas länger gebraucht, als ich dachte. Vielen, vielen Dank für das Mitmachen und Ausharren. Ich wünsche Euch noch eine gute Nacht und schöne Adventszeit. Bis im Januar.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.